CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 Nr. 37 Jahrgang 4 Oktober '87 3.0 DM

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

00.2621 001 5

Die Sklawenkarawane

Die neuen Neger des 2. Arbeitsmarktes

Stell Dir mal vor, Daimler-Benz in Bremen macht dicht, und 10.000 stehen innerhalb der nächsten 1, 2 Jahre auf der Straße. Genausoviel Menschen sitzen nämlich in der Hansestadt auf dem Schleudersitz der nach AFG oder BSHG finanzierten Stellen, beim Senat und bei freien Trägern... und eventuell bei alternativen Projekten und sozialen Einrichtungen.

Auf den Spuren dieser Sklawenkarawane merkte die *CONTRASTE*-Redaktion in Hamburg, Bremen, *Dortmund*, Heidelberg, Nürnberg und München: nirgendwo fließt sie gleich, die Knete für die modernen Lohnsklaven des ausgegrenzten Arbeitsmarktes. Aber mancherortens wird über „die Überwindung der ABM-Situation" nachgedacht. Mehr darüber auf den Seiten 10, 11 und 12.

Die Kehrseite der Medaille

Baupolitik - Arbeitsplätze - Umwelt

Red. Rhein/Main Staatliche Einmischung führte in den vergangenen 30 Jahren zu absurden Zuständen auf dem Wohnungs(bau)markt, die um ein neues Staats-„hilfe"-Modell bereichert werden: 35 Milliarden zusätzliche „zinslose Baumark" sollen von der Bundesbank in Umlauf gesetzt werden, um den Bau neuer Wohnungen anzureizen. Ob diese Maßnahme sinnvoll ist und wer letztendlich angesichts des vorhandenen Wohnungsüberschusses davon profitiert, analysiert der Architekt Helmut Creutz auf **Seite 9**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Absturz

Existenziell sind die Fragen, die in den letzten Tagen an ein selbstverwaltetes, sozialpolitisches Projekt im Hunsrück gestellt werden. Ein Beitrag von Gerhard Kern.
Seite 3

Eine Stiftung findet (noch?) nicht statt

Nach dem Oldenburger Parteitagsrummel bat CONTRASTE die vier WortführerInnen des Stiftungsstreites um ein Statement.
Seite 5

Die Genossenschaft, eine aussterbende Rechtsform?

Eine Analyse der Genossenschaftsgründungen seit der Gesetzesnovelllierung 1973 durch Sabine Paling und Burghard Flieger.
Seite 6

Hilfe zur Selbsthilfe –world wide

Unter der Rubrik „Selbsthilfe in der 3. Welt" berichtete CONTRASTE über Projekte in Bangladesh (Grameen Bank, 4/87) und Jamaika (5/87). In dieser Ausgabe kritisiert Claudia von Braunmühl die Strategie der deutschen Entwicklungspolitik, entlarvt die sogenannte Neuorientierung in Richtung „Hilfe zur Selbsthilfe" als im wahrsten Sinn des Wortes „billiges" Mittel, den status quo zu zementieren. Der Beitrag wird in der nächsten CONTRASTE fortgesetzt.
Seite13

Zukunft der Zukunftsforschung

Über die Zukunftsforschung ein Beitrag von Gunar Seitz. Außerdem Rezensionen zum Thema Zukunft und Zukunftsforschung **auf Seite 14**

Vorankündigung:

Am 27./28. Oktober findet in Hamburger Congress-Centrum der **AGP-Kongreß „Menschen machen Wirtschaft – Menschen schaffen Arbeit"** statt (vgl. dazu S. 3). Grund genug für uns den Contraste-Schwerpunkt der kommenden Ausgabe dem Thema 'Selbstverwaltete Betriebe und Partnerschaftsunternehmen' zu widmen. Vorgesehen ist u.a. ein Beitrag der Bundesarbeitsgemeinsachaft Netzwerke, Arbeitstitel: Selbstverwaltung versus Sozialpartnerschaft.

Bunte Seiten

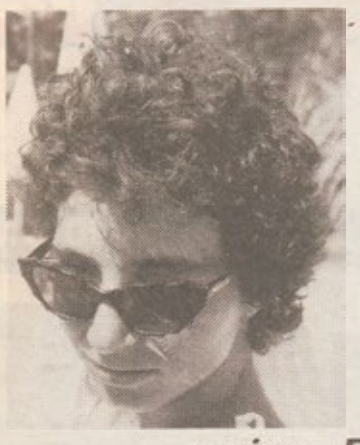
Für die 600 NeuabonnentInnen, die CONTRASTE seit Erscheinen der letzten BUNTEN SEITEN erhalten und für alle AltabonnentInnen und Neugierige:
Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD und West Bärlin, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder Dezemberausgabe beiliegen... damit Ihr auch wißt, wo Ihr „selbstverwaltete Weihnachtsgeschenke" kaufen, oder Euer Weihnachtsgeld verbraten könnt! Da wir einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten/selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind oder deren Adresse sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg** zu melden. Adresseinträge sind kostenlos – na logisch! Alle SchlaumeierInnen, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRASONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises.** Das sind lächerliche 1, – DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet bundesweite Werbung für Selbstverwaltung, unterstützt die Vernetzung und verhilft letztendlich den geplagten Heidelbergern zu Ihrer Weihnachtsgans.

Neu: Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe
Wir planen diesmal einen Sonderteil Ausbildung. Deshalb bitten wir um Mitteilung, in welchen Branchen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist der 31. Oktober 1987!

Exemplare der letzten BUNTEN SEITEN (Stand Mai '87) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

DER KOMMENTAR:



Die Feministen - eine Beschreibung

Von Sabine Joswig, Kassel

Ina Deter kann aufatmen! Neue Männer, soweit frau blicken kann! Vom CONTRASTE-Reisekader bis zum Barhocker in der Szenekneipe. Eh frau sich versieht, sitzt schon wieder einer neben ihr und macht sie ganz feministisch an. Mitreden können sie inzwischen, denn sie haben die wichtigsten Bücher zum Thema gelesen.

Ist die eigene Freundin noch nicht feministisch genug, wird sie entsprechend bearbeitet. Ein richtiger Feminist braucht schließlich auch eine richtig feministische Beziehung. Es kommt eben immer darauf an, welche Ware Frau gerade verlangt wird.

Wofür die Frauenbewegung Jahrzehnte gebraucht hat, das erledigen sie in ein paar Wochen so nebenbei: Umdenkensprozess, Theoriebildung, Verhaltensänderung... Daneben bleibt den Feministen immer noch genügend Zeit, die eigene politische, ökonomische und persönliche Karriere vorzubereiten. Und gerade in Zeiten einer erstarkten Frauenbewegung bietet frauenfreundliches Theaterspiel gute Erfolgschancen. Chef-Feminist Heiner Geissler geht als leuchtend violettes Vorbild voran.

Begriffen haben sie zwar nicht das Geringste. Denn wie sonst kann ernsthaft Quotierung in einer Frauenstiftung diskutiert oder gar auf Männerdiskriminierung beim Quotierungsgesetz der Grünen geklagt, wie auf einem Recht auf Kinder (vgl. TAZ) gepocht werden, und wie liesse sich erklären, daß selbst den ausgekochtesten Feministen in den Betrieben, Projekten und politischen Gruppen die Frauen davonlaufen.

Nichts gegen Männer, die gibt es nun einmal. Es liegt an uns, was wir damit machen. Feministen allerdings sind immer mit einer Dosis Vorsicht zu genießen, denn sie mischen sich in Sachen ein, die sie nichts angehen, stolzieren nach alter Manier als Gockel in, um und durch die Frauenbewegung und krähen dreimal am Tag, daß *sie* persönlich das Patriarchat abgeschafft haben. Je mehr einer die Frauen lobt, desto argwöhnischer werde ich.

Mit feministischen Grüßen
Bine

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE „verkaufen"

Für Selbstverwaltung und Vernetzung werben

Alternative Werbung, das gibt es einfach nicht! Aber trotzdem brauchen wir sie, sprich eine Werbeabteilung, um CONTRASTE langfristig aus den roten Zahlen zu bringen. Und Werbung zu machen, bringt uns sogar Spaß! Wir, das sind Sabine und Regina aus der Redaktion Kassel. Zusammenarbeit und Selbstorganisation haben wir in der Jugendzentrumsbewegung und in der Frauenbewegung kennengelernt und dabei oft gemerkt, wie wichtig Medien zur Verbreitung und zur Vernetzung sind, eben Medien, mit denen man/frau die Leute erreicht, die man/frau erreichen will. Das ist für uns ein wichtiger Gesichtspunkt bei unserer Arbeit für CONTRASTE.

Die Werbung wird natürlich, wie alles andere, auch auf den bundesweiten Redaktionstreffen besprochen. Wir wollen zwar CONTRASTE verkaufen, aber uns bestimmt nicht. Die Inhalte wollen wir an die Frau/Mann bringen und der Verkauf soll vor allem den LeserInnen und uns Nutzen bringen. Die Grenzen dabei sind in unserem Werbezeitalter oft schwierig, was manchmal zu harten Diskussionen führt.

Bis vor einem halben Jahr wurde noch kaum Werbung für die Zeitung gemacht, aber im Zuge der Weiterentwicklung von einem Projekt zu einem organisierten Betrieb läuft jetzt auch mehr in Punkto Werbung. Immerhin schon mit Erfolg, daß die Abonnent Innenzahl monatlich um 50 steigt. Wir zählen vor allem auf billige Werbung (zwangsläufig) und auf die Mithilfe der LeserInnen. Gehen wir mal davon aus, daß Ihr CONTRASTE einfach unübertroffen findet: Ihr könnt Euch jederzeit Probeexemplare und Werbebroschüren zum Auslegen oder Verteilen kostenlos in Heidelberg bestellen. Ausserdem gibt es ab sofort ein CONTRASTE - Register,das heißt, Ihr könnt jederzeit erfragen, wann etwas zu einem bestimmten Thema erschienen ist und Artikel bestellen von der Nullnummer bis zur letzten Ausgabe. Gut ist es auch, die Bibliotheken in Eurer Stadt darauf hinzuweisen, daß CONTRASTE in ihrem Zeitungsangebot fehlt. Wenn Ihr aus unseren Artikeln zitiert, gebt bitte CONTRASTE als Quelle an.

Vor allem brauchen wir Fördermitgliedschaften und Anzeigen von Betrieben. CONTRASTE als InsiderInnentip immer mal wieder erwähnen, das ist die billigste und einfachste Werbung für uns, da wir es uns nicht leisten können, unser „Produkt" von jeder Plakatwand blitzen zu lassen und zwölfmal täglich im Radio über einen einprägsamen Song in Erinnerung zu rufen. Leider ist es eben so, daß genau das wirklich zieht. Wenn Ihr etwas in CONTRASTE schreiben wollt, oder auch, wenn Euch ein guter Spruch einfällt, ruft an und gebt uns Bescheid. Die besten Werbeideen entstehen bei uns ohnehin nicht am Schreib- sondern am Kneipentisch und das ist es, was am meisten Spaß macht: Den dümmsten Ideen freien Lauf zu lassen. „Wir spinnen schon lange...." und „Wir spinnen noch weiter!".

Foto: Plewka

Echt alternativ

ging es in der einzigen selbstverwalteten Kneipe in der süddeutschen Yankee- und Japaner-Ausflugsstadt zu, in der drei gestreßte CONTRASTE-Redaktionen sich nach getaner Arbeit neulich abends zusammensetzten. Das Design, rustikale Holzeinrichtung, zum Teil knallrosa überstrichen, läßt den verzweifelten Versuch erkennen, etwas new-wavig-flottes an den Grünen Mann bzw. an die Sozialpädagogikstudentin zu bringen. Nun gut, wir hatten Hunger und bestellten. In weiser Voraussicht wurde die, übrigens an Alternativ-look und -bewegung nicht zu übertreffende männliche Bedienung (schlug hier etwa die Quotierung zu?) darauf aufmerksam gemacht, die Vorspeise VOR der Hauptspeise zu bringen. Als dann doch erst das türkische Hauptgericht und zwei Minuten später die Pastete kam, entschuldigte sich der „nette junge Mann" mit einem verständnisheischenden Lächeln: Es wäre sooo viel zu tun, und überhaupt sei die Küche mit dem gerade im TV laufenden Fußballspiel BRD-England mehr als beschäftigt.

Wir, bürgerlich-konservativ, zeigten keinerlei Verständnis für die Nöte des Kochs und ließen das Hauptgericht mit der Bitte, dieses warmzustellen, zurückgehen.

Daß dann der Salat mit warmgestellt wurde, die Calamares „versehentlich" an jemand anderen verscheuert und der schweißtriefende Ober (die Kneipe war immerhin schon halbwegs gefüllt) versäumt hatte, Exportbier anzustechen, steigerte die Stimmung parallel zum Knurren des Magens. Ein hämisches Grinsen umspielte die Gesichter in Gedanken an CONTRASTE-Beiträge über Professionalisierung...

Nun hatten wir aber trotzdem Hunger und waren dem ganzen quasi ausgeliefert. Das Essen dampfte vor uns (vor allem der mit aufgewärmte Salat). Wir stachen die Gabel in die Pita, setzten das Messer an, und... die Pita bewegte sich samt Teller. Die Messer waren stumpf... Nicht gewollt zu resignieren, forderten wir „der" Bedienung auf, uns mit neuen Schneidewerkzeugen zu versorgen. Er, ganz einfallsreich, schlug uns vor, doch mit den Fingern zu essen, – nicht etwa ironisch, sondern in dem ihm ureigenen, alternaiven Ernst. So in den Grenzen unserer bürgerlichen Erziehung verstrickt, suchten uns selbst neue Messer, stopften das Essen in uns hinein, spülten ordentlich nach (nein, nicht mit Export), wieder mal davon überzeugt, daß Selbstverwaltung auf jeden Fall was zum Lachen bietet, vor allem dann, wenn Klischees wie im Comix plötzlich Wirklichkeit werden. Im darauf folgenden Trinkgelage beschlossen wir unseren LeserInnen diese Story aus dem CONTRASTE-Alltag weiter zu erzählen.

S. Schlew

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 13402

CONTRASTE wird von ca. 30 Macher/innen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt ... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammmbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Eigenverlag

Die **Anzeigenpreisliste** (es gilt 2/86) ist über die Heidelberger Anschrift zu erhalten.

Anzeigen
Sabine Joswig, Kölnische Str. 76, 3500 Kassel
Tel. (0561) 1 36 18

Redaktionen

Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Tel. (030) 691 30 72

Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 439 91 22

Rhein-Main
blätterwald e.G.
Petra Inden
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Kassel
Riedmühle e.V.
Robert F. Mayer
Gunar Seitz
Guntershäuser Str. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel. (05665) 45 89

Bayern
Netzwerk Franken
Kurt Regenauer
Arno Huber
Hochstr. 23, Rückgeb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Redaktion Sozialpolitik
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

Redaktion Genossenschaften
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel. (0761) 70 90 23

Redaktion Stadtökologie
Michael Makowski
Dr. Zamenhofstraat
Rotterdam, Niederlande
Tel. (003110) 4136567

Redaktion Grafische Betriebe
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

Kulturredaktionen

Barbara Brüggmann
Klaus Nagel
AG Stadtteilkultur e.V.
Bornstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 23 28

Club Voltaire
Eckard Holler
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Redaktion Ökobank
Dieter Reincke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 499 04 47

V.i.S.d.P.:
Dieter Poschen
über
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Herstellung:
Zündsatz GbR
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg 1

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
Eigenvertrieb über CONTRASTE e.V.
Tel. (06221) 16 24 67

Kontoverbindung
Nr. 1130 05 – 756
Postgiroamt Karlsruhe
BLZ 660 100 75

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Landwerk-Treffen einen Tag später

Da am 10.10. selbstverständlich alle LandwerkinteressentInnen auf den Herbstaktionen am Bauzaun in Wackersdorf demonstrieren können/sollen, verschiebt sich das Treffen in Nürnberg um einen Tag.
Landwerk-Diskussion, 11.10., um 11 Uhr in Nürnberg, „Volksschule" im Gewerbezentrum Johannis, Steinstr. 21

Absturz ?

oder Besinnung auf etwas ganz Anderes?

Red. Heidelberg **Es gibt sehr aktuelle Anlässe für gerade diesen Artikel.**
Existenziell sind die Fragen, die in den letzten Tagen in unserem seit 6 Jahren bestehenden selbstverwalteten, sozialpolitischen Projekt gestellt werden.

Gerhard Kern

Ist es überhaupt möglich, in dieser Gesellschaft (patriarchalisch/kapitalistisch orientiert) egalitäre Strukturen einzurichten, dies insbesondere mit Randgruppen, hier mit den sogenannten geistig Behinderten, die schließlich abhängig sind von Vormündern, Pflegern und Behörden?

Je nach Beantwortung dieser Frage, wird sich entscheiden, ob die „Lebensgemeinschaft im Dhrontal e.V." ihr bisheriges Konzept der Behindertenbetreuung beibehalten kann oder nicht.

In aller Kürze und für nicht Eingeweihte sei hier noch eine Beschreibung eingefügt:

Neun erwachsene geistig Behinderte Männer und Frauen leben mit elf erwachsenen nicht behinderten Frauen und Männern und neun weiblichen und männlichen „Kindern" in einer Gemeinschaft in der Nähe von Trier (Rheinland-Pfalz). Landwirtschaft, Gärtnerei und Hauswirtschaft ermöglichen allen ihren Neigungen gemäße Tätigkeiten. Die Kultur- und Freizeit wird von allen gemeinsam und individuell gestaltet. Nach anfänglichen Behördenmißtrauen gegenüber der selbstverwalteten Struktur wird die LiD mittlerweile als Pilotprojekt in der alternativen Behindertenarbeit über die Landesgrenzen hinaus empfohlen und ist in vielen Bundesländern bei den zuständigen Behörden bekannt.

Soweit scheint eigentlich alles zum Besten und kein Grund zur Klage. Doch weit gefehlt:

Mitten hinein in die scheinbar positive Entwicklung (ein Ausbau ist geplant) schlägt sich nun nieder, was durch das hierarchische Gesellschaftssystem bestimmt ist. Das Kollektiv bricht auseinander und die anarchistischen Utopien scheinen wie ein Luftballon bei Überdruck zu platzen.

Die Krise des Kollektivs, welches in der Vergangenheit enorme gemeinsame Leistungen brachte, ist nicht unwesentlich auf die aufgezwängten Strukturen zurückzuführen. Das was sich heimliche Hierarchie nennt, was den/die Eine/n stärker oder schwächer macht und auch in unserem Fall zum Verfall führte, ist vorgegeben durch gesellschaftliche und individuelle Sozialisation.

6 Jahre kämpften wir um konsensuale Entscheidungen, Rätestrukturen, gemeinsames Wirtschaften, Einbeziehung von „Behinderten" und „Kindern" in Entscheidungsprozesse, usw.. Die konservative, kapitalistische „kompakte Mehrheit" mit ihrem „Establishment" prägte unwiderstehlich auch unseren Lebensversuch. Geschäftsführender Vorstand, Heimleitung (wir sind ein Heim im Sinne des Heimgesetzes) wurden sowohl von der Gesellschaft gefordert und auch vom Kollektiv geund erduldet.

Bedeutet der Zerfall des Kollektivs das Aus für ein hoffnungsvolles linkes Projekt? Schließen sich Autonomie und Bejahung bestimmter gesellschaftlicher Strukturen gegenseitig aus? Für einen Ausweg brauchen wir die öffentliche Diskussion in den Reihen derer, die sich nicht nur eine Wirtschaftsweise von unten erhoffen, sondern deren Ansinnen auch die Kultur und das Soziale miteinbezieht.

Hausbesetzung Schanzenstrasse in Hamburg

Bernhard Scholer

Red. Hamburg Mit dem Verkauf der Schanzenstraße 41a an eine Genossenschaft ist zumindest für die dortige Besetzergruppe die Gefahr einer Räumung gebannt. Der Kaufvertrag wurde am 8. September unterzeichnet.

Zum ersten Mal war es dabei auch gelungen, die Solidarität und Mitarbeit anderer Bau- und Großprojekte in Hamburg, z.B. Schröderstift, Donnerstr., Drachenbau-Genossenschaft in St. Georg und Werkhof/Altona für ein solches Projekt fruchtbar einzusetzen. Eine ganze Menge Arbeit ist nun noch zu tun. Ein wirklich basisdemokratisches Nutzungskonzept muß noch entstehen.

Das Verhältnis Nutzergruppe Genossenschaft muß noch in manchem geklärt werden.

Die Genossenschaft, die aus nicht dort Wohnenden besteht, muß 250.000 DM Eigenkapital aufbringen, wovon noch nicht die Hälfte da ist. Reichhaltiger ist das Kreditpolster u.a. durch einen 400.000 DM Kredit durch die Stiftung „Umverteilen"/Berlin. Die Genossenschaft, an der auch der Geschäftsführer des alternativen Sanierungsträgers „Stattbau" Brinkmann beteiligt ist, will sich offenhalten, erworbene Gebäude wieder an die jeweiligen Nutzer zu veräußern, um nicht zum „alternativen Wohnmulti" zu werden.

Der Stadt und ihren Bewohnern wird durch den Kauf des als Bach-Terrasse bekannten Geländes ein Stück Wohnbebauung erhalten, das das Denkmalschutzamt im August 87 als außergewöhnlich wertvolle Gesamtanlage bezeichnet. Dergleichen schließt in Hamburg freilich nie aus, daß die Stadt selbst nichts für die Erhaltung und gegen einen Abriß tut.

„Terrassen"-Häuser sind in Hamburg Hinterhofanlagen und, wie in diesem Fall, ein Stück greifbarer Arbeitergeschichte.

Wer das Projekt unterstützen will, kann dies entweder durch Spenden auf das Konto: ASP am Brunnenhof e.V. Kto 149 279 5003 Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 200 101 11. Vermerk ("S-Chance 41a") oder durch Zeichnung eines Genossenschaftsanteils von 400.-DM + 50.-DM Eintrittsgeld (mit 2 jähriger Frist kündbar).

Die Abwicklung hierzu läuft über das Rechtsanwaltsbüro Getzmann, Augustenpassage 7, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/439 32 22.

Arbeit, Arbeit über alles

Red. Heidelberg Neuartige Erwerbsformen präsentieren, den Dialog zwischen Vertretern konventioneller und innovativer Betriebsformen fördern, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zeigen - dies sind die Hauptzielsetzungen des AGP (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.)-Kongresses, einer Mammutveranstaltung mit acht Workshops unter der Moderation von Spezialisten, mit Referaten, Podiumsdiskussion, Info-Markt, Senatsempfang, Preisverleihung und Laudatio.

Ein Blick auf die im „Info-Markt" vertretenen Teilnehmer verspricht intensive Diskussionen. Das Lager der „konventionellen" Wirtschaft wird u.a. repräsentiert durch VertreterInnen der Bayer AG, Nixdorf-Computer, BMW, Reemtsma - Cigarettenfabrik GmbH, Deutsche- Angestellten-Gewerkschaft, Handwerkskammer HH. Die „innovativen" Kräfte sind vertreten durch Frauenbetriebe, Belegschaftsbetriebe (z.B. Maschinenbau GmbH, Panda-Schuhfabrik), Selbstverwaltete Betriebe (u.a. ASH Krebsmühle, blätterwald, Wuseltronick), Arbeitlosen-Selbsthilfe-Projekte, Mehringhof Berlin, Netzwerk Osnabrück.

Kirchliche Einrichtungen, Ministerien, Stiftungen, Rehabilitationswerkstätten und Aus- und Fortbildungsverbände sind ebenfalls vertreten.

Die Veranstaltung findet in Hamburg im Congress-Centrum am 27. und 28. 10. ab 14.00 h statt. Anmeldungen und nähere Informationen über: AGP, Töpfenhofweg 26, 3500 Kassel.

Einladung zum überregionalen Schreinereitreffen Selbstverwalteter Betriebe

vom 30. Oktober bis 1. November in Bochum.
Los geht's am Freitagabend mit dem Plenum. Am Samstag Arbeitsgruppen zu: Kalkulation, „Selbstverwaltung der Betriebe", Tropenhölzer/Zerstörung der Regenwälder. Angeboten wird auch eine Arbeitsgruppe zum Thema „Design".
Neue Vorschläge der Vorbereitungsgruppe: Kleinserien!? (z.B. Betten), „Schwachstellen" in den Betrieben. Weitere, vorbereitete Vorschläge zu AG-Themen sind erwünscht. Bringt Tassen, Bestecke, Isomatte mit.
Anmeldung bis 20. Oktober an Kreischsäge, Frauentischlerei, GmbH, Bochum
Munscheider Str. 188 4630 Bochum 6
Tel. (02327) 7 66 28

Aktiv für den Umweltschutz

Im Rahmen eines „Ökologischen Bildungs- und Veranstaltungsangebots" werden vom Institut für ökologisches Recycling (IföR) speziell für Schulen und Fortbildungseinrichtungen Veranstalter von Umweltseminaren/Fachtagungen und Referenten zur Verfügung gestellt. Kompetent und praxisnah werden Interessenten über die einzelnen Abfallfraktionen und entsprechende Recycling-Verfahren, über giftige Stoffe im Müll, Altlasten, Müllverbrennungsfragen, Kompostierung, Abfallvermeidung, alternative Müllkonzepte u.v.m. informiert. Darüberhinaus erstellt das IföR-Institut in Zusammenarbeit mit PädagogInnen didaktisches Lehrmaterial zum Thema Müll und Umwelt.

Das ökologische Bildungs- und Beratungsangebot richtet sich auch an Verbände, Firmen, Umweltgruppen und andere Einrichtungen. Daneben werden Einzelberatungen und öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wird das IföR in Kürze auch die Ausbildung zum Abfall-Berater übernehmen.

Auskünfte: IföR e.V., c/o. Dipl.-Ing. Norbert Kopytziok, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2616854 (10.00 - 15.00 h).

Aufruf

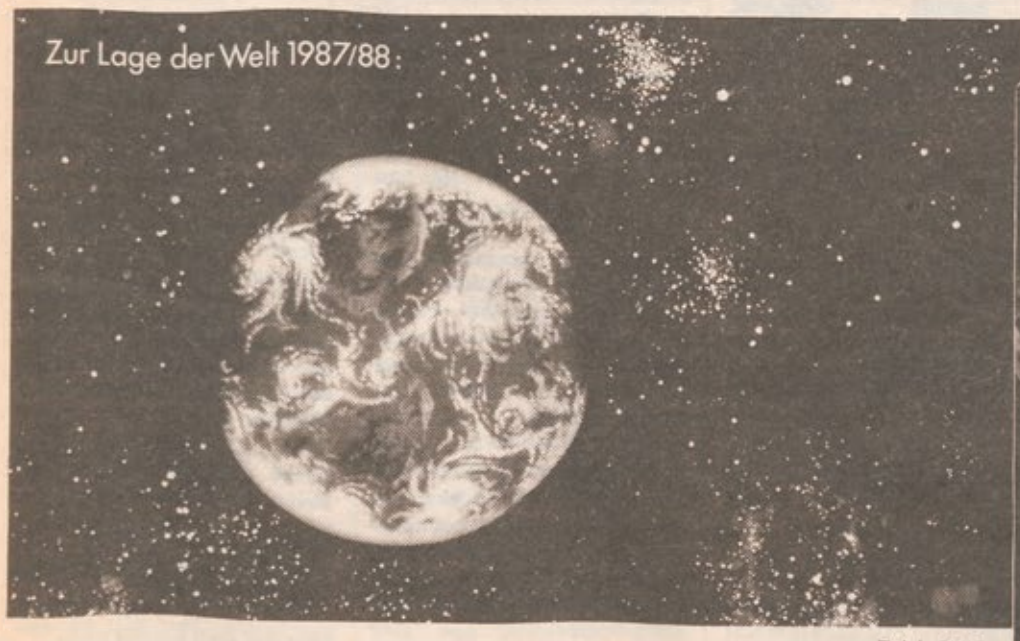
Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ruft zu einem Bündnistreffen am 17. 10. in der Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1, ab 11.00 h, auf.

Im Vorfeld der IWF(Internationaler Währungs-Fonds)-Tagung soll ein Kongreß organisiert werden, auf dem die Betroffenen der IWF-Politik, der Konzern- und Banken-Strategien in der Peripherie und den Metropolen zu Wort kommen sollen. Anschließend an den Kongress soll eine bundesweite Großdemonstration bei Beginn der Jahres-Tagung in West-Berlin stattfinden als Auftakt vielfältigster Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen während der Tagung.

Kontakt: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, Tel.: 040/393156.

Anzeige

Zur Lage der Welt 1987/88:



DM 25,–

S. Fischer

Innerhalb der nächsten 13 Jahre wird die Weltbevölkerung von 5 Mrd. auf 6,2 Mrd. anwachsen. Der Verbrauch von Düngemitteln ist seit 1950 um das 9fache gestiegen. 14% der europäischen Wälder – ein Gebiet so groß wie die DDR und Österreich zusammen – weisen Schadensymptome auf.
Jährlich werden 5 Mrd. Tonnen Kohlenstoff in die Atmosphäre freigesetzt. Zur Zeit sind 70 000 Chemikalien in Gebrauch, jedes Jahr kommen zwischen 500 und 1000 neue dazu. In den Industrieländern trägt die Verpackung ungefähr 30% zum Gewicht und 50% zum Volumen des Haushaltmülls bei.

Seit 1984 publiziert das international bekannte Worldwatch Institute jährlich einen Bericht zur Lage der Welt. Ab jetzt wird dieser Bericht jedes Jahr auch auf Deutsch vorliegen: 288 Seiten Informationen und Argumente für das Überleben unseres Planeten.

Mit Schiss zu mehr BIS-S

Red. Hamburg Hamburgs „Betriebe In Selbstverwaltung - BIS" beschlossen auf einem Seminarwochenende, sich offiziell zu legitimieren. Was den einen „Institutionalisierung von oben" ist, nennen die anderen „Professionalisierung als Schritt nach vorn".

Rüdiger Mannig

In der Analyse waren sich die SeminarteilnehmerInnen einig: BIS war in den letzten eineinhalb Jahren der lockere Zusammenschluß von Hamburger Betrieben mit Selbstverwaltungscharakter. Das, was mensch auf den 14-tägigen Treffen austauschte, hatte alternatives Stammtisch-Niveau. Beim Klönen ergaben sich einige wichtige Kontakte (Vernetzung) und manch' guter Tip, aber ein echtes Profil haben diese Treffen BIS nicht gegeben. Bisher trafen sich die Selbstverwalteten meist eher abgeschlafft nach Feierabend und diskutierten Themen wie Formen der Selbstverwaltung, gemeinsame Haftung gegenüber KreditgeberInnen, Boykott der Betriebsstätten-Zählung oder organisierten Betriebsbesichtigungen. Die meisten Vorschläge und Themen wurden nur andiskutiert, zu ganz konkreten Ergebnissen kam es fast nie.

Kein Wunder, denn der Streß und die Arbeitsüberlastung in den eigenen Betrieben läßt kaum Raum für ausserbetriebliche Aktivitäten. Mit dem guten Willen allein war es bisher nicht getan.

Der „gemeinsame Betriebsausflug" sollte Klarheit über die Perspektiven von BIS schaffen.

Einig waren sich alle, daß die letzten eineinhalb Jahre eine gute Startphase waren. Die Betriebe lernten sich untereinander kennen und haben erste Schritte zur Kooperation vollzogen. Perspektiven für die Zukunft wurden auch entwickelt.So will BIS:

- die Idee der Selbstverwaltung pflegen und fördern
- berufliche Aus- und Weiterbildung organisieren, Erlangung und Beschaffung von Qualifikationen
- verbraucherorientierte Produktentwicklung, Zusammenarbeit Hersteller-Coops
- Schaffung eines gemeinsamen Unter/Überschußpools, gemeinsame Haftung für Kredite an BIS-Betriebe
- Anbieten von Konfliktlösungsmitteln bei innerbetrieblichen Problemen, z.B. durch Austausch von BeobachterInnen, qualifizierte Selbstverwaltungs-SupervisorInnen
- Arbeitskräfte-Austausch in Notsituationen
- politische Vertretung von BIS bei anderen Organisationen
- Schaffung eines SANA-BIS, Sanatorium für dahingerafft te Selbstverwaltete
- Einrichtung einer gemeinsam getragenen BIS-Service-GmbH, die Dienstleistungen und Arbeitsmittel zur Verfügung stellen soll.

Die zentrale Frage war, wie BIS diese weitgesteckten Ziele in praktische Arbeit umsetzen soll!!! Eine kleine Gruppe innerhalb von BIS war der Meinung, daß erst Notwendigkeiten für eine Institutionalisierung geschaffen werden müßten, bevor BIS sich einen Wasserkopf von Vereinen, FunktionärInnen und Paragrafen schafft. Die Gefahr, mehr mit der Erhaltung der Strukturen als mit der Nutzung derselben beschäftigt zu sein, wäre sehr groß.

Die Mehrheit der SeminarteilnehmerInnen wollte, daß es mit BIS „vorangeht". Die bisherige Arbeit hat gezeigt, daß BIS nicht so neben der täglichen Arbeit im Betrieb laufen kann. Trotzdem hielten viele die Umsetzung der BIS-Ziele für so wichtig, daß sich die Mehrheit für die Gründung eines Vereins - oder ähnlichem - entschied. Damit wären die Grundlagen für die Einrichtung von Arbeitsplätzen bei BIS geschaffen, die einerseits die Koordination, die Vor- und Nachbereitung der BIS-Treffen übernehmen, andererseits Forschungsarbeit mittels ABM-Stellen leisten könnten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde festgelegt, daß nur selbstverwaltete Betriebe sogenanntes „ordentliches" Mitglied werden können, und alle anderen Organisationen, mit denen BIS zur Zeit zusammenarbeitet, wie z.B. die Ökobank, fördernde Mitgliedschaften beantragen können.

Die ersten Entwürfe für eine Vereinssatzung liegen vor. Nun beginnt der nächste Teil des Institutionalisierungs-Reigens. Die selbstverwalteten Betriebe müssen über eine Gründung von BIS diskutieren und handeln.

Dabei sollte allen Betrieben klar sein, daß der Verein finanzielle Mittel braucht, die die Betriebe aufbringen müssen. Eine Anschubfinanzierung muß organisiert werden, und alle Beteiligten sollten sich Gedanken über die Umsetzung der BIS-Ziele machen.

Es wird noch viele Konflikte bei der Umsetzung vom Stammtisch zum BIS e.V. geben. Hoffentlich reicht die Konfliktfreudigkeit und Ausdauer aller Beteiligten, um BIS mehr Biß zu verleihen.

Hilfsmittel - individuell und unüblich

Hilfsmittel, egal ob es sich um Rollstühle, Kleidung, Wohnungseinrichtung o.ä. handelt, sind entweder superteure Spezialsachen von Sonder-Herstellern, oder es sind mehr oder weniger faule Kompromisse mit serienmäßigen Produkten. Speziell im Hilfsmittel-Bereich stellen wir fest, daß es eher eine schrumpfende Bandbreite des Angebots gibt. Daneben gibt es allerdings vereinzelt kleine Werkstätten und Alternativ-Betriebe, die ganz tolle Sachen als individuelle Lösung bauen, von denen aber kaum jemand etwas erfährt. Wir wollen versuchen, solche Informationen, aber auch Ideen für noch nicht gebaute Sachen, zu sammeln und Chancen zu ihrer Realisierung zu finden.

Wir haben geplant, uns am 5./6. Dezember 1987 mit Leuten aus selbstverwalteten Betrieben zu treffen, die in diesen Bereich intensiver einsteigen wollen. Wir haben dieses Seminar auf 20 Teilnehmer beschränkt. Falls wir dem einen oder anderen Interessenten absagen müssen, werden wir auf jeden Fall versuchen, alle in den Erfahrungsaustausch einzubeziehen.

Kontaktadresse: Petra Rieth & Hannes Heiler, Adalbertstr. 12, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 069/708463 (Das Seminar wird veranstaltet vom Hessischen Jugendring in Kooperation mit CeBeef-Frankfurt, dem Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung, und dem Deutschen Jugendinstitut.)

Vorankündigung:

Präwema und Lip Betriebe in Selbstverwaltung?

Das Wort 'Selbstverwaltung' geistert seit einiger Zeit wieder verstärkt durch die Presse. Während Lip, einer der ältesten und größten Betriebe, die Selbstverwaltung versucht haben, laut taz vom 1.9.87, Konkurs angemeldet hat, werden in der BRD nahezu gleichzeitig zwei Betriebe von der Belegschaft besetzt. Einer dieser Betriebe, ist die Präzisionswerkzeugmaschinenfabrik „Präwema" in Eschwege mit ca. 400 Mitarbeitern, die in erster Linie ihre Arbeitsplätze retten wollen. Und doch. mit jedem Tag „ohne Chef" steigt das Selbstbewußtsein und das Gefühl, Selbstverwaltung praktizieren zu können.

Die Redaktion Rhein/Main machte sich auf den Weg; nicht nur um Solidarität zu bekunden, sondern auch, um zu sehen, ob Selbstverwaltung immer nur eine Notlösung für vom Konkurs bedrohte „Normal"-Betriebe ist. In der November-Ausgabe folgt zunächst ein Bericht über den besetzten Betrieb. Ausführlicher behandelt wird dieses Thema Mitte nächsten Jahres in einem Schwerpunkt.

Petra Inden
Red. Rhein/Main

Jazz - Forum

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vom 19. bis 30. Oktober veranstaltet die Union Deutscher Jazz-Musiker (UDJ) in Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Landesverband der Kulturinitiativen und Sozio-Kultureller Zentren und dem Landesmusikrat ihr diesjähriges 15. Deutsches Jazz-Forum in Pforzheim.

Neben Jazzclubkonzerten wird am Donnerstag, den 29. Oktober 1987 im Kulturzentrum „Goldener Anker" eine bundesweite Fachtagung stattfinden, die sich mit Problemen und Perspektiven der Jazzförderung in Baden-Württemberg und im gesamten Bundesgebiet beschäftigen soll. Die Interessen der JazzmusikerInnen werden dabei selbstverständlich auch zu Wort kommen. Eine öffentliche Podiumsdiskussion am Abend, zu der die Landtagsfraktionen bereits ihre Teilnahmezusage gegeben haben, wird die Tagung beenden.

Programm & Information:
UDJ, 3304 Wendeburg-Ersehof
Tel. (05303) 52 55

Wohnungsberatung für Bürger und Verwaltungen

Vermittlung zwischen den Interessen engagierter Bürger und der Logik öffentlicher Verwaltungen scheint eine Aufgabe mit Zukunft zu sein. Für den Bereich der Wohnungspolitik gibt es in Nordrhein-Westfalen inzwischen einen landesweiten Beratungsverein, der sowohl Mieterinitiativen und gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte als auch Landes- und Kommunalverwaltungen beraten will. WohnBund-Beratung NRW (WBB) nennt sich diese 'intermediäre Organisation', die die Artikulations- und Durchsetzungschancen von Nutzergruppen verbessern, aber auch Verwaltung und Politik entlasten und ihre Innovationsfähigkeit erhöhen will.

Im Auftrag des nordrhein-westfälischen Städtebauministeriums bearbeitet die Wohn-Bund-Beratung zur Zeit zwei Forschungsprojekte, die nutzer- und gemeinschaftsorientierte Lösungen für Neubauprojekte und bei der Nachbesserung der Großsiedlungen entwickeln sollen. Gleichberechtigt neben solchen Tätigkeiten im Auftrag öffentlicher Verwaltungen steht die Beratung von Bewohnerinitiativen. Einige Beispiele: Im Ruhrgebiet unterstützt WBB die Bewohner von privatisierungs-bedrohten Arbeitersiedlungen bei der Durchsetzung von Gemeinschaftslösungen; in einer Münsteraner Großsiedlung arbeitet WBB mit Mietern und Selbsthilfegruppen an einer Verbesserung der sozialen und Wohnsituation; in Düsseldorf entwickelt WBB zusammen mit dem Verein „Leben in der Fabrik" und der LEG ein nutzerorientiertes Konzept für die Umnutzung eines ehemaligen Fabrikgeländes (Jagenberg).

Eine Mittelstellung im Spannungsfeld zwischen Auftragsarbeiten für Politik bzw. Verwaltung und Unterstützung basisnaher Initiativgruppen nehmen die WBB-Aktivitäten im Bielefelder Kamphof ein. Während des Sanierungsverfahrens nach StBauFG sollen die WBB-Berater die Vertretung der Bewohnerinteressen sichern – im Auftrag des Sanierungstreuhänders, der Landesentwicklungsgesellschaft LEG. Im Unterschied zur klassischen 'Anwaltsplanung' geht es dem Beratungsverein aber nicht nur um Gegen**planung** im Sinne der Betroffenen sondern um die 'realpolitische' Umsetzung der Nutzerinteressen. Und dafür, so meint Roland Grzelski vom Dortmunder WBB-Büro, müsse ein verläßlicher und kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung stehen, der auch den Anforderungen aus Politik und Verwaltung Rechnung trage.

WohnBund-Beratung NRW
Essener Str. 255-257
4250 Bottrop

NAMIBIA

DIN A 2 Querformat, Siebdruck DM 24.80

Themen u.a.:
Geraubtes Land – Die betrügerischen Verträge
Steht auf! – Antikolonialer Widerstand
Basis der Apartheid – Koloniale Repression
Neue Herren / Alte Methoden – Südafrikanische Herrschaft
Keine Heimstatt – Die Namibier gehen in die internationale Arena
Katutura – Umsiedlungen und Widerstand
SWAPO – Nationaler Befreiungskampf

Bestellungen an:
medico international · Obermainanlage 7
6000 Frankfurt am Main 1 · Tel. 069/499041

ISBN 3-92 28 45-01-0

Kalender 1988

neu

Videofront

Der neue Videokatalog „VIDEOFRONT - erweiterte Auflage 1987" der Medienwerkstatt Freiburg ist jetzt erschienen. Neue (Dokumentar)-Videos zu politischen, sozialen und kulturellen Themen: Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Autonomie, Internationale Kämpfe, Zentralamerika, Jugendbewegung, Repression, Faschismus, zur Problematik von Macht und Gegenmacht, zur anderen Geschichte ...

Zu beziehen gegen eine Schutzgebühr von DM 8,– (inkl. Versand und 14 % MWSt.) über:

Medienwerkstatt Freiburg,
Konradstr. 20, 7800 Freiburg,
Tel.: 0761/709757

(Wer den alten Katalog schon hat, kann den „Ergänzungsteil 1987" separat für DM 1,– in Briefmarken beziehen).

Eine Stiftung findet (noch?) nicht statt

Der Parteitag hatte kein Happy-End. Eine ausreichende Mehrheit, geschweige denn ein Konsens wurde nicht erreicht, als die Grünen unlängst in Oldenburg über eine grün-nahe Stiftung entscheiden wollten. Das ganze Lamento über die Krise der Grünen und/oder der Bewegungen entlud sich in bösen Worten über grün-nahen „Filz" und/oder mehr oder weniger „Prominenter" auf die DelegiertInnen. Ein Brückenschlag zwischen den vier konkurrierenden Stiftungsmodellen schien am Schluß gar nicht mehr möglich.

In der Woche nach dem Parteitagsrummel bat CONTRASTE vier der WortführerInnen des Stiftungsstreits, ein Statement zum Ergebnis des Parteitages, bzw. zu möglichen Konsequenzen abzugeben.

Es antworteten Regina Michalik und Rolf Grösch vom Grünen Bundesvorstand, die sich bisher für die Frauen-(an)stiftung (Regina), bzw. für das Ländermodell (Rolf) engagiert haben, Vera Vordenbäumen, vom BuKo entwicklungspolitischer Gruppen als Exponentin des „Bewegungsmodells" und Michael Vesper, Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, als Experte in Fragen Heinrich-Böll-Stiftung.

Was soll weiter passieren, bevor sich ein grüner Parteitag wieder mit der Stiftung befaßt?

Kein *Himmel auf Erden!!!* Foto: CONTRASTE

LÄNDERMODELL

Rolf Grösch: *Das letzte Abstimmungsergebnis des Parteitages ergab eine, wenn auch knappe Mehrheit für ein förderatives Stiftungsmodell – die Struktur des förderativen Modells sollte daher auch Ausgangspunkt weiterer Gespräche sein. Vielleicht noch wichtiger – sowohl die Böll-Stiftung als auch die Frauen(an)-stiftung hatten in Oldenburg anteilmäßig mehr Nein-Stimmen, wurden also auch deutlicher abgelehnt. Die VertreterInnen des Ländermodells werden sich am 8. Oktober treffen und beraten, wo Verbesserungen und Kompromißmöglichkeiten ihres Modells bestehen. Unser Gesprächsangebot an VertreterInnen anderer Modelle halten wir aufrecht, auch nachdem zunächst keine gemeinsame Kommission zustande kam.*

Meiner Meinung nach ist auch die vollzogene Gründung einer eigenen Stiftung, wie es die Böll-Initiative und Frauen-(an)stiftung angekündigt haben, kein Hindernis für Gespräche. So könnte eine Heinrich-Böll-Stiftung auf der Basis ihrer Autonomie vielleicht auch Aufgaben im Rahmen eines förderativen Modells übernehmen.

BEWEGUNGSMODELL

Vera Vordenbäumen: *Die grundlegende Debatte über das „ob" einer grün-nahen Stiftung fand in Oldenburg bedauerlicherweise einmal mehr nicht statt, obwohl die Partei dies anvisiert hatte. Vielmehr benutzten zu unserem Erstaunen die Verfechter einzelner Modelle schon diese Möglichkeit dazu, um die Stimmen der einzelnen Delgierten zu buhlen. Auseinandersetzung über Inhalt und Ziel einer Stiftung schien beim allgemeinen Gerangel über Struktur und Aufbau belanglos.*

Die mehrheitliche Entscheidung für das förderale Modell und die geringe Beachtung, welche die von den Bewegungen und Frauen entwikkelten Vorschläge fanden, dokumentierten einmal mehr, wie wenig von den in der Gründungsphase der Partei artikulierten Absichten, eine basisdemokratische Alternative in der BRD-Parteienlandschaft zu sein, übrig geblieben ist. Die enge Verfilzung zwischen grünen Landesverbänden und den Länderstiftungen, bzw. grün-nahen Bildungswerken spricht der Absicht Hohn, der in die Parlamente verlängerte Arm der Bewegungen sein zu wollen. Das Länderstiftungsmodell orientiert sich ausschließlich an den Parteistrukturen und gibt den autonomen, unhierarchischen Arbeitsstrukturen der sozialen Bewegungen keine Möglichkeit, sich darin wiederzufinden. Die als unabhängig geplante grün-nahe Stiftung verkommt für partei-externe Interessierte, wie Frauen und Bewegungen, zu einem paternalistischen Geldgeber. Für uns als Vertreterinnen und Vertreter des Bewegungsmodells ist nach dieser kopflos abgebrochenen BDK erst einmal offen, ob und wie wir uns weiterhin an dieser Stiftungsfrage beteiligen werden.

Sicher ist, daß wir unsere Forderung an eine Stiftung, nämlich **Orientierung an gewachsenen Bewegungsstrukturen und Arbeitsfeldern, Delegationsprinzip für alle Stiftungsorgane, Vetorecht der Frauen gegen patriarchale Politik und Projektförderung, Verwendung der Globalmittel auch für Internationalismusarbeit nicht gegen den üppigsten Staatskneteregen verkaufen würden.**

FRAUEN(AN)STIFTUNG

Regina Michalik: *Es gibt bis jetzt noch keinen gemeinsamen Beschluß der „Anstifterinnen", da wir uns noch nicht getroffen haben. Das Abstimmungsergebnis der Debatte ist als Antrag, sich erneut zusammenzusetzen und über mögliche Kompromißlösungen zu verhandeln zu sehen. Ob es für uns überhaupt einen Kompromiß gibt, und wenn ja welchen, wird sich beim Treffen der Anstifterinnen am letzten Samstag im Oktober entscheiden.*

Ich persönlich kann mir nur vorstellen, daß es zwei Teilstiftungen unter einem Dach gibt: die Frauen- und die Länderstiftung. Ich bin nicht bereit, für einen autonomen Frauenbereich, egal in welcher Stiftung auch immer, zu arbeiten.

CONTRASTE: Wird es unabhängig von der Entscheidung eines Parteitages der Grünen trotzdem eine Frauenstiftung geben?

Regina: *Am alten Beschluß, auf jeden Fall eine Frauenstiftung ins Leben zu rufen, hat sich nichts geändert. Es ist jedoch nicht möglich, vor der Debatte der Grünen im Februar weitere Schritte diesbezüglich zu unternehmen.*

HEINRICH–BÖLL–STIFTUNG

CONTRASTE: Unsere Frage bezieht sich darauf, wie Mitglieder der Heinrich-Böll-Initiative, die auch gleichzeitig Mitglieder der Grünen Partei sind, sich in Zukunft in der Diskussion um eine grünnahe Stiftung verhalten. Die Diskussion darum ist ja nicht damit erledigt, daß jeder seine eigene Stiftung gründet, erst recht nicht für Grüne Parteimitglieder, die aktiv in einem anderen Stiftungs-Modell mitarbeiten.

Michael Vesper. *Unsere Position dazu ist ganz klar. Wir haben der Grünen Partei ein Angebot gemacht, an der sie kein Interesse hat; wir werden die Heinrich-Böll-Stiftung trotzdem gründen und durch* **unsere Arbeit** *überzeugen. Wir sind inzwischen ziemlich abgekämpft. Wenn sich das Länder-Modell tatsächlich durchsetzt – was wir nicht glauben – wünschen wir ihm viel Glück können aber daran nicht mitarbeiten. Das Ländermodell ist das am engsten an die Partei angebundene Modell und erfüllt unsere Vorstellungen in keinster Weise. Wir werden zu einer Gründungsversammlung einladen.*

WIE GEHT'S WEITER?

Die Gründungsversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung soll jetzt am 18. November stattfinden. Zuvor will der Bundesvorstand der Grünen alle vier Stiftungsinitiativen zum Bundeshauptausschuß in Berlin am 10./11. Oktober an einen Tisch holen, um auf der Grundlage des Ländermodells Möglichkeiten einer Kompromißfindung zu beraten.

Meßstation

500 Tage nach Tschernobyl ! – keine Konsequenzen –

Wie nicht anders vermutet, rechnet der Staat weiterhin nicht mit radioaktiven Verseuchungen ganzer Regionen (wie zum Beispiel Gau in **Cattenom** bei Westwind und Regen). Katastrophenschutzpläne liegen nicht vor, Grenzwerte sind nicht festgelegt, Radioaktivitätsmeßstationen haben die Städte und Kreise meist nicht.

Die zentralisierten Wetterämter (Strahlenschutzgesetz) melden nur nach Bonn; von dort gibt es keine Antwort (z. B. auf unsere Anfragen).

Automatische 24 Stunden–Meßstation für Radioaktivität

Als Reaktion darauf hat der Ökobankverein Marburg mit dem Aufbau einer ständig arbeitenden Warnstation begonnen.

Der Prototyp einer Radioaktivitätsmeßstation wurde geliefert. Der Geigerzähler ist wetterfest, zu Montage im Freien geeignet (nur 10x20x8 cm Größe). Alle 8 oder alle 40 Minuten (genauere Messung) wird am Innengerät im Büro (ca. 20x15x5 cm) per Leuchtschrift die hochgerechnete Jahresbelastung am Standort angegeben. In Marburg messen wir ständig Werte um 155 milliRem pro Jahr (Schwankungen in der BRD: 40–270 milliRem pro Jahr) Der bei uns vorerst bei 170 milliRem festgelegte Grenzwert würde einen Warnton auslösen.

Nachmessen durch andere Gruppen wäre dann der nächste Schritt (wir haben Kontakt zu fünf anderen Gruppen). Die Förderer (Paten) der Warnstation würden dann sofort informiert, die Presse ebenso.

Gerne würden wir zu den bereits erstellten und geplanten Gruppen im Aufbau unterstützen. Unsere Anlage kostet ca. 1000 DM (ohne Aufzeichnungscomputer ca. 450 DM); Firma Gernitron, Frankfurt. Das Umweltinstitut München, Elsässerstr.30, 8 München 80, mißt mit zahlreichen Gruppen um Atomkraftwerke wesentlich genauer, die Anlage kostet 7.500,- – 11.000,- DM.

Die Festlegung von Grenzwerten im Alarmplan

bereitet uns große Schwierigkeiten. Ein Vorschlag wurde von uns ausgearbeitet (gegen Rückporto senden wir ihn gerne zu).

Wir bitten alle Interessierten, uns hierbei zu helfen: Also selbst nachzurechnen, „Spezialisten" oder gar die zuständigen Katastrophenschützer anzusprechen.

Weitere Radioaktivitäts–Warnstationen

wären dringend nötig. Beim Aufbau wären wir gerne behilflich. Als Patin/Pate kann frau/mann unsere Arbeit zumindest passiv unterstützen.

Für jegliche Hilfe sind wir dankbar.

Interessenten wenden sich bitte an: **Ökobankverein Marburg, Uferstr. 4, 3550 Marburg.**

KAUM ZU GLAUBEN, ABER

TAZSACHE!

Zwei Dutzend
Dichter- & DenkerInnen
machen drei Tage lang
gemeinsame Sache:

die tageszeitung

8., 9. und 10. Oktober 1987

Unsere Redakteure kriegen 3 Tage frei!
Folgende Autoren machen derweil ihre taz:

GYÖRGY DALOS UNGARN
GISELA ELSNER BRD
H. M. ENZENSBERGER BRD
ISTVAN EÖRSI UNGARN
ERICH FRIED GB/ÖSTERR.
GABRIELE GOETTLE BRD
M. HARASZTI UNGARN
H. HENSELMANN DDR
ROLF HOCHHUTH BRD
FELIX PH. INGOLD SCHWEIZ
ELFRIEDE JELINEK ÖSTERR.
ERNST KAHL BRD
I. VON KIESERITZKY BRD
WOLFGANG KOEPPEN BRD
ALEXANDER KLUGE BRD
E. KMÖLNIGER BRD
GYÖRGY KONRAD UNGARN
CLAUDIO MAGRIS ITAL.
HANS MAYER BRD
L. MONÍKOVÁ BRD/CSSR
HEINER MÜLLER DDR
HERTHA MÜLLER BRD/RUMÄNIEN
HEIDI PATACKI ÖSTERR.
J. M. SIMMEL SCHWEIZ/ÖSTERR.
ALFRED SOHN-RETHEL BRD/GB
HORST TOMAYER BRD
ERNEST WICHNER BRD/RUMÄNIEN

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

625 Unterschrift: .....

Genossenschafts-förderung

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

Vereinbarung zwischen CONTRASTE und Genossenschaftsverein

Ab sofort wird der Genossenschaftsverein in dieser Spalte über Aktivitäten und Ergebnisse seiner Arbeit berichten. Dies bedeutet sowohl für CONTRASTE-Leser als auch für die Vereinsmitglieder, daß sie Einblick in die Vereinsarbeit erhalten und regelmäßig mit Informationen aus dem Genossenschaftssektor versorgt werden. Im Gegenzug werden die Vereinsmitglieder regelmäßig mit CONTRASTE beliefert. Sie erhalten damit umfassende Informationen über die Selbstverwaltungswirtschaft.
Gleichzeitig dient diese Regelung der Vernetzung und Kooperation mit anderen Projekten und Vereinen, die im Selbstverwaltungs- oder Genossenschaftsbereich arbeiten.

Mitgliederversammlung

Der „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" lädt seine Mitglieder zu einer Mitgliederversammlung nach Bonn ein. Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 13. November 1987 statt. Die Vereinsmitglieder bekommen eine gesonderte Einladung mit der genauen Tagesordnung. Auf der Mitgliederversammlung soll über die Aktivitäten des Vereins in diesem Jahr berichtet und über Perspektiven für die zukünftige Arbeit diskutiert werden. In Kurzreferaten werden aktuelle Probleme im Genossenschaftsbereich dargestellt (Ökobank, Wohnbund, Genossenschaften als gesellschaftspolitische Perspektive). Außerdem werden Nachwahlen zum Vorstand durchgeführt.

Handbuch „Wie gründen wir eine Genossenschaft"

Unter diesem Titel gibt der Verein in Kürze sein Handbuch heraus. Es ist weitgehend fertiggestellt und soll rechtzeitig zur Mitgliederversammlung vorliegen. Es stellt eine umfassende Informationssammlung über alle Probleme bei der Gründung einer Genossenschaft dar. Das Thema wird aus rechtlicher, steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht beleuchtet. Das Buch enthält Selbstdarstellungen von Genossenschaften, Hinweise auf Beratungseinrichtungen, Mustersatzungen und komplette Formularsätze für notwendige Protokolle, Anmeldungen u.ä. Zusätzlich werden die Anschriften aller Prüfungsverbände aufgelistet und Hinweise auf weiterführende Literatur gegeben. Mitglieder erhalten das Handbuch zum Vorzugspreis. Wer es vorbestellen möchte (Auslieferung erfolgt nach Fertigstellung), schreibe an den Verein.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Die Genossenschaft

Eine aussterbende Rechtsform?

*Analyse der Genossenschaftsgründungen seit der Gesetzesnovellierung von 1973**

Red. Genossenschaften Die genossenschaftliche Rechtsform ist unbekannt. Besonders über die Gründungsdurchführung gibt es kein Wissen. In Lehr- und Gründungshandbüchern werden fast ausschließlich Personengesellschaften sowie GmbH und AG behandelt. Entsprechend überwiegt in der deutschen Genossenschaftslandschaft die Bestandsverwaltung der alten Genossenschaften durch die Revisionsverbände. Immer gab es aber auch Neugründungen. Die Analyse solcher Gründungen, ihre zeitliche Verteilung und die Branchenschwerpunkte stehen in den folgenden Ausführungen im Vordergrund.

Burghard Flieger und Sabine Paling

Entwickelt wurde die genossenschaftliche Rechtsform von Schulze-Delitzsch zur Erleichterung der kollektiven Selbsthilfe. Mit der Zeit entstanden aber aus demokratischen Selbsthilfeunternehmen managergeleitete Genossenschaften. Für diese wirkte die alte Rechtsform beengend. Folge war die Gesetzesnovellierung von 1973.

Das Ziel dieser Reform, die genossenschaftliche Rechtsform attraktiver zu gestalten, gelang nicht. Zwar wurde der demokratische Charakter der „Form" zurückgeschraubt. Die „Ökonomisierung" des Rechtskleides verhinderte jedoch nicht die weitere Umwandlung bestehender großer Genossenschaften in andere Unternehmensformen. Auch bei Neugründungen wurde nicht in stärkerem Maße auf sie zurückgegriffen. Die Annäherung an die Kapitalgesellschaften machte sie selbst überflüssig.

Über 552 Neugründungen

Erstaunlich ist: Trotz fehlender Werbung fällt bei Unternehmensgründungen die Entscheidung auch zugunsten des genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Die durchschnittliche Zahl neuer Genossenschaften liegt jährlich bei 42. Mehr waren es nur 1975, 1979 und 1983. Jedoch kann nur 1975 mit 67 eingetragenen Genossenschaften von einem signifikanten Anstieg gesprochen werden. Er läßt sich mit dem Inkrafttreten des Marktstrukturgesetzes erklären. Landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften, auch in der Rechtsform der e.G., erhalten darüber Zugang zu staatlichen Förderungen. Insgesamt wählten in der Zeit vom 1. 1. 1974 bis zum 1. 1. 1987 über 552 Unternehmen die genossenschaftliche Rechtsform.

Noch immer überwiegen bei den Neugründungen landwirtschaftliche Genossenschaften. An der Gesamtzahl der bestehenden Kooperationen hatten sie 1984 mit 4:444 Betrieben den höchsten Anteil. Relativ nimmt ihre Bedeutung mit 53 % an den Neugründungen allerdings ab. Dies gilt nicht zuletzt, weil der landwirtschaftliche Sektor schon weitgehend genossenschaftlich organisiert ist. Neue Ansätze in diesem Bereich wie eine Wurmhumus-Genossenschaft, eine Truthahn-Erzeuger-Gemeinschaft und zwei Genossenschaften der Chinchillazüchter stellen eher Ausnahmen dar.

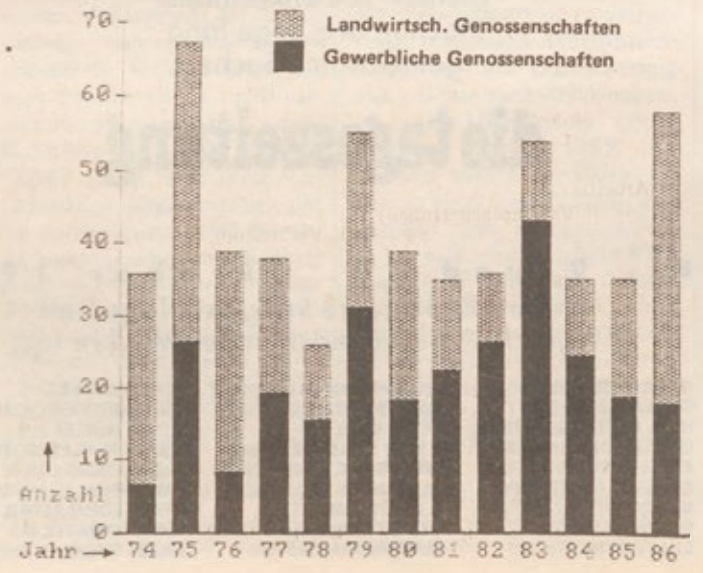
81 % der landwirtschaftlichen Genossenschaften sind Erzeugergemeinschaften im Sinne des Markt-Struktur-Gesetzes. Vermutlich schließen sich die meisten allein aufgrund der Subventionen zusammen. Für Erstinvestitionen können Zuschüsse bis zu 25 % betragen. Zudem sind Teile des Wettbewerbsgesetzes auf Erzeugergemeinschaften nicht anwendbar. Beispielsweise dürfen sie ausdrücklich Preisvereinbarungen treffen.

Eindeutig überwiegen Getreidegenossenschaften mit 93 Neugründungen. Um den Auflagen des Markt-Struktur-Gesetzes zu entsprechen, nutzen sie fast ausnahmslos einen Standardvertrag. Auffällig ist auch die Zahl der Reben-Anbaugenossenschaften. Sie stehen mit 66 Gründungen an zweiter Stelle vor den Viehaufzucht- und -verwertungsgenossenschaften sowie den Milchgenossenschaften, bei denen 45 bzw. 32 Neugründungen gezählt wurden.

Genossenschaftliches Wohnungseigentum benachteiligt

Spannender für den Selbstverwaltungssektor sind die nichtlandwirtschaftlichen Genossenschaftsgründungen. So spielen bei den neuen Wohnungsbau-Genossenschaften Selbsthilfe und Eigenarbeit wieder eine große Rolle. Mit 11 Gründungen ist ihre Zahl gering. Verfügen doch die Wohnungsbau-Genossenschaften zusammen mit den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen über ein eigenes umfangreiches Verbandswesen. Bedenkt man allerdings, daß genossenschaftliches Eigentum gegenüber dem Einzeleigentum steuerlich benachteiligt ist, können diese Neugründungen als erstaunliche Leistung angesehen werden.

Zum gewerblichen Sektor gehören etwa 30 neue Genossenschaften des Bauhandwerks. Nur wenige von ihnen sind dem traditionell gewichtigen Bereich der Bauproduktivgenossenschaften zuzurechnen. Einen großen Teil machen sogenannte Handwerkerdienste nach dem Motto „alles aus einer Hand" aus. Es sind Zusammenschlüsse unterschiedlicher Gewerke, die als Einzelunternehmer völlig selbständig bleiben.



Der genossenschaftliche Zusammenschluß dient der gemeinsamen Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen, Vermittlung, Koordinierung und gemeinschaftliche Ausführung kommen oft als weitere Aufgaben hinzu. Daß innerhalb des Selbstverwaltungssektors kein entsprechender Zusammenschluß existiert, verdeutlicht, wie sehr die überbetriebliche Kooperation noch im argen liegt.

Volks- und Raiffeisenverband als Closed-Shop

Bank-Genossenschaften wurden im Untersuchungszeitraum nicht ins Register eingetragen. Insofern haben sich die Mitglieder der Ökobank-initiative eine schwierige Aufgabe gestellt. Zusammengeschlossen sind die deutschen Volks- und Raiffeisenbanken in einem eigenen „Spitzen"-Verband. Sie nutzen die genossenschaftliche Rechtsform, verknüpft mit dem Verbandszwang am stärksten als Closed-Shop-Instrument. Die Aberkennung der Prüfungsrechte wäre hier ein folgerichtiger, aber nicht zu verwirklichender Schritt.

Ein- und Verkaufsgenossenschaften sind unter den gewerblichen Genossenschaften quantitativ die gewichtigsten. Ihre Zahl mit 12,5 % Anteil an den Neugründungen beläuft sich auf über 70. Unter ihnen hat der Naturkosthandel bei mehr als 24 Eintragungen einen hohen Stellenwert mit wachsender Tendenz. Sogenannte „Öko-Genossenschaften", eine innerhalb der Genossenschaftsverbände gebräuchliche Formulierung, könnten somit in einzelnen Marktsegmenten zukünftig Bedeutung erlangen.

In diesen Genossenschaften leben alte Traditionen am stärksten auf. Symbolträchtige Namen wie Wurzelwerk, Kornkraft, Grünes Netz, Märktscheese, Naturata, Gesunde Kost belegen dies. Insofern verankern sie fast immer auch nichtwirtschaftliche Zielsetzungen in den Satzungen. Förderung des naturgemäßen Landbaus, der assoziativen Wirtschaftsweise, Sauberhaltung von Wasser und Luft sowie der internationalen Gesinnung und Völkerverständigung sind Beispiele hierfür.

Genossenschaften können gemeinnützig sein

Nicht ausschließlich die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder ist erlaubt, wie die Prüfungsverbände oft behaupten. Folgerichtig schliessen sich kleine Gemeinnützigkeit und genossenschaftliche Rechtsform nicht aus. Sie wurde von zwei freien Waldorfschulen und einer Arbeitslosen-Selbsthilfe-Initiative erworben. Die freie Waldorfschule in Karlsruhe wählte diese Konstruktion, weil sich so bessere Finanzierungsmöglichkeiten auftaten als bei der üblicheren Form des eingetragenen Vereins. Heute hat diese Genossenschaft 552 Mitglieder und beschäftigt 51 Personen.

Verschiedene Genossenschaftstypen benötigen eine Anlaufphase. Erst dann setzen sie sich in größerem Maße durch. Dies gilt für Immobiliengenossenschaften, die aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen seit 1979 gegründet werden. Auch Bioladen- und Ärzte-Genossenschaften treten verstärkt in neuerer Zeit - seit 1979 bzw. 1982 - auf. Einfluß hierauf hat die Politik der Genossenschaftsverbände. So existieren privatisierte genossenschaftliche Schlachthöfe nur im Gebiet des Genossenschafts-Verbands Rheinland. Durch standardisierte Satzungen erfuhren sie dort eine besondere Unterstützung.

Das Spektrum genossenschaftlicher Neu-Gründungen ist breit. Verkehrsgenossenschaften, vor allem im Funk- und Taxiwesen, Energiegenossenschaften, ein Zusammenschluß von Filmemachern, gemeinsame Leergutverwertung, Führhundschule und Schlüsseldienste sind Beispiele hierfür. Eindeutige Trends lassen sich daraus nicht ablesen. Die Vielfältigkeit der Gründungen steht dem entgegen.

Ausnahmen könnten zwei Bereiche sein: Sogenannte Wohlfahrts - Genossenschaften und Professionsbetriebe. Wohlfahrts-Genossenschaften werden nicht vorrangig von den dort arbeitenden Genossenschaftsmitgliedern gegründet. Im Hintergrund steht immer eine mehr oder weniger finanzkräftige Institution. Diese bemüht sich, den Gedanken der Selbsthilfe, angeregt durch Fremdhilfe, besonders zu stützen.

Gründungen wie die Arbeitslosen-Selbsthilfe Rems-Murr, das Sozialwerk Unterlegenhardt, eine Böblinger Genossenschaft für Vertrieb und Auftrags-Beschaffung anerkannter Behindertenwerkstätten sowie die Metallmanufaktur Rauderfehn gehören hierzu. Sie zeigen, daß die Genossenschaftsverbände sich nicht beliebig gegenüber Neugründungen von durch Arbeitslosigkeit besonders Betroffenen sperren können.

Unterstützung von Selbstverwaltungsbetrieben als Chance

Ausdruck einer gegenteiligen Entwicklung sind Professionsgenossenschaften. In diesen arbeiten Fachkräfte gleichberechtigt zusammen. Obwohl an eigenständiges Arbeiten gewöhnt, ist es für sie von Vorteil, sich mit einer überschaubaren Anzahl gleichqualifizierter Partner zusammenzutun. Für sie drängt sich die genossenschaftliche Rechtsform als demokratisches Gefüge geradezu auf. So gibt es Genossenschaften für Fachübersetzer, mehrere Beratungsgesellschaften, eine Autorengenossenschaft und solche im Bereich der Softwareentwicklung.

Als Firmenbezeichnungen verwenden sie meist dreistellige Buchstaben-Zusammenstellungen. Namen wie BBS, CST, GKS, EZM, EBP, GBI, WIG und HiH erschweren das schnelle Erfassen der Arbeitsschwerpunkte. Sie sind aber Ausdruck eines „modernen" Selbstverständnisses, das bei Ingenieuren bzw. bei der Arbeit mit Computern und neuer Technik zur Imagepflege gehört.

Dem Selbstverwaltungs- und Alternativsektor können etwa 50 bis 60 Neugründungen zugerechnet werden. Das sind 10 % der gesamten Gründungen seit 1974. Die Bedeutung dieser Zahl läßt sich erst über die Betrachtung des Zeitablaufs erkennen: Alternative Genossenschaften werden seit Anfang der achziger Jahre gegründet. Ihr Anteil an der Gesamtzahl bekommt somit wachsendes Gewicht. Dies gilt, obgleich die genossenschaftliche Rechtsform von Selbstverwaltungs-Unternehmen nur langsam entdeckt und zögerlich gewählt wird.

Für die Genossenschaftsverbände liegt darin eine Chance. Sie können sich bei einer stärkeren Öffnung von Bestandsverwaltern teilweise oligopolartig agierender Unternehmen zu einer Selbstverwaltungs- und Selbsthilfe-Unterstützungsinstitution entwickeln. So ließe sich das seit langem zu beobachtende quantitative Siechtum des genossenschaftlichen Sektors vermeiden. Die Frage bleibt allerdings offen: Ist dies noch nicht oder ist dies nie angesagt?

*Die Zahlen beruhen auf einer Sekundärerhebung von Sabine Paling im Rahmen einer Diplom-Arbeit am Genossenschaftsseminar der Universität Köln. Die aufwendige Durchforstung des Bundesanzeigers war notwendig, weil die Genossenschaftsverbände nicht bereit sind, ihr statistisches Material zur Verfügung zu stellen.

Der Lockruf des Geldes

Red. Berlin In der letzten CONTRASTE wurde eine Bestandsaufnahme und Bewertung des „Berliner Modells" der Selbsthilfe-Förderung vorgenommen. Hier folgt eine politische Bewertung des Modells, die insbesondere auf die Eingebundenheit in das konservative Sozialstaatskonzept Bezug nimmt.

Lutz Wende

Eine Kritik der Ausgestaltung des Fink-Topfes muß den sozialpolitischen Kontext der Selbsthilfe-Förderung durch die CDU thematisieren. Die konservativen sozialpolitischen Ansätze sind eingebettet in den Versuch, die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals zu restrukturieren. Hierbei ist es die Aufgabe der Sozialpolitik, als zusätzlicher Integrationsmechanismus eine Anpassung der Individuen an die für die Restrukturierung „notwendigen"Verhaltensformen zu erzeugen. Dies bedeutet, ein neues Vergesellschaftungsmodell umfassend durchzusetzen.

Zurück ins Reich der „Freiheit"

Nach Auffassung der konservativen Sozialstaatskritik wird der Mensch zum Objekt der verrechtlichten und bürokratisierten sozialen Regelwerke. Sie bewirkten den Verlust der Individualität und Identität, der persönlichen Würde und damit des Selbstwertgefühls. Die damit einhergehende Entfremdung, nicht nur sich selbst gegenüber, sondern gerade auch gegenüber dem Mitmenschen („der die Steuern und Abgaben aufbringt, aus denen die Leistungen bezahlt werden" - so in einem CDU-Papier), führe letztendlich zu einer „unsolidarischen Ausbeutung" des Sozialstaats.

Bezeichnend für eine solche Analyse ist der Gebrauch von Begriffen, die von den Linken zur Analyse der Bedingungen im Produktionsprozeß verwendet werden.

Es ist aber nicht der Verschleiß und die Entfremdung der Arbeitskraft, die diese Empörung hervorruft, sondern die *Abhängigkeit im Sozialleistungssystem.*

„Solche Umkehrungen von Ursachen und Wirkungen arbeiten dem Interesse entgegen, wonach Sozialpolitik als *„Kollektives Zwangssystem"* und der Markt als *Reich der Freiheit* angesehen werden sollen. Ist das erreicht, läßt sich die Privatisierung sozialer Risiken als Freiheit, die Rückverlagerung ihrer Folgen auf den Einzelnen als *Selbsthilfe* emphatisch verbrämen oder mit der neuen Mütterlichkeits- und Familienideologie mystisch überhöhen". (Bäcker/Kühn: Perspektiven der Sozialpolitik. In: Altvater u.a., Arbeit 2000, Hamburg 1985)

Neuer Mangel - neue Chancen

Entsprechend einer solchen Logik leiden die Menschen in der BRD heutzutage nicht so sehr an der materiellen Not, dem sozialen Elend, sondern an seelischer Armut. Dieser „neue Mangel" ist ein Mangel an Zeit, Zuwendung und Geborgenheit und kann auch nicht materiell beseitigt werden. Nein, die Begrenztheit finanzieller Ressourcen sei eben nicht nur negativ zu sehen, sondern stelle eine Chance dar: „Eine Chance der Besinnung auf Tugenden, eine Chance für mehr Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft, für ein wachsendes soziales Verantwortungsbewußtsein der Bürger. Mitleid, Nächstenliebe und gute Nachbarschaft müssen sich ja nicht immer in Geld und sonstigen Vermögenswerten ausdrücken. Persönliche, uneigennützige Hilfe ist wegen der damit verbundenen emotional erfahrbaren Zuwendung oft wichtiger". (Geißler auf dem Fürsorgetag 1983).

Mit der Schwerpunktverlagerung von der materiellen Not zu dem Bereich der menschlichen Zuwendung ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Rationalisierung der sozialen Leistungen.

Die angestrebte „Kostenentlastung" vollzieht sich auf drei Ebenen:

- auf der ideologischen Ebene wird eine Neubewertung der Arbeit vorgenommen, die Selbsthilfe, Hausarbeit, ehrenamtliches Engagement und Zwangsarbeit unter dem Titel „zusätzlich gemeinnützige Arbeit" propagiert
- auf der materiellen Ebene findet eine Mobilisierung billiger Arbeitskräfte (Ehrenamtliche, Sozialhilfe-EmpfängerInnen), die Aushöhlung von Arbeits- und Mitgestimmungsrechten, der Abbau sozialer Leistungen, (auch durch die Beschränkung der Anwartsschaften), sowie die Entregulierung staatlicher Leistungen (z.B. durch die verstärkte Einführung von Stiftungen, auf deren Leistungen kein Rechtsanspruch besteht), statt
- auf der sozialen Ebene durch die Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Frauen, Ausländer, Jugendliche, Ältere...).

Parallel dazu wird ein neues gesellschaftliches Leitbild entworfen, das durch Leistung, Selbständigkeit und Verantwortlichkeit geprägt ist.

Leistung soll sich wieder lohnen

Und Leistung soll direkt belohnt werden. Dazu muß rechtlicher und sozialpolitischer wie auch ideologischer Ballast abgeworfen werden.

Kürzungen der Sozialleistungen sollen zum Erhalt des Leistungsanreizes, zur Motivierung des Verkaufs der Arbeitskraft auch unter noch so schlechten Bedingungen beitragen.

Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategien, die nicht nur die Lohn- und Lohnnebenkosten bei den Unternehmern kürzen sollen, sind gleichzeitig auch Versuche, kollektive Formen der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen zu unterlaufen.

Bescheiden, hilfreich und gut

Aber auch in der Sozialpolitik rücken Arbeit und Leistung in den Mittelpunkt. Nur daß diese nicht im Rahmen von Erwerbsarbeit erbracht werden sollen, sondern unbezahlt bzw. gering entlohnt in der Familie, in den sozialen Diensten und im öffentlichen Leben.

Da werden dann frauenpolitische Maßnahmen propagiert, die durch die Honorierung von Haus- und Familienarbeit (Erziehungsgeld, Babyjahre in der Rentenversicherung usw.) diese als Alternative zum Arbeitsmarkt schmackhaft machen sollen.Insgesamt erfährt die Ehrenamtlichkeit vor allem eine ideologische Aufwertung dadurch, daß die Steigerung des Selbstwertgefühls durch die praktische und eben uneigennützige Tätigkeit als individueller Anreiz in den Vordergrund geschoben wird. Vom Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes kommt ein weiterer Aspekt dazu: Der fast kostenlose Erhalt vielleicht sogar die Erhöhung von Qualifikationen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ein Aspekt übrigens, der auch bei der Förderung alternativer (nicht nur gewerblicher Projekte) eine wichtige Rolle zu spielen scheint.

Die sozialpolitischen Ansätze von Fink sind in diese Strategie eingebettet. Es würde an dieser Stelle aber den Rahmen sprengen, sie alle aufzuzählen (z.B. die Formen von Zwangsarbeit für Sozialhilfe-Empfänger, der Vorstoß, die eh schon viel zu niedrigen Sozialhilfesätze für Asylanten noch weiter zu senken usw.). Ich beschränke mich daher auf die

Selbsthilfe-Förderung

Die Selbsthilfe-Förderung ist hauptsächlich auf „Betroffenheit" und „Hilfe zur Selbsthilfe" sowie die Stärkung der „kleinen sozialen Netze" orientiert. Vorrangiges Ziel ist die Loslösung von Hilfeleistungen aus dem Bereich der materiellen Sicherung in den Bereich der privatisierten und unentgeltlichen Hilfeleistung hinein.

In der Förderauswahl durch den Senat spiegelt sich die sozialpolitische Zielsetzung wider. Ein sehr großer Teil der Fördersumme geht an die sog. Kontakt- und Beratungsstellen (Sekis, Nakos und die bezirklichen Ableger), die auch überwiegend von den großen Verbänden getragen werden. Sie orientieren sich hauptsächlich an dem klassischen (originären) Selbsthilfe-Ansatz vor allem im Gesundheitsbereich und der psycho-sozialen Versorgung. Ihre Zielrichtung ist die allgemeine Verbreitung und Verankerung des Selbsthilfegedankens - quasi als Selbsthilfe-Animateure.

Selbstorganisierte Ansätze oder Ansätze, die durch aktives politisches Engagement geprägt sind, wie der AK Staatsknete als Zusammenschluß von Frauen- und Sozialprojekten oder wie der Arbeitslosenladen und die „Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge" sind dagegen aus der Förderung herausgeworfen worden. Insofern ist eine Ausrichtung auf die politisch-ideologischen Interessen des Senats durchaus erkennbar.

Die Befürchtungen, daß das Einlassen der Projekte auf die Selbsthilfe-Förderung eine Vereinnahmung und Kontrolle durch den Staat und damit den Verlust der Autonomie sowie inhaltliche Beeinflussung und Entpolitisierung zur Folge hat, haben sich nicht bestätigt.

Die Ausgrenzung des ganzheitlichen Ansatzes der Projekte durch die Förderkriterien führt dazu, daß dieser Teil der Projektarbeit durch andere Quellen finanziert werden muß. Meist sind dies AB-Maßnahmen, die aber spätestens nach zwei Jahren auslaufen. Diese Form der Förderung hat zur Folge, daß die langfristige Perspektive für Projekte weiterhin ungeklärt ist, wahrscheinlich sogar eher negativ zu bewerten ist. Für die Projekte wird es darauf ankommen, andere Formen der Absicherung ihrer Arbeit zu entwickeln.

Eine direkte Verbindung von Selbsthilfe-Förderung und dem Abbau sozialer Leistungen läßt sich weder über die Anzahl noch mit den Inhalten der geförderten Projekte herstellen. Anhand der verstärkten Einrichtung der Sozialstationen läßt sich allerdings zeigen, daß mit ihrer Verbreitung gleichzeitig ein massiver Abbau stationärer Unterbringungsmöglichkeiten stattfindet.

Gleichwohl fand insofern eine Vereinnahmung in dem Sinne statt, daß die Selbsthilfe-Förderung präventiv angelegt ist. Es sollen Kosten im Bereich der Versorgung und Nachsorge vermieden, d.h. in erster Linie privatisiert werden. Insofern sind die Projekte in den Umbau des Sozialstaates mit einbezogen worden. Dies den Projekten vorwerfen zu wollen, wäre Selbstbetrug. Es ist die linksalternative Bewegung, die eine Antwort auf den konservativen Versuch der Umstrukturierung der Sozialpolitik finden muß.

Meldungen

Europa-Parlament fordert Garantiefonds zur Investitionsfinanzierung von Genossenschaften

Einen entscheidenden Stellenwert mißt die Europäische Gemeinschaft den Genossenschaften bei der Entwicklung neuer Wege in der Regionalpolitik der EG zu. In einer am 9. Juni gefaßten Entschliessung (11/705) der Europäischen Gemeinschaft heißt es: In den letzten Jahrzehnten steigender Arbeitslosigkeit sei es besonders den Handwerker-Produktionsgenossenschaften gelungen, neue Unternehmen aufzubauen und Arbeitsplätze anzubieten. Das Parlament sei deshalb überzeugt, daß Genossenschaften als Motor bei der Entwicklung wirtschaftlich schwacher Regionen der Gemeinschaft mitwirken können. Kritisiert wird vom EG-Parlament, daß die Koordinierung zwischen den verschiedenen nationalen Sektoren und Bewegungen in bestimmten Ländern (welchen wohl??) noch wenig ausgeprägt sei. Es fordert außerdem eine Strategie, die den Möglichkeiten der Genossenschaften gerecht wird. Entsprechend wird die EG-Kommission vom Parlament aufgefordert, ein gemeinschaftsweites Entwicklungsprogramm zur Verbreitung des Genossenschaftsgedankens zu initiieren. Dessen Finanzierung soll in die Gemeinschaftsfonds eingegliedert werden. Darüberhinaus wird angestrebt, daß die Kommission ständig Kontakt mit den Führungsgremien der Genossenschaftsverbände hält. Beabsichtigt ist, die Mitwirkung von Vertretergruppen der verschiedenen europäischen Genossenschaftsorganisationen in den Bereichen zu verstärken, in denen die Genossenschaften beachtliche Erfolge vorzuweisen haben. Gleichzeitig soll die Kommission einen „europäischen Garantiefond" schaffen, der in Zusammenarbeit mit den entsprechenden einzelstaatlichen Trägern die Finanzierung von Genossenschaftsinvestitionen gewährleisten hilft.

Burghard Flieger

Europäisches Parlament lobt Genossenschaften als Wirtschaftsmotor

Red. Bonn In einer Entschließung vom 9. 7. 87 stellt das Europäische Parlament die Bedeutung der Genossenschaften als Korrektiv zu den „negativen Auswirkungen,die sich aus dem freien Spiel der Kräfte des Marktes ergeben können" fest. Auch ihre Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird hervorgehoben: „Die Arbeitsplätze in Genossenschaften ... scheinen durchweg sicherer und krisenfester". Gerade in den letzten Jahrzehnten steigender Arbeitslosigkeit sei es den Genossenschaften, besonders den Handwerker-Produktionsgenossenschaften, häufig gelungen, neue Unternehmen aufzubauen und neue Arbeitsplätze anzubieten.

Wichtig für uns Bundesdeutsche, europäische Schlußlichter im Produktiv-Genossenschaftswesen: Ein gemeinschaftsweites Entwicklungsprogramm zur Verbreitung des Genossenschaftsgedankens, neue Förderprogramme für Vorranggebiete und eine Angleichung des Genossenschaftsrechts in der EG werden in Aussicht gestellt.

Gleichzeitig soll ein „europäischer Garantie-Fonds" geschaffen werden, der in Zusammenarbeit mit den entsprechenden einzelstaatlichen Trägern die Finanzierung von Genossenschaftsinvestitionen gewährleisten soll.

An dieser Diskussion will sich auch die deutsche CECOP (siehe Kasten)-Arbeitsgruppe beteiligen. Der Text der Entschließung der Bundestagsdrucksache 11/705 kann über die CONTRASTE-Redaktion Bonn, c/o. Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, 53 Bonn 1, bezogen werden.

CECOP

Das „Europäische Komitee der Produktionsgenossenschaften" (Comite Europeen des Cooperatives de Production = CECOP) wurde 1980 als Koordinierungsorgan der europäischen Produktiv-Genossenschaften gegründet.
CECOP vereinigt 14.000 Kooperativen in den regionalen oder nationalen Organisationen, welche insgesamt Arbeitsplätze für über 320.000 Arbeitnehmer bieten. Es hat seinen Sitz in Brüssel. Gründungsidee war, den jeweiligen nationalen Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsbewegungen auf europäischer Ebene Möglichkeiten der Begegnung zum Austausch von Erfahrungen und Informationen zu geben. Für die Zukunft der produktionsgenossenschaftlichen Bewegung ist es von fundamentaler Bedeutung, Zugangsinstrumente zu Finanzen und Verhandlungswerkzeuge für die Beziehungen zu Polit- und Finanzkreisen zu besitzen. Nur gemeinsam wird die Bewegung bessere Zugangsmöglichkeiten aushandeln, um die politischen Akteure für ihre Probleme sensibilisieren zu können. Hierbei spielt das CECOP auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle.

Anzeige

Es ist Zeit die

Volkszeitung

zu lesen.
Für ZWEI DM ÜBERALL im GUT sortierten ZEITSCHRIFTENHANDEL in

Aachen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Essen, Flensburg, Frankfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Fulda, Gießen, Goslar, Göttingen, Hamburg, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Koblenz, Köln, Konstanz, Lübeck, Lüneburger Heide, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück, Stuttgart, Elmshorn, Ulm, Wiesbaden

WENN NICHT
rufen Sie an
0211 / 160 01 15

Anzeige

Ökobank

Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft ?

Dieter Reincke

In der Juni-Ausgabe von CONTRASTE hielt Torsten Martin von der Ökobank Gen.i.G. ein „Plädoyer für mehr Querdenker durch die politischen Lager". Zu den Thesen, die er darin aufstellte, wurde bis heute aus dem Verein heraus kein Widerspruch laut. Im Juli teilte ich den Delegierten mit, daß von Vereinsmitgliedern aus dem Umfeld der CDA-Sozialausschüsse der Wunsch geäußert worden ist, Ulf Fink zu einer Kandidatur für den Aufsichtsrat der Ökobank Genossenschaft zu gewinnen.

Ulf Fink, Mitglied der CDU, Kandidat für die Nachfolge Blüms im Vorsitz eben jener Sozialausschüsse, ist heute Sozialsenator in Berlin. Und aus jenem Berlin wird jetzt zu diesem Vorschlag Widerspruch laut. Nein, kein Widerspruch - das entspräche ja der demokratischen Praxis des Vereins. Der Berliner Landesverband schickt der Bundesgeschäftsstelle ein geharnischtes Schreiben mit dem linke politische Diskussionen immer so bereichernden Ultimatum: Wenn der, dann ..., und das Ganze unterzeichnet mit zornigen Grüßen.

Für mich ist dies der gleiche politische Rigorismus, der die 68er Bewegung in die Sektiererei getrieben hat, der den Grünen jetzt mit Sicherheit das gleiche Schicksal bereiten wird und von dem ich noch immer hoffe, daß er dem Verein mit seiner Vorstellung des Aufbaues einer „friedensfähigen Wirtschaft" erspart bleibt. Dies wird jedoch nur möglich sein in der Pflege einer politischen Kultur, die eine unverzerrte Wahrnehmung der Realitäten zuläßt die eine Kooperation auf bestimmten gesellschaftlichen Feldern in bestimmten Projekten, bei gezielten Aktionen möglich macht, ohne die Zugehörigkeit zu einer festgefügten Glaubensgemeinschaft dabei zur Voraussetzung zu haben.

Ich rede hier keinem politischen Eklektizismus das Wort. Im Gegenteil, das Unbehagen vor eben einem solchen Eklektizismus war es, das mich beim Lesen von Torsten Martins Thesen beschlich. Mir fehlte hier zumindest der Versuch der Beschreibung des „Dreh- und Angelpunktes" des von ihm geforderten „Querdenkens", quer wozu? Zu parteipolitischen Klischees? Zu Szene-Klischees? Ist der gedankliche Sprung von einer Meinungs- und Glaubensgemeinschaft zu einer anderen schon ausreichend zur Definition eines Querdenkers?

Pasolinis These in den 70er Jahren, daß die Studentenbewegung „ein letztes Aufbäumen gegen die Revolution von Rechts" gewesen sei, hat mich damals sehr beeindruckt. Wenn es denn in meinem Denken so einen Dreh- und Angelpunkt geben sollte, dann hier. Ich teile seine These, daß wir Zeitzeugen einer wahrhaft siegreichen Revolution sind, einer Revolution von rechts. Einer Revolution, die unter konsequenter Industrialisierung und Vermarktung der Wissenschaft, unter rigoroser Nutzung aller technischen Innovationen über eine permanente Funktionalisierung und Digitalisierung unseres Denkens eine ‚Aufbruchsstimmung", ein beinahe schon weltumspannendes „Lebensgefühl" geschaffen hat, das zum erstenmal nach so vielen gescheiterten Versuchen den Unsicherheitsfaktor Mensch im Zuge einer weltweiten kulturellen Flurbereinigung regel-, steuer- und normierbar erscheinen läßt. Ich teile allerdings nicht seine Auffassung, daß die Studentenbewegung „ein letztes" Aufbäumen dagegen war, sondern halte sie für ein Glied in einer langen Kette des Widerstandes vor und nach ihr, und irgendwo in dieser Kette sehe ich auch die vielzitierten „neuen sozialen Bewegungen", von denen auch das Projekt Ökobank getragen wird. Nur, wie immer man sie beschreiben, „einordnen"! will, diese neuen sozialen Bewegungen - Glaubensgemeinschaften sind sie mit Sicherheit nicht. Wo immer diesem Irrtum aufgesessen wird, ist der Marsch in das Sektierertum vorgeschrieben.

Es ist immer ein bunter Haufen, der sich heute von Fall zu Fall, von Ort zu Ort zu Aktionen, zu Kampagnen, oder wie in unserem Fall zur Gründung eines Wirtschaftsunternehmens zusammenfindet, der sich „aufbäumt" gegen den kulturellen und psychischen Kahlschlag dieser Revolution von rechts.

Das Schöne an Revolutionen ist, daß sie ab einem bestimmten Zeitpunkt beginnen, „ihre eigenen Kinder zu fressen". Ist es da ein Wunder, daß spätestens ab diesem Datum es zu den erstaunlichsten Koalitionen kommt? „You're welcome", kann ich da nur sagen.

Der Vorteil, eine Interessen- und keine Glaubensgemeinschaft zu sein, scheint mir darin zu liegen, daß man sich erfolgreicher der „Vermarktungsstrategie" dieser Revolution entziehen kann. Indem man sich hier in „Luft" auflöst, um an der nächsten Ekke sich neu zu materialisieren - in immer neuen, verblüffenden Koalitionen.

Glaubensgemeinschaften haben es da in ihren Überlebensstrategien schwieriger; wie man zur Zeit an den Parteien beobachten kann. Die SPD auf der Suche nach ihrer verlorenen Identität als Arbeiterpartei, die CDU in der Beschwörung der immer dünner werdenden christlichen Mitte und die FDP mit ihrer Taktik, alle vier Jahre neue Gesangbücher herauszugeben, während die Grünen noch im Stile mittelalterlicher Mönche dabei sind, ihre Anerkennung als Glaubensgemeinschaft zu erstreiten, indem sie sich bei der Bibelexegese gegenseitig an die Gurgel fahren.

Nein, ich halte die Position des Berliner Landesverbandes für falsch. Sie verkennt die Realitäten, eben die „Vielschichtigkeit" der Koalition, die dieses Projekt Ökobank möglich macht. Der Versuch, übergreifende Glaubensinhalte einzubringen, wird diesen Gegebenheiten nicht gerecht, wird das Projekt gefährden.

Zudem weiß ich nicht, woher in diesem Verein immer wieder die Vorstellung kommt, der Verein oder die Bank oder beide verfügten über ausreichendes Potential von Fähigkeiten, Fachwissen, know how und politischem Einflußvermögen, um diese Bollwerke aus juristischen und verbandspolitischen Palisaden, die einer Gründung der Bank entgegenstehn, aus eigener Kraft zu überwinden. Als intimer Kenner dieses Projektes darf ich versichern, daß dem nicht so ist. Daß wir verdammt dankbar sein können für jede qualifizierte Unterstützung, die uns angeboten wird. Auch die scharfsinnige Feststellung, wie sie im hessischen Landesverband getroffen wurde, daß auf eine „politische Besetzung" des Aufsichtsrats nach Bankgründung getrost verzichtet werden könne, halte ich für eine fatale Fehleinschätzung der Realitäten, unter denen die Bank wird arbeiten müssen.

Es ist so ziemlich die einhellige Meinung aller Kenner der Genossenschaftsszene, mit denen ich bisher gesprochen habe, daß selbst im Fall einer Aufnahme in den Prüfungsverband (den sie für ausgeschlossen halten), die Ökobank nie die Chance erhalten werde, sich ihren Vorstellungen, ihren Prämissen, ihrem Konzept gemäß zu entwickeln. Immer werde der Verband ihr das „bewährte" klassische Genossenschaftsmodell überstülpen. Er werde es ihr überstülpen müssen, da das Modell Ökobank nun einmal außerhalb seiner tradierten Paradigmen läge, er für dieses Modell somit in der Tat über keine Prüfungsraster verfüge.

Wir halten diese Argumentation für abenteuerlich. Unterstellt sie doch dem Verband, daß er die Ökobank aus verbandspolitischen Erwägungen heraus verhindern werde - und das erscheint uns heute denn doch noch unvorstellbar.

Immerhin läßt sie den Schluß zu, daß die Ökobank noch für lange Zeit auf eine tatkräftige politische Unterstützung nicht wird verzichten können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Die Kehrseite der Medaille

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Baupolitik - Arbeitsplätze - Umwelt

Red. Rhein/Main Der Schwerpunkt der Mai-Ausgabe von CONTRASTE befasste sich in verschiedenen Beiträgen mit dem Thema „Wohnungspolitik - zwischen Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung". Beschrieben und diskutiert wurden Ansätze einer alternativen Mieter-Selbsthilfebewegung nach dem Niedergang der Neuen Heimat. Im folgenden stellt Helmut Creutz seine Überlegungen über die Unvereinbarkeit einer staatlich geförderten Baupolitik mit einer an den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt orientierten Volkswirtschaft vor. Getreu dem Motto: Staatsknete, igittigitt!

Helmut Creutz

Ist der Baumarkt durch eine „zinslose Baumark" zu beleben?

Liegt der Baumarkt brach, werden immer wieder die verschiedensten Alternativmodelle zur Belebung diskutiert. Dies gilt sowohl für genossenschaftliche Bauträgerformen wie für neue Finanzierungsmodelle, bis hin zur Einführung eines zinsfreien Baugeldes, das von der Bundesbank in Umlauf gesetzt werden soll

Angesichts dieser immer wieder behandelten Wohnungsbaualternativen, die häufig auch vor dem Hintergrund angeblichen Wohnungsmangels diskutiert werden, ist es zweckmäßig, sich erst einmal der gegebenen Situation am Wohnungsmarkt bewußt zu werden.

Einige Fakten zur Wohnungsversorgung

1950 war jede Wohnung bei uns im Schnitt mit 5,4 Personen belegt bei 10 qm Wohnfläche pro Kopf. Heute liegt die durchschnittliche Wohnungsbelegung bei 2,2 Personen und die verfügbare Pro-Kopf-Fläche bei 35 qm. Die Zahl der Wohnungen wurde von 9,5 Millionen (1950) auf etwa 25 Millionen (heute) angehoben. Von diesen 25 Mio. Wohnungen sind etwa 14,5 Mio. Mietwohnungen, davon wiederum rund 4,5 Mio. Wohnungen im sogenannten Sozialen Wohnungsbau.

Die Mieten in diesen Sozialwohnungen werden durch staatliche Zuschüsse auf etwa die Hälfte der Kostenmiete abgesenkt, bei Neubauten sogar auf ein Drittel bzw. ein Viertel der tatsächlichen Kosten. Da diese Wohnungen dennoch oft schwer vermietbar sind, hat man nicht nur die Mieten immer mehr herabgedrückt, sondern zusätzlich die Einkommensgrenze für die Wohnungsberechtigten angehoben. Inzwischen sind dadurch rund 12 Mio. Haushalte sozialwohnungsberechtigt, fast dreimal mehr als Sozialwohnungen vorhanden sind. Bezogen auf die Gesamtzahl aller Haushalte (etwa 25 Mio.) wird also knapp die Hälfte als sozial schwach eingestuft, in einem der reichsten Länder der Welt geradezu ein absurder Zustand!

Als Folge der Einkommensanhebung wohnen in den verbilligten Sozialwohnungen etwa zu einem Drittel Mieter, die über ein gutes Durchschnittseinkommen verfügen. Ein weiteres Drittel dürfte sogar über jenen schon hoch angesetzten Einkommensgrenzen liegen bzw. blockiert z.T. - weil die Wohnungen ja so billig sind - übergroße Wohnungen, und das in manchen Fällen über Jahrzehnte hinweg. Als Folge dieser staatlichen Markteinmischungen klaffen heute die Mieten vergleichbarer Wohnungen bis zu 300 Prozent auseinander und die Wohnungssuche wird zu einem Lotteriespiel mit Hauptgewinnen und Nieten: Einkommensstarke Mieter wohnen in billigen Wohnungen, einkommensschwache in teuren, wobei die letztgenannten über ihre Steuern die Mieten der erstgenannten mitsubventionieren dürfen.

Der soziale Wohnungsbau hat sich also längst zu einem sozialen Ärgernis entwickelt, so sinnvoll er in den 50er Jahren auch gewesen sein mag. Das gleiche gilt für die staatliche Förderung des freien Mietwohnungsbaues über immer höhere Steuergeschenke an Spitzenverdiener, vor allem im Rahmen der sogenannten Bauherrenmodelle.

Die „Erfolge" dieser ganzen Staatseinmischung sind also ähnlich geartet wie die der Marktverfälschungen auf dem Agrarmarkt. Auch dort haben wir inzwischen absurde Zustände: Der eine Bauer holt um zu überleben mit noch mehr Kunstdünger und Gift das Letzte aus seinem Boden. Dem zweiten Bauern kauft der Staat die ganze Ernte zu garantierten Festpreisen zur Einlagerung oder Vernichtung ab. Und der dritte Bauer erhält eine Prämie, damit er seinen Acker brachliegen läßt oder seine Kühe schlachtet. Und dieser ganze Irrsinn - im Agrar- wie im Wohnungssektor - wird mit immer höheren Steuermilliarden aus den Taschen der Arbeitenden finanziert!

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich hat jede Gesellschaft die Pflicht, in Not geratenen Mitbürgern zu helfen, auch im Bereich des Wohnens. Dazu genügt aber vollkommen das seit langem bestehende Wohngeldgesetz, das von den tatsächlich gegebenen individuellen Einkommens- und Wohnbedarfsverhältnissen ausgeht und diese jährlich überprüft. Diese Wohngeldzuschüsse erhalten selbstverständlich auch alle Fürsorgeempfänger, sofern nicht die gesamte Miete direkt vom Sozialamt gezahlt wird.

Ein weiterer Gesichtspunkt, den wir uns in Zahlen vor Augen führen sollten:

1982 betrug die verfügbare Wohnfläche in der Bundesrepublik pro Kopf 32 qm. Demgegenüber lag die verfügbare Fläche in Frankreich bei 24 qm, in Italien bei 16 qm, in Japan bei 12 qm, in Rußland und Polen bei 8 qm und in China bei 4 qm. Selbst im Sozialen Wohnungsbau lag die Pro-Kopf-Fläche bei uns mit 26 qm über allen Durchschnittswerten unserer Nachbarländer.

Angesichts dieser Zahlen dürfte uns das Wort „Wohnungsnot" eigentlich schon lange nicht mehr über die Lippen kommen. Und angesichts der abnehmenden Bevölkerungszahl und der vielen hunderttausend leerstehenden Wohnungen in unserem Lande ist auch die Frage angebracht, wie lange wir die Ausweitung des Bestandes und der Wohnflächen eigentlich noch weitertreiben wollen und wieviel Fläche Wohnung der Mensch nun eigentlich braucht!

nur in Anbetracht der internationalen Vergleichsgrößen auf, sondern auch im Hinblick auf unsere Umwelt. Denn jede weitere Anspruchsvergrößerung ist nicht nur mit mehr Betonierung der Landschaft verbunden und mit Material- und Energieverbrauch beim Bau, sondern auch mit entsprechenden zusätzlichen Belastungen bei der jahrzehntelangen Nutzung. Und diese Mehrkosten und Mehrverbräuche im Bereich des Wohnens müssen wir wiederum durch Mehrleistung und Mehrumsatz in der Wirtschaft erarbeiten!

Interessiert Sie ein alternatives Buchprogramm?
Gauke's Magazin
gibt's kostenlos:
Postfach 1129/E · 3510 Hann. Münden

Hinzukommt, daß drei neugebaute Wohnungen inzwischen ungefähr zwei leerstehende im Altbestand zur Folge haben. Und wie im Agrarbereich die Butter-, Fleisch- und Getreideberge dank der staatlichen Markteinmischung und -verfälschung immer höher werden, wachsen seit einigen Jahren auch die Halden der leerstehenden Wohnungen an. Dieser längst vorhandene Überschuß an Wohnungen würde noch deutlicher zu Buche schlagen, wenn man die Marktverzerrungen aufheben würde. Allein von den 4,5 Millionen Sozialwohnungen dürften dann etwa eine halbe Million frei werden, nämlich die heute unterbelegten, bei denen es billiger ist, die nicht genutzten Zimmer abzuschließen, als in eine kleinere Wohnung zu ziehen.

Hinzu kommt weiter, daß wir inzwischen aufgrund der staatlichen Preismanipulationen das Gefühl für den Wert einer Wohnung fast verloren haben. So hält es beispielsweise die Mehrzahl aller Sozialwohnungsmieter für ganz normal, daß sie für die Miete ihrer durchweg nicht kleinen Wohnung monatlich weniger aufwenden als für ihre abgestellte Blechkiste am Straßenrand.

Und nun schlägt man ernsthaft vor, diesen irrealen und völlig aus den Fugen geratenen Wohnungsmarkt durch ein neues marktverfälschendes Modell anzureichern. Dieses „zinsfreie Wohnungsmark"-Modell soll einem Teil der Mieter dann noch billigere Wohnungen bescheren, sofern sie zu den Lotteriegewinnern gehören, die eine solche Wohnung - auf welchem Weg auch immer - ergattern.

Sicher könnte man mit einem solchen neuen Staatshilfemodell den Wohnungsbau erneut ankurbeln und damit - was manche ebenfalls im Auge haben - neue Arbeitsplätze schaffen.

Einige Zahlen und Größen zu diesem Arbeitsplatzansatz:

Von 1950 - 1980 - also in dreissig Jahren - haben wir rund 70 % unseres gesamten vorhandenen Wohnungsbestandes erneuert. Geht man von einer durchschnittlichen Wohnungsnutzungszeit von 100 Jahren aus, brauchen wir in den nächsten 70 Jahren also nur noch 30 % des Bestandes zu ersetzen. Das sind im Jahresdurchschnitt etwa 100.000 Wohnungen, etwa ein Drittel des Bauvolumens in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.

Der Rückgang des Wohnungsbaues in den letzten 10 Jahren hat also ganz natürliche Sättigungsgründe. Das beweist auch der zunehmende Wohnungsleerstand, der übrigens keinesfalls nur die teuersten Wohnungen betrifft, sondern auch die billigsten, deren Komfort uns nicht mehr genügt.

Eine künstliche Ankurbelung des Wohnungsbaues ist also von der Versorgungslage her völlig überflüssig. Außerdem ist zu bedenken, daß neuerbaute Wohnungen immer teurer sind als die bereits leerstehenden, deren Kosten wir indirekt ebenfalls tragen müssen.

Einen arbeitsplatzschaffenden Wohnungsbauboom könnten wir nur dann wieder erreichen, wenn wir – wie im letzten Krieg – erneut zwei Drittel des Bestandes zerstören bzw. auch die Wohnungen zur Wegwerfware machen, die man alle 30 Jahre abreißt und auf die Müllkippe befördert.

Bei solchem Arbeitsplatz-Denken wird immer viel zu wenig beachtet, daß Arbeitsplätze nur dann einen wirklichen Wert haben, wenn sie mit sinnvollen,den Menschen dienenden Produkten bzw. Leistungen verbunden sind. Das heißt, wenn sie zu ihrem Marktpreis von Menschen nachgefragt werden, die dafür selber eine Leistung in entsprechender Höhe in den Markt einzubringen bereit sind.

Durch diesen natürlichen Rückkoppelungsmechanismus wird in einer von den Bedürfnissen der Menschen gesteuerten Wirtschaft jedes Dauer- oder Überwachstum verhindert. Ab einer bestimmten Sättigungsgrenze stabilisiert sich damit die Leistung auf Bestandserhalt, die notwendigen Arbeitszeiten gehen mit den Produktivitätssteigerungen zurück, die Freizeit nimmt zu und damit der Raum zu persönlicher und kultureller Entfaltung.

Alle Arbeitsplätze, die durch staatliche Markteinmischung geschaffen werden, stören diesen natürlichen Rückkoppelungsprozeß. Sie dienen im Bereich des Wohnungsbaues den produzierenden und nachfragenden Menschen genausowenig, wie die Überproduktions- und Lagerhaltungsarbeitsplätze im Bereich der Landwirtschaft. Noch schlimmer ist das natürlich bei den vom Staat initiierten Arbeitsplätzen in der Atomindustrie, der Raumfahrt oder bei solchen Milliardengräbern wie dem Main-Donau-Kanal, von der Rüstung ganz zu schweigen.

Was ist mit der Zinsbelastung?

Es ist ohne Zweifel zu begrüßen, daß im Zusammenhang mit der Miete die Frage der Zinsbelastung einmal angesprochen wird, die ja hier in einem besonders krassen Maß zu Buche schlägt. Denn welchem Wohnungsmieter ist bewußt, daß gut drei Viertel der Wohnungs-Kostenmiete aus Zinsen bestehen und die Mieten bei einer Zinshalbierung um mehr als ein Drittel sinken würden. Hinzukommt, daß die gesamte volkswirtschaftliche Zinsbelastung aufgrund der überproportionalen Geldvermögens- und Verschuldungsentwicklung dreimal schneller zunimmt als die volkswirtschaftliche Leistung und die Arbeitseinkommen. Doch diese zunehmende Problematik, die zu einer sich ständig beschleunigenden Einkommensumschichtung von Arbeit zu Besitz hinführt, kann nicht durch partielle Entlastungen im Bereich des Wohnungsbaues abgebaut werden. Helfen kann hier nur eine Absenkung des gesamten Zinsniveaus, wozu wiederum Korrekturen in der Geldumlauftechnik Voraussetzung sind. Die vorgeschlagene „zinslose Baumark" dagegen ist - wenn sie geldtechnisch überhaupt durchführbar wäre - nicht nur wieder eine Symptombehandlung, sondern wirkungsmäßig allenfalls ein „Tropfen auf den heißen Stein". Auch das zeigt ein Vergleich der gegebenen monitären Größen:

Das gesamte Geldvermögens- und Verschuldungspotential in der Bundesrepublik lag Ende 1986 bei 3.500 Mrd. DM und damit beim 2,4fachen des Volkseinkommens.

Die gesamten, den Geschäftsbanken von der Bundesbank zur Verfügung gestellten Refinanzierungskredite lagen dagegen bei rd. 100 Mrd. DM, wovon die Hälfte aus den Mindestreserven stammt, die die Geschäftsbanken bei der Bundesbank zinslos hinterlegen müssen. Die echte Kreditgewährung durch die Bundesbank lag also bei rd. 50 Mrd. DM, das entspricht 1,4 % des in der Wirtschaft vorhandenen Geld- und Verschuldungsvolumens.

Selbst wenn die Bundesbank bereit sein sollte, 35 Mrd. DM zusätzliche „zinslose Baumark" in Umlauf zu setzen (was für rd. 200.000 Wohnungen reichen würde), wären das gerade 1 Prozent (!) des zinsträchtigen Geld- und Guthabenvolumens in der Bundesrepublik.

Wie würden die Banken auf eine „zinsfreie Baumark" reagieren?

Die Banken werden gegen eine „zinslose Baumark" absolut nichts einzuwenden haben, denn für sie ergäbe sich damit eine Ausweitung der Kreditgeschäfte und damit ihres Umsatzes und der Gewinne. Die Zinshöhe dagegen - das wird fast immer falsch gesehen - ist den Geschäftsbanken letztlich egal. Sie leben alleine von der *Differenz* zwischen Einlage- und Kreditzins, die - unabhängig von der Zinshöhe - im gesamten Schnitt immer bei etwa 2 % der Kreditsumme liegen muß, wenn sie „auf ihre Kosten" kommen wollen. Bei Hypotheken liegt dieser Satz, aufgrund des geringen Sach- und Personalaufwandes und des geringen Risikos, sogar nur bei 0,5 % oder weniger.

Der eigentliche Zins (und damit das leistungslose Einkommen) fließt immer - ob bei hohen oder niedrigen Zinsen - an jene Leute, die „ihr" Geld den Banken zur Kreditvermittlung zur Verfügung stellen.

Wenn wir das sozial ungerechte und letztlich selbstzerstörerische Zinssystem tatsächlich überwinden wollen, hat es also wenig Sinn, sich mit Symptombehandlungen oder Randverbesserungen zu befassen. Wir müssen vielmehr auf der Ursachenleiter solange tiefer steigen, bis wir die auslösenden Fehlkonstruktionen erreicht haben, auch wenn es noch so verführerisch ist, sich Näherliegendem zuzuwenden.

Von Helmut Creutz, dem Verfasser vorstehenden Artikels, ist gerade beim Gauke-Verlag in Hann. Münden ein Buch erschienen,in dem er seine Erfahrungen als Architekt und Wirtschaftsanalytiker speziell zu der Wohnungs- und Geldproblematik eingebracht hat. Titel des Buchs: „Bauen, Wohnen, Mieten - welche Rolle spielt das Geld?", mit 31 anschaulichen Grafiken, 120 S., DM 16,–.

Im ersten Teil des Buchs werden die Bestands- und Kostenentwicklungen am Wohnungsmarkt dargelegt, die Mietberechnungen und -belastungen und die Möglichkeiten zur Kostensenkung.

Im zweiten Teil werden die herrschende Geldverfassung und Bodenrechtsordnung beschrieben, die Fehl- und Schwachstellen abgeklopft und Wege zu ihrer Korrektur aufgezeigt.

Das Buch kann zum Ladenpreis auch beim Autor (Monheimsallee 99, 5100 Aachen) gegen Verrechnungsscheck bezogen werden.

Häuser atmen auf.

Holz
lebt durch
seinen warmen
Ton, seine lebendige
Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme
Oberfläche. **Holz atmet** mit AURO
Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus
natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. **Wände sind unsere 3. Haut** durch ihre Wirkung auf das Raumklima,
die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. **Biologische Wandgestaltung** mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus. **Der Natur vertrauen.**

Die natürliche Antwort auf alle Fragen von Farbe und Fläche:
- Imprägnierungen, Holzlasuren, Bienenwachsbalsame
- Klar- und Decklacke
- Wandfarben, Abtönfarben, Kleber für Kork, Parkett, Linoleum und Teppich
- Biologische Reinigungs- und Pflegemittel
- Pflanzenfarben zum Malen und Gestalten

AURO
NATURFARBEN

AURO GmbH · Postfach 1220
3300 Braunschweig
Telefon 0531-895086

Projektszene und ABM

„Prekäre Beschäftigung" heißt es, und anrüchig klingt es. Der Nachgeschmack von Minderwertigkeit bleibt vielen auf der Zunge, wenn „2 Arbeitsmarkt" oder „ABM" darübergeht.
Der Fetisch „Markt", den es ja für die meisten ABM Projekte im sozialen, kulturellen oder Bildungs-Bereich gar nicht gibt, überschattet deren innovatorisches Bewußtsein. Die Marketing-Diskussion der gewerblichen Projekte, deren Selbstverständnis noch nicht mit dem Makel der Abhängigkeit von Staatsknete befleckt ist, kann von den ABM-Projekten nur neidvoll verfolgt werden. Bewegt man/frau sich doch meist auf der Suche nach Quellen in einer verkarsteten öffentlichen „Bedarfslandschaft". Oft genug geht in diesem unwirtlichen Klima die Ernte kaputt, weil der spärliche (Geld-)Regen ausbleibt oder weil...
Trotz alledem: Die Wüste lebt! Es fragt sich nur, wie und wie lange noch?

Karl-Peter Ströbele

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Eigentlich sind in einer solchen Situation gemeinsame Anstrengungen angesagt, damit aus dem „Vegetieren" wirkliches Leben wird. Natürlich gibt es solche Versuche. Meist lokal und unter verwandten Projekten.

Verwunderlich ist allerdings, daß in dieser Situation in der Szene und ihren Medien zu diesem Thema im Prinzip noch das große Schweigen herrscht.

Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig: Über ABM wird in der Projekt-Szene kaum offensiv diskutiert, weil

* es etwas „Präkeres" ist
* Projekte wegen der unzulänglichen Bedingungen ihre Kräfte im Bemühen um notwendige inhaltliche und verwaltungsmäßige Professionalisierung aufzehren
* Probleme vielfach mangels Erfahrung vorrangig als individuelle begriffen werden
* aus Not zu Tricks und ähnlichen Mitteln gegriffen werden muß, die den Problemdruck individualisieren und privatisieren
* Bedingungen von Ort zu Ort verschieden sind
* weil ...

Eine (szenen-)öffentliche Auseinandersetzung über Situation und Perspektive von Projekten, die (noch) auf ABM angewiesen sind, sollte zumindest einen überregionalen, gemeinsamen Informations- und Diskussions-Standard schaffen, der ein besseres Klima für Vernetzungen, Kooperationen und gemeinsame Strategien schafft.

ABM: Ein Instrument - viele Melodien

Im diesjährigen Sommerseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in der AG SPAK) fand sich eine Arbeitsgruppe zu ABM mit Vertretern (es waren leider wirklich nur Männer) aus verschiedenen Städten zusammen (Bremen, Kiel, Münster, Dortmund, Nürnberg und München). Alle arbeiten in Projekten oder sind in der ABM-Szene engagiert.

Das Bedürfnis, sich über die Situation der jeweiligen lokalen Projektszene, den Entwicklungs- und Diskussionsstand vor Ort auszutauschen, die eigene lokale Isoliertheit zu überwinden und gemeinsam über Perspektiven zu reden, füllte statt der geplanten drei Tage schließlich eine ganze Woche.

Ohne hier alles ausbreiten zu wollen, soll doch schlaglichtartig die Unterschiedlichkeit der ABM-(Projekt)Situation in einzelnen Ländern/Städten beleuchtet werden, um darüber nicht nur die Probleme, sondern auch die Gemeinsamkeiten und Perspektiven klarer zu sehen.

Zunächst fiel bei der regionalen Zustandsbeschreibung auf, daß der „Gebrauch" des ABM-Instruments in verschiedenen Ländern und Kommunen sehr unterschiedlich entwickelt ist.

In Bremen, mit einer Arbeitslosenquote von ca. 18 % bei ungefähr 35.000 registrierten Arbeitslosen, haben 5.000 Personen eine ABM-Stelle; d.h. 12 % aller Arbeitslosen wurden in eine ABM vermittelt.

Der Bundesdurchschnitt dieser sogenannten ABM-Quote liegt derzeit bei ca. 4 %. In München allerdings haben weniger als 1 % der Arbeitslosen eine ABM.

In Dortmund, wo die Einwohner- und Arbeitslosenzahlen denen von Bremen entsprechen, wurden ca. 2.000 Arbeitslose in eine ABM vermittelt, also ungefähr 5 %.

12 %, 5 %, 1 %; das sind gewaltige Unterschiede, hinter denen sich manches verbirgt.

Zum Teil erklärt sich einiges, wenn berücksichtigt wird, daß in Bremen und Dortmund wegen der Massenarbeitslosigkeit fast ausschließlich 100 % der Personalkosten von der Bundesanstalt übernommen werden; in München sind das wegen der „unterdurchschnittlichen" Arbeitslosigkeit in der Regel 80 %. Die restlichen 20 % müssen vom Träger zugeschossen werden.

Da Wohlfahrtsverbände das nicht wollen und Projekte das nicht können, springen in solchen Fällen (wenn überhaupt) Kommunen und Länder in die Bresche. Natürlich nicht uneigennützig: Wer die Musik bezahlt, kann bestimmen, was gespielt wird.

Zunächst kann im Groben festgestellt werden: Überdurchschnittliche ABM-Quoten gibt es da, wo von Seiten der Länder/Kommunen planmäßig ein sogenannter 2. Arbeitsmarkt betrieben wird. In der Regel finden wir solche Szenarios unter SPD-Regierungen. In CDU-regierten Ländern/Städten (selbst bei hoher regionaler Arbeitslosigkeit wie z.B. in den Küstenregionen) scheinen Arbeitsbeschaffungs- oder andere Fördermaßnahmen nur sehr eingeschränkt - meist in Form von Sparmodellen in den sozialen Diensten - von Bedeutung zu sein.

Förderung von Projekten mit Hilfe einer „liberalen" ABM-Politik finden wir deshalb nur bei ersteren. Oder andersherum gesagt: Wo Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine nicht unwesentliche Rolle in der Beschäftigungspolitik spielen, sind auch die Bedingungen für die Projekte besser, vom Kuchen etwas abzubekommen, wo ABM aus wirtschaftsideologischen Gründen abgelehnt wird, gerät die Bewilligungspraxis zu einem zermürbenden Hindernislauf über Gutachten, Ämter und Ausschüsse (z.B. in München) und ist in besonderer Weise der Gefahr ausgesetzt, von „oben" funktionalisiert zu werden.

Diese grobe Einteilung erklärt allerdings bei weitem nicht alle Unterschiede. Eine umfangreiche öffentliche ABM-Praxis ist noch lange nicht gleichbedeutend mit einer entsprechenden Berücksichtigung der alternativen Projekte und sagt erst recht nichts über das qualitative Eingehen auf ihre Arbeitsbedingungen aus.

Betrachten wir z.B. das Stück, das Projekte in verschiedenen Kommunen vom ABM-Kuchen abbekommen, fallen große Unterschiede sowohl in der absoluten Zahl als auch in der Relation zur jeweiligen Gesamtmenge auf.

Spitzenreiter scheint auch hier wieder Bremen zu sein, wo der Anteil der Projekte an allen ABMs nach Schätzungen zwischen 15 und 20 % liegt. In Dortmund sind es ungefähr 10 %; in München, wo es ohnehin nur ca. 300 ABM-Stellen gibt, ist der Anteil der Projekte fast zu vernachlässigen. In Münster allerdings, wo ABM-Bewilligungen eher restriktiv gehandhabt werden, haben ein paar Dutzend Projekte einen relativ großen Anteil am ABM-Kuchen.

In welcher Weise alternative Projekte an der lokalen ABM-Politik partizipieren, hängt ganz offensichtlich auch damit zusammen, wie entwickelt die Infrastruktur und Kultur der alternativen (Projekt-) Szene ist; wie dicht geknüpft sie ist, wieviel personelle Erfahrung und Kontinuität sie hat, über welche Professionalität und Ausstrahlungskraft sie verfügt.

Durch Projekt-Kooperationen (z.B. KUKOB in Bremen oder c.u.b.a. in Münster) und kooperative Projekt-Beratung kann nicht nur die Zugangsschwelle zu ABM gesenkt, sondern auch ein gewisser professioneller Treibhauseffekt geschaffen werden, von dem auch andere profitieren. Darüberhinaus wirkt sich in Bremen wie auch in anderen Stadtstaaten die dichte öffentliche Infrastruktur positiv aus.

Der Weg über Projekt-Zusammenschlüsse oder -kooperationen wird auch in anderen Städten gesucht, scheitert aber oft daran, daß die Differenziertheit der Probleme unterschiedlicher Projekte zu isoliertem Durchwurschteln führt und ein gemeinsames Vorgehen zu allgemeinen (ABM)Problemen aus Zeitgründen oder aus grundsätzlicher Skepsis heraus nicht zustandekommt, außer, wenn etwas gerade ganz aktuell auf den Nägeln brennt. Dabei wäre - darin bestand unter den Teilnehmern Einigkeit - gerade das notwendig, wenn Projekte aus der Rotationsmühle heraus zu mehr Professionalität und Kollektivität finden und darüberhinaus politischen Druck für weitergehende Finanzierungsformen als ABM entwickeln wollen.

Zunächst stehen nach unserer - nicht repräsentativen - Erhebung Forderungen nach zusätzlichen Sachmittelfonds und einer Veränderung der in der Regel einjährigen Befristungspraxis im Mittelpunkt; bezüglich längerfristigen Forderungen bestand eine bemerkenswerte Einigkeit in Richtung:

- ABM muß mit anderen Instrumenten und Programmen ergänzt und erweitert werden und auf Dauer nicht aus der Sozialversicherung finanziert werden
- ABM muß in kommunale/regionale Entwicklungs-/Struktur-/Beschäftigungsprogramme eingebunden werden (sozialer und ökologischer Bedarf)
- ABM muß von einer personenbezogenen Förderung zu einer Projektförderung werden.

Die provokante Forderung „Verzicht auf ABM", die von manchen erhoben wird, hielten wir vor dem Hintergrund unserer jeweiligen lokalen Situation für ziemlich unrealistisch.

Unsere Einschätzung geht von folgenden Fakten aus:
In der Regel bedienen sich sowieso nur die Projekte am ABM-Kuchen, für die ohne gar nichts liefe. Selbstverwaltete Betriebe und Projekte, die erwerbswirtschaftlich betrieben werden, lehnen ABM und bürokratische Förderprogramme meist ab (was durchaus verständlich ist).

Eine Projektszene mit ihren vielfältigen alternativen Entwicklungen, Entwürfen und Inhalten, wie sie in den letzten Jahren in vielen Städten entstanden ist, gäbe es ohne ABM einfach nicht.

Trotz aller Hemmnisse, die mit ABM einer kontinuierlichen Projektentwicklung entgegenstehen (Rotation), haben die Projekte Fortschritte in Richtung Professionalisierung gemacht (wenn sie nicht sogar deswegen in gewisser Weise dazu verdammt waren).

ABM hat sich im Prinzip auch positiv auf den bisherigen Stand der Szene in punkto Vernetzung und Projektweiterbildung ausgewirkt.

Daß auf der Grundlage von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, besonders in der gegenwärtig praktizierten Form, die Projekte auf Dauer weder überleben noch sich entscheidend weiterentwickeln können, auch wenn sie den vorprogrammierten Gruppenkonflikten und persönlichen Belastungen standhalten können, steht bei dieser Einschätzung außer Frage.

Umso wichtiger ist nach unserer Meinung eine an den konkreten Projektproblemen orientierte Vernetzung und Kooperation sowohl regional als auch überregional.

Zur historischen Einordnung des Arbeitsförderungsgesetzes

Bis Anfang der 60er Jahre hatte die BRD eine duale Wirtschaftslandschaft. Die Bereiche Handel, Handwerk und Landwirtschaft standen dem Bereich der industriellen Produktion „gleichwertig" gegenüber. Diese Tatsache garantierte einen hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtum.

Parallel zur Etablierung und Ausweitung der Massenproduktion - dies bedeutete eine Stärkung des industriellen Sektors, die mit einer entsprechenden Schwächung der anderen Sektoren einherging - wurde der Sozialstaat ausgebaut, um die mit dem Wachstum einhergehenden sozialen Risiken abzufedern. (Soziale Marktwirtschaft unter Erhardt).

Unter einer ganzen Reihe von Maßnahmen wie bruttolohnbezogene Renten-Erhöhung, Arbeitsschutz, Bildungsreform und betriebliche Sozialpläne war das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bei seiner Einführung 1969 als Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit gedacht. Der wirtschaftliche Überfluß ermöglichte die Finanzierung.

Mit dem neuen Technologisierungsschub und der damit verbundenen Rationalisierung zerbrach der mythische Konsens „technischer Fortschritt = sozialer Fortschritt". Die derzeitige Phase technischer Umwälzung produziert soziale Ungleichheiten bei gleichzeitiger Steigerung des Bruttosozialproduktes.

Das AFG verkam angesichts der Massenarbeitslosigkeit von der Prophylaxe zur Symptom-Kuriererei. Parallel dazu wurde der Zugang zu Leistungen für Arbeitslose drastisch eingeschränkt. Ergebnis: „Nur 38% der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld" (5.1. 87, Bundesanstalt für Arbeit). ABM-Stellen werden ausgeweitet, jedoch zum Instrument befristeter Beschäftigung, zur sozialen Beruhigungspille umfunktioniert. Gleichzeitig legalisierte das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1982 befristete Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit und glich auch den privaten Markt ABM-Bedingungen an. Die Richtung geht in immer weitere Spaltung des Arbeitsmarktes in sichere Arbeitsplätze und unsichere Jobber-Plätze.

Verweserte Kunst ... verbremerte Arbeitsbeschaffung

Red. Nürnberg/Heidelberg Da hatten sich die Bremer Alternativos mal wieder ein dickes Ding zugetraut. Laserblitze zucken über die Weser und kündigen den gigantischen „Feuer-Wasser-Klang-Corso", die Abschlußveranstaltung der BREMINALE '87 an. In fünf Tagen wurden hier am Osterdeich in mehreren großen Zelten und weiteren Spielorten im Stadtteil über 100 Einzelprogrammpunkte vorgeführt.

Wir stehen an den Weserterrassen und können nur noch staunen. Was für ein Rummel – und das noch bei Regen. Aber wir sind nicht nur hier, um nach ermüdenden Oldenburger Parteitagshickhack der Grünen das Kulturereignis zu genießen. Wir suchen Bernd Scheda von der KUKOB (siehe Kasten), der uns Fragen zur Bremer ABM-Politik beantworten soll. Denn es waren natürlich auch wieder ABM-Gelder, die die Breminale erst möglich machten.

Dennoch erscheint der Erfolg dieser Breminale so kaum wiederholbar. KünstlerInnen und DarstellerInnen hatten auf Gagen und Honorare verzichten müssen, Sponsoren von Jacobs-Kaffee bis zu den Medien interessiert werden müssen, um all dies erst möglich zu machen. Der Zuschuß des Bremer Senats allein hat noch nicht einmal ein Drittel der Sachmittel ausgemacht. Und ABM-Stellen, die das Kulturfest so großartig bestritten hatten, laufen ja bekanntlich auch aus.

Grund genug für Bernd Scheda (Kultur-Kooperative Bremen) für die verweserte Kunst auch eine verbremerte Arbeitsbeschaffung zu fordern, eine neue Bremer ABM-Variante.

Was ist die KUKOB?

Seit dem Frühjahr 1981 gibt es einen informellen Zusammenschluß der Kulturläden und -zentren in Bremen, die Kooperationsrunde „Kulturelle Stadtteilarbeit", mittlerweile formalisiert in der Kultur-Kooperative Bremen e.V. (KUKOB). Zu den Aufgaben gehören die Durchführung der Breminale '87, die Durchsetzung eines Bremer Kulturfonds und die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten im kulturellen Bereich.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

INTERVIEW

mit Bernd Scheda (KUKOB)

CONTRASTE: *Welche Rolle spielt ABM in Bremen?*

Bernd Scheda: Hier in Bremen, bei einer Arbeitslosenquote von offiziell über 15 % – schätzungsweise das Doppelte inoffiziell – stecken schon ungefähr 10.000 Menschen in irgendwelchen Maßnahmen: ABM, Umschulung, Fortbildung und BSHG, das heißt in Beschäftigungsverhältnissen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Größenordnung entspricht etwa der Beschäftigtenzahl bei Daimler-Benz.

Was ist der ABM-Pool?

Im ABM-Pool „Sozio-Kultur" geht es um ca. 80 Stellen, die gegenüber dem Arbeitsamt vertreten werden müssen. Zur personellen Absicherung dieser 80 Stellen beantragt die Kulturkooperative Bremen (KUKOB, vgl. Kasten) die Bereitstellung von jährlich 4,8 Mio. DM von der Bundesanstalt für Arbeit. Außerdem sollen aus dem Landeshaushalt jährlich 800.000,– DM als Komplementärmittel zur Verfügung gestellt werden. Ziel des Pool-Modells ist die Absicherung der Stellen auf 6 Jahre (2 x 3 Jahre). Die Absicherung kann nur gewährleistet werden, wenn eine Anschlußfinanzierung erfolgt. Wir haben ja dieses Pool-Modell nicht konstruiert, um die ABM-Situation zu perfektionieren, sondern als einen Modellversuch zu deren Überwindung. Wir haben also parallel zum Antrag an das Arbeitsamt an alle Senatsbehörden, die sich in diesem sozio-kulturellen Rahmen bewegen - also Senator für Arbeit, für Umwelt, für Soziales, für Wissenschaft und Kunst - ein Schreiben geschickt, um sie zu einer Stellungnahme zu unserem Pool-Modell zu veranlassen. An den Arbeitssenator ging gezielt die Frage, ob er diese Arbeitsplätze nicht mit Komplementärmitteln fördern kann (pro Arbeitsplatz DM 10.000,–), um Rücklagen schaffen zu können, wenn dieses Modell ausgelaufen ist. Das heißt, es sollten von den jeweiligen Senatoren *Optionen* abgegeben werden, wie nach Ablauf der sechsjährigen Modellförderung durch das Arbeitsamt sich diese Behörden eine finanzielle Beteiligung vorstellen können.

Damit könnten wir dann dem Arbeitsamt gegenüber argumentieren, wir haben die und die Sokkelfinanzierung, die eine Basis schafft für die Weiterbeschäftigung nach dem Modellversuch. Also bitte, führt diesen Modellversuch durch und seht zu, in welchem gesetzlichen Rahmen das stattfinden kann.

Wie seht Ihr Eure Durchsetzungschancen nach der Wahl?

An den Bremer Verhältnissen wird sich wieder mal nichts ändern (die SPD hat nach wie vor die absolute Mehrheit, die Grünen konnten ihr Wahlergebnis verdoppeln auf 10,5 %, die CDU hat 10 % verloren),weil die SPD auch in der Fehlern ihrer Politik noch bestätigt wurde. Das läßt in Bezug auf den Kulturbereich nichts hoffen. Die SPD wird auf dieses Modell nicht sehr freudig reagieren: Erstens wird sich der Senator für Wissenschaft und Kunst die Frage stellen, ob er so etwas nicht für seinen eigenen Bereich durchsetzen kann. Bei dieser Behörde ist es so, daß sie 16 Festangestellte hat und 130 (!) ABMler, und die wollen ja auch irgendwie versorgt sein.

Konkret sind nach der Wahl noch keine Verhandlungen mit den zuständigen Behörden gelaufen. Wir werden noch einmal auf der politischen Ebene versuchen, klare Aussagen von diesen vier Senatsressorts zu bekommen. Da in Bremen bis 1995 Einstellungsstop im öffentlichen Dienst herrscht, tun sich die Politiker natürlich schwer, eine positive Absichtserklärung abzugeben.

Für die KUKOB ist es natürlich sehr schwer, neben der täglichen Arbeit in den Kulturzentren solche Sachen zu managen. Wir haben deshalb die Absicht, ein Büro-Kollektiv einzurichten, das die Pool-Geschichte weiterverfolgen soll. Bis Ende des Jahres muß es eine Klarheit geben. Entweder wir schaffen den Durchbruch, oder es muß in einer ganz anderen Richtung vorgegangen werden. In Bremen haben wir die besten Chancen - als kleinstes Bundesland mit der größten Arbeitslosigkeit. Wenn sich hier Modelle nicht durchsetzen, dann weiß ich nicht, wo man damit anfangen soll.

Das Interview führten Kurt Regenauer und Dieter Poschen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ABM in Hamburg

Red. Hamburg ABM läßt sich für die Hamburger Projekte nur noch politisch wegdenken: Faktisch hängen alle am Tropf. Zur Zeit arbeiten 7.500 Menschen auf ABM-Stellen; ein guter Teil Projekt-MitarbeiterInnen, doch auch die Universität betreibt ihre Forschung teilweise über ABM. Ausstellungen der Museen werden von ABM-Leuten erstellt, und schließlich verwaltet die Behörde die ABM-Stellen durch ABM-Kräfte. Es gibt auch eine ABM-Stelle, die ABM-Leuten helfen soll, von ABM unabhängig zu werden. Beliebtes Beratungsziel ist die Gründung von Vereinen, deren Zwecke durch ABM-Kräfte verwirklicht werden...

Die Behörden haben sich Neues überlegt: Zur Zeit verändern sie die Vergaberichtlinien im Rahmen des Verwaltungsausschusses, um den zweiten Arbeitsmarkt weiter auszubauen. Das Interesse des Hamburger Senats ist klar. Die Arbeitslosen kommen aus der Statistik heraus und die potentiellen Sozialhilfeempfänger brauchen nicht mehr von Hamburger Geldern allein bezahlt werden. Erreicht werden soll die Erweiterung des ABM-Marktes dadurch, daß auch solche Personen eine ABM-Stelle erhalten können, die bisher keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld haben, weil sie keine Zahlungen an die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Hiervon begünstigte Gruppen sind z.B. arbeitslose Erwachsene unter 25 Jahren, Frauen, die noch nicht gearbeitet haben, Schwerbehinderte und bestimmte Akademiker. Umstritten ist noch, ob das Arbeitsamt auch hier im Einzelfall entscheidet, oder ob diese Gruppen pauschal von der Voraussetzung des Bezuges ausgenommen werden sollen.

Trotz dieser möglichen Verbesserungen wird ABM aber wegen der geplanten Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) schwieriger werden. Nach den bisher bekannten Vorschlägen der Bundesregierung werden die neuen Regelungen vorsehen, daß eine arbeitslose Person innerhalb von etwa 5 Jahren nur eine ABM-Stelle erhalten kann und Projekte schon für die Verlängerung ins zweite Jahr Übernahmezusagen abgeben müssen, die bisher erst für die Verlängerung ins dritte Jahr abgegeben werden mußten.

Wenn diese Bundesregelungen Gesetz werden, kann auch Hamburg mit seinem ABM-Programm dichtmachen, denn unter solchen Umständen werden sich kaum noch ABM-willige und -fähige Arbeitslose und Arbeitgeber finden lassen. Immerhin gibt es nach Auskunft der Sozialbehörde zur Zeit noch 1.000 freie ABM-Stellen....

Matthias Neuling

Aufruf zur Mitarbeit bzw. Materialsammlung

ABM in Projekten

und Selbstverwalteten Betrieben

Bekannt ist die sogenannte Karl-May-Reihe des STATTBUCH-Verlags in Berlin mit den phantasievollen Titeln „Unter Geiern", Leitfaden für die Arbeit in Projekten und Selbstverwalteten Betrieben, „Schatz im Silbersee" zu Finanzierungsfragen derselben und „Auf fremden Pfaden", das über Rechtsformen geht. Im Rahmen dieser Serie möchte ich nach kurzer, vager Absprache mit dem Verlag gerne einen Nachfolgeband mit dem Titel „Die Sklavenkarawane" zur ABM-Problematik in Projekten und Selbstverwalteten Betrieben herausbringen. Ein guter Grundstock dazu ist bereits in Form der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe auf dem Sommerseminar der AG SPAK zur Alternativen Ökonomie '87 in Altenmelle gelegt (S. 32 bis 63 in Tagungszeitung '87, zu beziehen durch Vorüberweisung von 15 DM und 2 DM Versand auf Postgiroamt München, Kto-Nr. 20 547 - 808, AG SPAK; die 200 A4-Seiten kommen aber nur, wenn der Absender lesbar ist!) Neben dem Überblick über regionale Besonderheiten und perspektivischen Einschätzungen soll natürlich in erster Linie der Handbuchcharakter mit Tips und Tricks, Antrags- und Abrechnungshilfen sowie Hinweise auf Beratung und Vernetzung enthalten sein. Zu letzterem ist auch vom 17. bis 20. November 1987 in Hattingen ein Nachfolgetreffen der Sommerseminargruppe geplant. Wird sicher noch in CONTRASTE bekanntgegeben...

Hier könnte dann auch ein Redaktionstreffen zum ABM-Buch sein. Bis dahin sammele ich unter folgender Anschrift:

Arno Huber
c/o AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90

Kommune

Wenn Ihr keinen stromlinienförmigen Einheitsbrei in Sachen Politik wollt, sondern eine lebendige Auseinandersetzung und Debatte um aktuelle Fragen *und* strategische Probleme der Linken, dann lest doch mal *Kommune*!

Wenn Ihr die Verbindung von Kultur *und* Politik wünscht, über den Alltagshorizont hinaus, dann lest doch ...

Wenn Ihr nicht nur eurozentristisch denkt und informiert werden wollt, dann lest ...

Wenn Ihr frauenpolitische oder feministische Interessen habt, dann gibt's dazu einiges in ...

Wenn Ihr nicht nur auf Bleiwüsten starren wollt ...

Wenn Euch das alles nicht interessiert ... dann solltet Ihr auf keinen Fall ein Kennenlernheft bestellen!

Übrigens! Die Meinung anderer: »Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: mit Dokumenten und Hintergrundinformationen aus der grünen (und scheuen) SPD-Politik, mit Debatten über aktuelle Themen ... beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.« *die tageszeitung* - »Anders, also nach außen, schreibt die *Kommune*, Forum für Politik, Ökonomie, Kultur.« *DIE ZEIT* - »Die Zeitschrift Kommune hat sich zu einer der Publikationen entwickelt, denen man regelmäßig mit Interesse entgegensieht. ... Wer wissen will, welche Trends in der Alternativbewegung von Bedeutung sind, muß in Zukunft *Kommune* lesen.« *Frankfurter Rundschau*

KOMMUNE kennenlernen!
5 DM für Probeheft und Infomaterial (Scheck oder Briefmarken beilegen) bei: *Kommune*, Postfach 11 11 62, 6 Frankfurt 1

Der „2. Arbeitsmarkt"

– ein beschäftigungspolitischer Etikettenschwindel

*AK Sozialpolitik der ALM**

Der „2. Arbeitsmarkt" - ein schillernder Begriff: Oft falsch verstanden oder einfach gleichgesetzt mit Förderung durch ABM und die neuerdings eingerichteten sozialversicherten Stellen nach dem Bundessozialhilfe-Gesetz. Dahinter steckt jedoch mehr. Der verschwommene Begriff fasst ein Ideenbündel zusammen, wie aus der ineffektiven und vielfach kritisierten ABM-Beschäftigung mehr zu machen sei. Es wird getragen von Teilen der Sozialdemokratie aber auch von Seiten interessierter Kommunen.

Die Vorstellung eines zweiten Arbeitsmarktes hat die Schubkraft geliefert, sich mit den dezentral möglichen Mitteln eigene beschäftigungspolitische Ziele zu setzen. Die Umsetzung besteht bisher in kommunalen Programmen zur anteilsmäßigen Finanzierung von ABM-Stellen und zur Vollfinanzierung von BSHG-Stellen, aus denen sich gezielte Steuerungsmöglichkeiten ergeben. Die Mehrzahl der Stellen (über 80 %) wird noch immer bei öffentlich-rechtlichen Trägern eingerichtet. Den Rest teilt sich eine bunte Träger-Szene, die vor allem aus der Sozialen Arbeit kommt, aber auch aus der alternativen Szene.

Die öffentlichkeitswirksamsten Programme existieren in NRW und Hessen Dabei hängt das Etikett „2. Arbeitsmarkt" nicht von der Intensität des ABM-Einsatzes ab, sondern von der örtlichen „Philosophie", die die Geldgeber zur Bewältigung der administrativen Schwierigkeiten bei der Aufwertung von ABM und der Einrichtung von BSHG-Stellen motiviert.

Die innere Logik des 2. Arbeitsmarktes ...

Entstanden war die Idee des 2. Arbeitsmarktes ursprünglich in der Evangelischen Kirche, in der Forderungen laut wurden, für die ausgegrenzten Gruppen der Arbeitsgesellschaft besondere Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Unter dem Namen „Neue Arbeit" wurden Betriebe in diesem Sinn in der Diakonie aufgebaut. Das Hamburger „100-Millionen-Programm" hatte jedoch größere Vorbildwirkung für andere Kommunen, die durch die in den bei AFG- und BSHG-Förderung impliziten Refinanzierungsmöglichkeiten eine Chance sahen, aus ihrer Rolle als letzte Zahlungsinstanz für Arbeitslosigkeit herauszukommen. Jetzt soll eine Aufwertung der bestehenden ABM-Programme vorgenommen werden durch die Schaffung neuer Arbeitsgebiete mit kommunalem Nutzen und durch begleitende Qualifizierung während der Beschäftigung. Die Einrichtung von Stellen nach dem BSHG bezweckt die Rückführung von Sozialhilfe-Empfängern in das System der Sozialversicherung.

Durch diese bezuschußten Stellen soll für schwer vermittelbare und langfristig Arbeitslose ein temporärer Ersatzarbeitsmarkt entstehen. Gleichzeitig sollen die Arbeitsverhältnisse arbeitsrechtlich gleichberechtigt sein mit solchen des „normalen" Arbeitsmarkts, denn als ein zentrales Ziel wird die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Lohnarbeit angesehen.

Angesichts einer Verringerung der absoluten Arbeitsplatzzahlen macht der Aufbau eines Sektors, der nur *zeitweise* Abhilfe schaffen will, anstatt offensiv neue Arbeitsplätze zu schaffen, keinen Sinn. Vor allem ist zu fragen, ob nicht die Finanzierung von Arbeitsplätzen aus den von Arbeitnehmern eingezahlten Versicherungsbeiträgen (und nichts anderes ist die ABM-Finanzierung) eine massive Art von *Lohnraub* darstellt.

...und Praktische Umsetzung

Mit der Gleichheit der Arbeitsverhältnisse ist es nicht weit her. Keineswegs zufällig liegt dies in den Sachzwängen begründet, die sich durch die Finanzierung über BSHG und AFG ergeben.

ABM-Stellen werden bereits jahrelang, vor allem von Seiten der Gewerkschaften, kritisiert: Die Befristung der Stellen, das Fehlen vieler finanzieller Vergünstigungen, Nachteile bei Betriebsratswahlen, häufige Abqualifizierung und berufsfremder Einsatz sind Ungleichheiten, die der 2. Arbeitsmarkt nicht aufgehoben hat.

Die sozialversicherten BSHG-Stellen sind fast völlig rechtlos. Entgegen weitverbreiteten Gerüchten gelten für diese Stellen die Tarifverträge nicht. (In Hamburg werden z.B. Sonder-Tarifverträge abgeschlossen, die dann auch danach sind!). Keine arbeitsrechtliche Regelung ist gesetzlich abgesichert, außer dem Arbeitsschutz! Die praktische Folge ist u.a., daß bei Stellen dieser Art aber auch jede noch so schlecht entlohnte Arbeit zumutbar ist, was jede Vorstellung von Statussicherung zur Farce macht.

Zu guter Letzt besteht bei Ablehnung einer Arbeit die Möglichkeit zur Streichung der Sozialhilfe. Ebensowenig ist der Einstieg in diesen 2. Arbeitsmarkt für Arbeitslose freiwillig, auch wenn in den meisten Gemeinden zur Zeit noch die Anwendung der Arbeits*pflicht* liberal gehandhabt wird. Bei einer kleinen Änderung des politischen Klimas lauert dahinter die Zwangsarbeit.

Bei der angestrebten Aufwertung der Arbeits*inhalte* setzen sich die Sachzwänge fort. Die Arbeitsbereiche müssen zwei Bedingungen erfüllen: Sie müssen entweder (nach BSHG) gemeinnützig und „zusätzlich" sein, oder (nach AFG) von öffentlichem Interesse und „zusätzlich". Diese Auflagen zwingen die Träger, sich Arbeitsbereiche außerhalb des Tätigkeitsbereichs der privaten Wirtschaft zu suchen. Jede mögliche Konkurrenz ist zu vermeiden. Die örtliche Wirtschaft hält sich subventionierte Konkurrenz mit allem politischen Druck vom Leibe. Damit ist die Abdrängung eines 2. Arbeitsmarktes in den Randbereich schon durch rechtliche Vorgaben festgeschrieben. Es entsteht ein losgelöster 2. Sektor. Wie dadurch die Chancen der Beschäftigten des 2. Arbeitsmarktes auf Rückgliederung in den 1. Arbeitsmarkt steigen sollen, bleibt das Geheimnis der Erfinder.

Die Orientierung auf ökologische Arbeitsinhalte schien zunächst eine elegante Lösung des beschriebenen Dilemmas zu sein. Mit dem Etikett „Ökologie" lassen sich die dringend gesuchten zusätzlichen Arbeiten ausweisen, und gesellschaftlich sinnvoll sind sie allemal.

Die Umsetzung ist allerdings gar nicht so einfach, und der schöpferischen Fantasie der Programmplaner scheinen Grenzen gesetzt. Ein Blick hinter die schönen Namen enthüllt oft Peinliches: Stoff-Recycling erweist sich dann als Putzlappen-Nähen, und Begrünungsaktionen als die Freiflächenarbeit bekannter Art. Das ausschlaggebende Motiv für ökologische Orientierung ist vor allem die Rechtfertigung der Gelder.

Betrachtet man die realen Zahlen von Übernahmen oder Vermittlungen in feste Arbeitsverhältnisse - die im Vergleich zur übrigen Öffentlichkeitsarbeit auffällig zurückhaltend verbreitet werden - , stellt sich heraus, daß die durchschnittliche Quote unter 5 % liegt. Mittlerweile besteht überwiegend Einigkeit: Durch reine Beschäftigung findet eine Rückgliederung in die Lohnarbeit praktisch nicht statt, und was eine Intensivierung der begleitenden Qualifizierung bringen würde, ist noch völlig offen. Der 2. Arbeitsmarkt ist nichts weiter als ein Sektor, der immer wieder dieselben Personen beschäftigt.

Experimente

Die unleugbaren Verwirklichungsschwierigkeiten haben dazu beigetragen, daß mit der Förderung ausdrücklicher ABM- oder BSHG-Projekte experimentiert wird, um so zumindest Teilziele zu erreichen. Der Anteil der so angelegten Stellen liegt aber noch immer bei unter 10 %. Trotzdem werden unter schwierigen Bedingungen z. T. bemerkenswerte Ergebnisse erreicht. Sie betreffen den Aufbau experimenteller Arbeitsfelder ebenso wie Versuche, sozial ausgegrenzten Betroffenen neue Arbeits- und Lebensperspektiven aufzubauen.

Allerdings ist die Existenz solcher Projekte durch die befristete Bezuschussung ständig gefährdet. Um die Projektinhalte zu retten, wurden überall ähnliche Lösungen gefunden: Ein Teil der Mitarbeiter hat feste Stellen, der Rest wechselt jedes 2. Jahr, ist „Durchlauferhitzer".Die Zukunft der Durchläufer ist ungewiß, der Fortbestand der Arbeit jedoch gesichert. Die Leistungen werden integriert, nicht aber die Personen.

In dieser Form hat der 2. Arbeitsmarkt mit Integrationsbemühungen nichts zu tun, sondern ist vielmehr ein Trainingsfeld für Arbeit unter Jobber-Bedingungen, auf dem sich die Ausgegrenzten des Arbeitsmarktes bewähren dürfen.

* Mitarbeiter im AK Sozialpolitik der ALM: Siegfried Benker/ Wolfgang Hillenbrand/Anneliese Meyer/Katrin Sass/Elisabeth Kraft/Kornelia Schneider

Das Münchner „2. Arbeitsmarktprogramm"

Jeder für sich - die Stadt gegen alle!

Gespräch mit Siegfried Benker, Mitarbeiter in der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/AL MÜNCHEN, zuständig für Sozialpolitik

CONTRASTE. *Kannst du kurz den Werdegang des 2. Arbeitsmarkts in München schildern?*

Siegfried Benker: Eigentlich nicht, weil es eine lange und verwirrende Materie ist. Aber soviel: Im Mai 1984 waren in München Kommunalwahlen. Danach stellte die SPD einen Antrag, einen „2. Arbeitsmarkt" für München einzurichten. Im Planungsreferat wurde ein Konzept erarbeitet, wonach die Hälfte der bereitzustellenden Gelder für die Stadt, die andere Hälfte für freie Träger vorgesehen war. Die Stadt wollte den Komplementär-Anteil für ABM-Stellen übernehmen sowie die Sachkosten. Wir haben dieses kurzsichtige Konzept abgelehnt denn unserer Meinung nach soll das Geld für die Schaffung *fester* Stellen verwendet werden, nicht um Parkschleifen zu konstruieren.

Parkschleifen?

Ein bis zwei Jahre eine Beschäftigung und dann wieder auf die Parkbank vor dem Arbeits- oder Sozialamt.

Aber das ganze kam dann doch ins Laufen?

Ja, mit den Stimmen von CSU und SPD.

Euch ging das Programm also nicht weit genug, und der CSU ging es viel zu weit. Warum hat die CSU dann doch zugestimmt und seit 1984 auch alle Beschlüsse dazu mitgetragen?

Erstens sieht es in der Öffentlichkeit nicht gut aus, wenn Stellen abgelehnt werden, das verträgt sich nicht mit dem Hohelied auf Arbeitsplätze um jeden Preis, zum zweiten waren die Stelleninhalte großteils so hanebüchen, daß kein Mensch auf dem freien Markt so etwas machen würde: Beobachtung der Friedhofszeremonien, um eine Vereinheitlichung derselbigen zu erreichen, Beobachtung der Rolltreppenfrequenz etc.

Wie haben sich die Projekte verhalten, nachdem ihr abgelehnt habt?

Da muß man jetzt sehr genau aufpassen, wenn wir von „Projekt" sprechen! Die Münchner Szene der selbstverwalteten Betriebe und Projekte hat sich einige Zeit vor den Kommunalwahlen 1984 zusammengesetzt, um ihre Forderungen nach Staatsknete zu formulieren. Die Szene trennte sich bald in selbstverwaltete Betriebe und soziale Projekte. Die selbstverwalteten Betriebe hatten früher einmal eine Wirtschaftsförderung verlangt, waren aber an der Materie und an der Durchsetzung desinteressiert.

Nicht desinteressiert an Geld, sondern an der Staatsknete und allem, was damit zusammenhängt!

Genau. Dementsprechend haben sich nach Verabschiedung des „2. Arbeitsquarkes" nur noch drei Betriebe für ABM interessiert, von denen zwei aber keine bekamen und der dritte keine mehr nimmt. Sie wollen feste Stellen im Kollektiv. Diese Betriebsszene hat sich über unsere Ablehnung nie gewundert. Problematischer war es mit sozialen Projekten, von denen viele auch erst aufgrund des „2.Arbeitsquarkes" entstanden waren. Die standen bei uns massiv auf der Matte. Aber unsere Frage, was mit ihren Leuten, die sie betreuen nach zwei Jahren geschehen soll, konnten sie auch nicht beantworten.

Das Thema hat Euch in den letzten drei Jahren ständig auf Trab gehalten.

Ja, Wir haben immer mit ausführlichen Abänderungsanträgen, Öffentlichkeitsarbeit etc. versucht, ein *Langfrist*konzept zu fordern. Die Verwaltung erarbeitete dann ein Langfristkonzept, das die Spaltung des Personals bedeutete, da in "Kernpersonal" und „Peripherie-Personal" unterschieden wird: Das „Peripherie-Personal" wird durchrotiert, das „Kernpersonal" darf solange bleiben, bis neues Personal zum Kernpersonal geworden ist. Wunschtraum ist das Beschäftigungsprojekt, das ungefähr alle zwei Jahre durchrotiert und eine inhaltliche Arbeit macht, die nirgends mit der freien Wirtschaft kollidiert. Aufrechterhalten wird die bloße Hülle der Arbeit.

Und wie geht Ihr jetzt damit um?

Wir kennen viele Leute aus der 2.-Arbeitsmarkt–Szene und wissen, daß da wirklich versucht wird, inhaltlich gute Arbeit zu machen. So versuchen wir natürlich, wenigstens das Überleben der sinnvollen Projekte sicherzustellen. Das Problem ist ja, daß bei unserer wirtschaftlichen Lage die Menschen froh sind, auch nur für ein Jahr eine Stelle zu haben. Und jede/r hofft natürlich, irgendwie übernommen zu werden. Wir versuchen auch weiterhin, hier noch Verbesserungen zu bringen.

Wie sollen die aussehen?

Sinnvoll ist der 2. Arbeitsmarkt nur, wenn eine *Solidarität* aller Beteiligten vorhanden ist. Gegenwärtig kann die Stadt München das ganze aber nicht in ein *wirtschaftliches* Konzept einbinden, d.h. die Leute werden alle wieder arbeitslos. Das Arbeitsamt stimmt sich fast nicht mit der Stadt ab. Einige Projekte arbeiten eineinhalb Jahre ehrenamtlich, bis mal ein Antrag von allen zuständigen Stellen verabschiedet wird, oft warten sie monatelang auf Gelder. Verschiedene SachbearbeiterInnen sind zwar äußerst solidarisch, aber das Gesamtbild der Behörden gleicht einem Monument des Desinteresses. Die Stadt muß also ein klares wirtschaftliches Ziel formulieren.

In welche Richtung denkt Ihr weiter?

Wir werden unsere Forderung nach einer gezielten Wirtschaftsförderung wieder intensivieren. Wir müssen klarmachen, daß eine Kommune wie München gezielt lenken kann, mit Vergaben und Aufträgen, nicht nur im Bereich der Großinvestitionen, die uns die letzten Freiflächen zubauen, sondern auch im innovativen Projektbereich. Straßenrückbau statt Straßenausbau. Es ist eine politische Entscheidung, ob die Kohle immer nur für noch mehr Beton ausgegeben wird oder auch für den Ausbau der Lebensqualität der Stadt. Aber: Es sind halt alles Konzepte von oben, von der Projekteszene kommt hier noch gar nichts.

Das Interview führte Wolfgang Hillenbrand

Claudia von Braunmühl

HILFE ZUR SELBSTHILFE world wide

Eine entwicklungspolitische Polemik — Teil 1

Red. Berlin **„Hilfe zur Selbsthilfe ist die Antwort auf die sozialen Herausforderungen der 80er Jahre", sagt Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin und zukünftiger Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse. Das „Sozialmodell Berlin" (Fink in der FR vom 13.6.85) ist geformt von dieser „neuen Subsidiaritätspolitik". Es ist in diversen Kreuzberger Nächten zwar spektakulär mit seinen Grenzen, aber weiterhin noch kaum mit praktischen Alternativen konfrontiert worden.**
„Hilfe zur Selbsthilfe" lautet im Zuge der „Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik" seit geraumer Zeit auch die Parole des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), und auch hier wird respektvolles subsidiäres Verhalten in Anspruch genommen: „Nicht wir bestimmen das Ziel der Entwicklung unserer Partner. Was wir leisten können und wollen, ist Hilfe zur Selbsthilfe."

Das Beispiel, so freut sich das BMZ, macht Schule. „Die Einsicht beginnt sich langsam durchzusetzen, daß der Staat sich von Aufgaben zurückziehen sollte, die von der Bevölkerung selbst übernommen werden können". (1)

Der Gleichklang wird nicht so ganz zufällig sein. Hier wie da werden emanzipatorische Ansätze abgefiltert und nützlich umdefiniert. Hier wie da ist diesem Vorgang ein anderer vorgelagert, nämlich das Nichteinlösen zentraler Versprechen der sogenannten freien Marktwirtschaft auf nationaler wie internationaler Ebene. Sie schafft nicht hinreichend Arbeitsplätze, sie richtet sich vielmehr mit der Gleichzeitigkeit von „Aufschwung" und struktureller Arbeitslosigkeit ein. Sie entwickelt nicht nach und nach auch die „unterentwickelten" Länder, sie lebt vielmehr mit und von deren fortlaufender Verelendung. Und hier wie da trägt das nicht etwa zu einer Revision der Grundlinien der Politik bei, sondern zu kompensatorischen Strategien an den Rändern politischen Handelns mit erheblichem verbalen und geringem finanziellen Aufwand: „Im Vergleich zu den Summen, die große, kapitalistische Unternehmen im privaten und öffentlichen Sektor brauchen und auch erhalten, ist der Kapitalbedarf der örtlichen Beschäftigungsinitiativen ausgesprochen klein".(2)

Konstruktiv, weil nützlich

Auf innenpolitischer Ebene ist bekannt und vielfältig beschrieben, wie sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre selbstverwaltete Projekte als praktische Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse bildeten, wie sie zwischen Marx und Markt ihre eigenen Trampelpfade herausfanden und wie in den letzten Jahren die Regierenden, die in der konstruktiven Verweigerung zunächst nur die Verweigerung sahen,nun Konstruktives, weil Nützliches, daran entdecken: An den selbst *verwalteten* Arbeitsplätzen ist interessant, daß sie selbst *geschaffen* sind; eine Leistung, die das kapitalistische System zunehmend verweigert. Zugleich kann bzw. will der „Sozialstaat" die gesellschaftlich entstehenden Schäden nicht mehr kostenpflichtig abfangen.

So werden aus Kollektiven „neuartige Beschäftigungsformen", „örtliche Beschäftigungsinitiativen", „Kleinbetriebe mit gemeinnützigen, selbstverwalteten oder ökologischen Zielsetzungen". Aus der Ablehnung des Profitprinzips werden „neue Formen des Erwerbsverhaltens". Aus Solidarität als Ausdruck des Kampfes gegen Vereinzelung, Entfremdung, Entmenschlichung wird ein „sozialpolitisches Konzept" (3).

Sparen durch Ehrenamtlichkeit

„Um dieses sozialpolitische Konzept auf eine Kurzformel zu bringen: Solidarität ist das Ziel – und zwar nicht als Kampfbegriff einer Klasse gegen die andere, sondern als Ausdruck der Solidarität zwischen Starken und Schwachen – Subsidiarität ist der Weg".(4)

Aus Selbsthilfe wird kostengünstige Ehrenamtlichkeit. In Berlin entsteht ein Amt zur Förderung von Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe als Bestandteil einer neuen Subsidiaritätspolitik. Der Arbeitskreis Staatsknete, Berlin, analysiert treffend: „Diese Politik bedeutet auf der finanziellen Ebene die Einsparung staatlicher Mittel und auf der ideologischen einen Appell an die vermeintliche Eigenverantwortlichkeit für soziale Zustände. Diese Eigenverantwortlichkeit wird auf der Ebene der individuellen Reproduktion propagiert, für den Produktionsprozeß jedoch strikt abgelehnt (Mitbestimmung, Vergesellschaftung). Der sozialpolitische Effekt der Selbsthilfeförderung zielt darauf ab, präventiv zu wirken, d.h. gesellschaftliche Kosten für das Sozial- und Gesundheitssystem gar nicht erst entstehen zu lassen. Einen Ausgleich für die vergangenen Streichungen und den Sozialabbau können Selbsthilfegruppen nicht leisten, sie können aber benutzt werden, um den Boden für weitere Streichungen zu bereiten".

Interessant ist, auf welchen charakteristischen Ebenen SPD und CDU die Projekteszene teilumarmen: Während die SPD die beschäftigungspolitische Komponente sieht und dabei auch auf andere Formen der Arbeitsorganisation eingeht, schneidet die CDU sich die sozialpflegerisch nutzbare Seite heraus. Da werden unterschiedliche Traditionen und Positionen sichtbar. Die besser zu verstehen, könnte wichtig sein für überregionale Diskussions- und Handlungszusammenhänge.

Weltweit den Gürtel enger schnallen

Auf internationaler Ebene erleben wir eine sehr ähnliche Entwicklung. Es ist in den letzten Jahren viel von der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer die Rede. Mit anderen Worten: Was drei „Entwicklungs"dekaden übriggelassen haben, ist eine massive Verschlechterung der Lebensumstände der Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt und obendrein eine horrende Schuldenlast. In manchen Ländern verschlingt allein der Zinsendienst mehr als das gesamte Exporteinkommen. Ein Blick auf das Verhältnis von Bruttosozialprodukt, Export und Schulden zeigt, daß es für fast alle keine Chance gibt, sich da herauszuproduzieren.

Man kann die Situation aber auch anders definieren: Anstatt von einem Zuwenig an Einkommen kann man von einem Zuviel an Ausgaben sprechen, dann heißt die Parole „Gürtel enger schnallen". Wie eng, ist eine Frage der Zumutbarkeit.

Genau das propagiert seit ungefähr zehn Jahren der Internationale Währungsfonds und seit 1980 auch die Weltbank. Ihre Kredite, die wiederum tonangebend für private internationale Kreditgeber sind, werden nur unter der Bedingung von „structural adjustment", zu deutsch „wirtschaftliche und gesellschaftliche Anpassung" gegeben.

Es ist also etwas aus den Fugen geraten; Anpassung tut not. Nicht die reichen Industrieländer aber passen ihre Strukturen und Verfahrensweisen den ja nicht unbekannten Folgen ihres weltweiten wirtschaftlichen Tuns an. Die Entwicklungsländer müssen sich anpassen. An den uns nützlichen Status quo.

Zu diesem Zweck unterwerfen sie sich - in Form einer ihnen aufgezwungenen Absichtserklärung („letter of intent") - einem Bündel von immer gleichen Maßnahmen, die dem betreffenden Land seinen ihm gebührenden und ihm angeblich auch gut tuenden Ort in der Weltwirtschaft zuweisen sollen. Und der Masse der Bevölkerung den ihren - oft genug weit unterhalb der Armutsgrenze. Zu dem Bündel gehören: 1. Abwertung, 2. Aufhebung aller nichtmarktkonformen Eingriffe wie Subventionen für Grundnahrungsmittel und lebenswichtige Konsumgüter, Preiskontrollen, Importregulierung, 3. drastische Kürzung der staatlichen Ausgaben, d.h. Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Verfall der sozialen Infrastruktur (Gesundheits-und Bildungswesen, Einrichtungen für Kinder, Alte etc.), 4. weitgehende Umorientierung der nationalen Produktion auf den Export nach Maßgabe der den Industrieländern dienlichen internationalen Arbeitsteilung, 5. Abbau aller Regelungen, die ausländische Investoren als hinderlich empfinden könnten.

Auch die deutsche Bundesregierung fügt seit Beginn der 80er Jahre ihre Entwicklungspolitik in diese Strukturanpassungsprogrammatik ein.

Das dahinterliegende Konzept wird seit Jahren theoretisch kritisiert und hat sich praktisch längst widerlegt. Es trägt eben gerade nicht zu Stabilisierung und wirtschaftlicher Gesundung bei. Ganz im Gegenteil, es begünstigt wenige Reiche und hält für die Masse der Bevölkerung nur weitere Verarmung und das Verrotten lebenswichtiger staatlicher Leistungen bereit. Es stimmt also durchaus, „daß in den letzten Jahren Entwicklungen sich vollzogen haben, die für die Umsetzung des Selbsthilfegedankens eine neue Grundlage darstellen" (Staatssekretär im BMZ Dr. Volkmar Köhler). Nur - „diese Chance wollen wir nutzen" - für wen ist das eine Chance? Und wozu?

Macht arm erfinderisch?

Die Umsetzung des Selbsthilfegedankens folgt schlicht dem Zwang der Verhältnisse. Auch hier: Das Versagen des Systems ist auf Dauer gestellt. Eine zeitlang noch war von Marginalisierten die Rede. Das Wort ließ das fortlaufende Ausspucken von wirtschaftlich Wert-losen Menschen noch erkennen. Nun sind es nur noch die Armen. Die gab es bekanntlich schon immer und wird es auch immer geben. Die neue entwicklungspolitische Programmatik heißt „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe". „Ausgangslage: ...durch die absehbaren Engpässe im Rahmen des finanziellen, personellen und technologischen Ressourcentransfers sind die ärmsten der Bevölkerungsgruppen gezwungen, durch Aktivierung ihres Selbsthilfepotentials die Sicherung ihres Existenzminimums zunehmend selbst in die Hand zu nehmen".

Und nun geht ein großes Entdecken los: Die Armen haben es immerhin geschafft, drei fehlgeschlagene Entwicklungsdekaden zu überleben. Man fragt sich, wie sie das gemacht haben,und man fragt sich das mit großem Interesse. Denn das vor allem ist am Ende aller unserer Strategien erfahrenswert, *wie* sie es geschafft haben zu überleben. Dort soll angesetzt werden.

„Hilfe" zur Selbsthilfe

Die Subsistenzwirtschaft wird erneut entdeckt und der informelle Sektor. Galt das eine in den 70er Jahren als Bodensatz, der keineswegs auch noch ins Rutschen kommen durfte (Weltbankstrategie unter McNamara), so wurde das andere als zwielichtige Schattenökonomie aktiv bekämpft, bestenfalls geduldet, in der Regel jedoch kaum wahrgenommen. Nun wird aus der Subsistenzwirtschaft eine gelegentlich nahezu hymnisch gepriesene ökonomische Strategie.

Kaum ist der informelle Sektor in seiner Funktionstüchtigkeit erkannt, bosseln Kleinkreditprojekte in z.T. gründlicher Verkennung auch seiner Funktionsgesetze an seiner Einbindung in den formellen Sektor herum. Die zu bewerkstelligen, gilt weiterhin als erstrebenswertes Ziel. Qui bono? Und dabei ist doch das Versprechen, das sagt das Schlagwort auch, beileibe nicht mehr Entwicklung. Es ist nur noch ein Abpuffern der schlimmsten Folgen unverändert destruktiver Prozesse, das Verlangsamen des Abrutschens auf einer von uns weiterhin zäh festgehaltenen Schräge. Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe.

Fortsetzung und Literaturliste in der nächsten CONTRASTE

Don't forget my world

Zur Lage der Lubicon Cree Indianer

Red. Heidelberg **Die Zeit der blutigen Indianerkämpfe scheint längst vorbei, die des kalten Krieges der Mächtigen gegen eine Minderheit jedoch noch nicht.**
In der Provinz Alberta im Westen Kanadas kämpft ein kleiner Stamm der Cree Nation seit 47 Jahren einen verbitterten Kampf gegen eine Übermacht, der alle Mittel zur Verfügung stehen, um einen Völkermord erfolgreich durchzuführen: Macht und Geld.

Auf der einen Seite steht die Lubicon Lake Band, eine Gemeinschaft von 457 Menschen, die sich seit undenkbarer Zeit im Norden Albertas von der Jagd und vom Fallenstellen ernähren. Die andere Seite wird durch zahlreiche Ölgesellschaften dargestellt, unterstützt von der Provinz- und Bundesregierung. Ihnen geht es darum, soviel Geld als möglich aus Land und Leuten herauszuholen.

In dieser verzweifelten Schlacht sieht die Lubicon Lake Band ihre letzte Chance in einem Aufruf zum internationalen Boykott der olympischen Winterspiele 1988 in Calgary. Mithilfe des Boykottaufrufs versucht die Band, das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Hintergründe der Spiele zu lenken.

Die Verbindung der Olympiade zum Landanspruch der Lubicon Cree ist einfach: Die Ölfirmen, die im Norden Albertas auf dem Jagdgebiet der Lubicon Band Öl und Gas fördern und dadurch den traditionellen Lebensweg der Indianer unmöglich machten, unterstützen finanziell die Winterspiele in Calgary. Im Organisationskomitee sind unter anderen die Ölbosse Frank King (Obmann), Bob Niven (Vize-Obmann), Robert Brown und Bob Lainlaw. Einen weiteren hohen Posten besetzt Al Adair, der für den Tourismus in der Provinz Alberta zuständig ist, zugleich aber auch für die Angelegenheiten im Bezirk Peace River, in den auch die Lubicon Lake Band fällt.

Mit dem Druck der Öffentlichkeit auf die Regierung hofft man, diese zu fairen Gesprächen zu bewegen, um endlich die jahrzehntelang umkämpften Rechte zugesprochen zu bekommen. Obwohl bereits 1940 der Standort für ein Reservat als letztem Zufluchtsort festgelegt wurde, hob 1950 die Provinzregierung die Reservierung des freigehaltenen Geländes auf, da Ölgesellschaften sich für das Land, und vor allem für das, was darunter ist, zu interessieren begannen. In den 60er Jahren zogen die ersten Ölfirmen ein, die bis heute unaufhaltsam expandieren.

Die Anrufung der Gerichte konnte nicht verhindern, daß 1981 dem Stamm ein Landnutzungsprogramm aufgezwungen wurde (jeder bekam 40,5 Ar zugewiesen, die eingezäunt werden mußten und besteuert wurden). Durch Täuschungsmanöver der Provinzregierung, von Ölgesellschaften verursachte Waldbrände, ein offizielles Verbot (!) der Waldbrandbekämpfung, und nicht zuletzt durch den starken Anstieg von Alkohol- und Drogenmißbrauch bei den Indianern droht die diesen Belastungen nicht mehr gewachsene Sozialstruktur der Lubicon Lake Band völlig zu zerreißen.

Im Frühling 1986 erstellten Unterhändler einen Bericht, der die Ansprüche der Lubicon Lake Band klären sollte. Der „Fulton"-Bericht ergibt, daß mindestens 400 Mitglieder der Band berechtigt sind, Reservatsland sowie die dazugehörigen Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialprogramme sowie Geldentschädigungen zu beanspruchen. Die Regierung hält es aber für besser, den Report von David Fulton zu verschweigen, was ihr jedoch glücklicherweise nicht gelingt. Seither stützen sich die Forderungen der Band auf den Fulton-Bericht, weshalb auch zwei Verhandlungen abgebrochen wurden. Beim ersten Landangebot waren keinerlei Programme, Rechte oder Entschädigungen einbegriffen, bei der zweiten Zusammenkunft der Regierung mit dem Stamm wollte man die Gemeinschaft der Indianer spalten und nur 200 Menschen das Recht auf Land und Programme zusprechen. Für die Lubicon Lake Band war dies unannehmbar. Es gibt für die Indianer keine Unterscheidung zwischen sogenannten „Status"- und „Nicht-Status"-Indianern. Chief Bernard Ominayak: „Die Gemeinschaft wird sich nicht spalten lassen, sondern als ein Volk agieren. Und nur dann, wenn die Regierung dies akzeptiert, wird es wieder zu Verhandlungen kommen."

Die Olympischen Spiele in Calgary bedeuten für die Lubicon Cree eine erniedrigende Provokation: Im Rahmen des Kulturprogrammes stellt das Glenbow-Museum indianische Exponate aus, die von Museen aus aller Welt ausgeliehen werden sollen. (Nach Intervention der Indianer verweigern inzwischen 21 Museen den Verleih für die kanadische Ausstellung).

Der Auftrag über 500 Unterkünfte für Sportler und Journalisten während der Olympiade wurde nicht an eine indianische Firma vergeben. Dies wäre nicht schlimm, würde man nicht die Häuser nach den Spielen an Indianerreservate weiterverkaufen wollen, was der Baufirma der Indianer den Hals brechen würde.

Last not least wollte man die Indianer noch aktiv an den Spielen teilnehmen lassen. Die indianische Nation sollte sich selbst darstellen, wie sie im Buche steht – bei Karl May. Am Ende der Eröffnungszeremonie reiten Pferdewagen in das Stadion ein, verfolgt von Indianern in voller Kriegsmontur, die dann die Wagen angreifen und in Brand setzen. Den Abschluß bildet ein Kriegstanz um die brennenden Trümmer. Ein Häuptling meinte dazu, daß er dies akzeptieren würde – wenn in den brennenden Wagen die Organisatoren der Olympiade sitzen würden.

Aber nicht nur das olympische Komitee ist am Organisieren: Im Mai trafen sich in Wien die europäischen Unterstützungsgruppen für nordamerikanische Indianer zum dritten Mal und besprachen alte und neue Probleme der „ersten Nation". Es wurde z.B. ein Aktionstag für die Lubicon Lake Band im Oktober diesen Jahres festgelegt, an dem Demonstrationen, Mahnwachen und andere Aktionen in verschiedenen europäischen Städten stattfinden werden. Dies soll die kanadische Regierung auf die Größe der europäischen Unterstützung aufmerksam machen und sie dazu bewegen, ihre eigenen Gesetze zu befolgen. Um Hilfe und Unterstützung der Aktionstage durch Einzelpersonen oder Gruppen, passiv und aktiv, wird gebeten.
Weitere Informationen: **Initiative für Indianer und Umwelt, c/o. Gerold Mayr, Zwillingstr. 18, A-4850 Timelkam.**

„Ich möchte nicht die Verantwortung tragen für den Verkauf der Rechte unserer noch ungeborenen Kinder. Solange ich Anführer bin, wird unser Standpunkt nicht von dem unserer Vorväter abweichen."

Zukunft der Zukunftsforschung

Gunar Seitz

Red. Kassel **In den 70er Jahren war Zukunftsforschung ein Protestfeld gegen unökologische und inhumane Entwicklungen. Heute hat sich die Zukunftsforschung weitgehend etabliert. Konkrete Projekte und Institutionen entstehen. Drei davon wollen wir in diesem Artikel kurz skizzieren.**

Ende der 70er Jahre entwikkelten Robert Jungk, Norbert Müllert und Rüdiger Lutz die Idee der „Zukunftswerkstatt", ein Ort, an dem der Fantasie und Kreativität, dem Entwerfen von Utopie freien Laufgegeben wird. Jeder Teilnehmer kann seine Ideen einbringen (herrschaftsloser Diskurs). Modelle für zukünftige Projekte können jenseits der alltäglichen Zwänge entwikkelt werden. Zukunftswerkstätten dienen „als Plattform, von der aus eine maßgebliche Bürgerbeteiligung an der Ausgestaltung des Kommenden möglich wird" (Norbert Müllert). Sie können als einmaliges Treffen oder als kontinuierlicher langfristiger Prozeß angelegt sein.

Von der „Werkstatt" zum Projekt

Angeregt durch diese Ideen entstand im nordhessischen Kulturzentrum „Werkstatt Kassel" eine kontinuierliche Zukunftswerkstatt. 1985 wurde daraus die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Riedmühle. Die Mitglieder des Projektes betrachten ihr konkretes Tun als Zukunftswerkstatt.

Verwirklicht wurde auch die Idee eines internationalen Knotenpunktes der Zukunftsforschung. 1986 entstand in Salzburg die „Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen", neben einer Bibliothek mit Literatur über alle Bereiche der Zukunftsforschung und alle wichtigen Felder gesellschaftlicher Entwicklungen eine Begegnungsstätte von internationalem Rang. Der Geschäftsführer, Helmut von Loebell: „Neue Entwicklungen der Vernetzung sind beim letzten internationalen Kongreß in Budapest am 8./9. September insbesondere von den Ungarn, Russen (heißen die immer noch so, fragt der Sätzer) und Jugoslawen aufgekommen. Salzburg wird hier eine subjektive Vermittlertätigkeit aufnehmen." Daneben will die Zukunftsbibliothek quer durch die Branchen vernetzen. So etwa zwischen Wirtschaft und Kunst, Ökologie und Kultur.

Am Beginn einer Innovation findet man stets kleine Gruppen, eine aktive Minderheit - selbst wenn sie auf Bedürfnisse der Mehrheit Antworten gibt. (Serge Moscovici)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Angewandte Zukunftsforschung

Arnim Bechmann vom „Institut für ökologische Zukunftsperspektiven" in Barsinghausen bei Hannover arbeitet praxisorientierter: Über eine angewandte Grundlagenforschung will er daran arbeiten, „Lebensprozesse besser zu verstehen und den Weg in eine ökologisch wünschenswerte Zukunft ebnen". Mittlerweile laufen mehrere Forschungsprojekte, z.B. unkonventionelle Verfahren zur Stärkung der Vitalität von Bäumen, ein Projekt "Landbauwende", das die Durchsetzung ökologischen Landbaus in naher Zukunft anstrebt.

Daneben werden Gestaltbildungs- und Selbstregulationsprozesse in lebenden Systemen erforscht.

Selbstverwaltung ist Zukunftsforschung

Der „Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie" hat eine Verbindung zwischen Zukunftsforschung und Selbstverwaltung unternommen. 1988 soll ein Kongress organisiert werden, auf dem alle in den letzten Jahren diskutierten Innovationen im alternativ-ökonomischen Feld auf relativen Erfolg oder vorläufiges Scheitern reflektiert werden. Wenn sich klare Strukturen des Kongresses herausgebildet haben, werden wir in CONTRASTE darüber berichten.

Adressen:

Robert-Jungk-Stiftung, Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstr. 2, A-5020 Salzburg, Tel.: 0043-662/748862

Institut für ökologische Zukunftsperspektiven (Zukunfts-Institut), Wennigser Str. 1, D-3013 Barsinghausen, Tel.: 05105/83761

Rundbrief des Forschungsprojekts soziale Innovationen, c/o. Rolf Schwendter, Hasnerstr. 6/33, A-1160 Wien od. FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, D-35 Kassel

Zeitschrift für Zukunftswerkstätten, c/o. Michael Lechner, Amselweg 52, D-7400 Tübingen, Tel.: 07071/68675

Red. Kassel **In dieser Ausgabe von CONTRASTE veröffentlichen wir Rezensionen von Büchern ab, die sich mit dem Thema Zukunft und Zukunftsperspektiven beschäftigen. Die mit * gekennzeichneten Rezensionen stammen aus der lesenswerten Zeitschrift „Pro Zukunft" der Internationalen Biblithek für Zukunftsfragen. Aus Platzgründen mußten wir die Rezensionen z.T. stark kürzen. Wer die ungekürzten Rezensionen lesen möchte, wende sich bitte direkt an: Robert-Jungk-Stiftung, Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg, Imbergstr. 2, A 5020 Salzburg. In den weiteren Ausgaben von CONTRASTE sollen regelmäßig eine Auswahl von Rezensionen der „Pro Zukunft" veröffentlicht werden.**

Zukunft in der Stadt?

Rüdiger Lutz: ökopolis

Die Stadt ist der hauptsächliche Lebensraum der Menschen auf der ganzen Welt, sowohl in den Industriestaaten wie auch in der dritten und vierten Welt. Es geht darum, den Lebensraum Stadt zu ökologisieren. ökopolis als Vision, als Utopie gegenüber dem no-future-Denken unserer heutigen Zeit.

Dies ist die Hauptthese des Buches von Rüdiger Lutz, der u.a. Architektur und Zukunftsforschung zu seinen Tätigkeiten zählt. ökopolis ist die Zusammenfassung der Erfahrungen von R. Lutz, die er in über zehnjähriger Arbeit gesammelt hat. Er bereiste unzählige Projekte und konzipierte selbst viele Ansätze ökologischer Siedlungen wie z.B. Nürnberg-Gostenhof.

Dieses wohl einmalige Fachwissen verbindet er mit einer ebenso einmaligen Ressource, der Durchführung von „Zukunftswerkstätten". Diese hat er zusammen mit Robert Jungk entscheidend geprägt.

Nach einer Darstellung ökologischer Pilotprojekte zeigt Lutz auf, wie man mithilfe dieser Zukunftswerkstätten alternative Zukunft entwerfen kann. Unterschiedliche Szenarien werden vorgestellt: Computopia, die Informationsgesellschaft; Raumkolonien als Lösung der Überbevölkerung; Chinatown, die Verstädterung und Selbstorganisation der Völker; ökotopia als dezentrale Alternative zur Industriegesellschaft; Findhorn, die new-age-Version von Ökotopia; Dallas, das Zentrum des Kapitals; Gaia, Ökosysteme als Planungsgrundlage sowie die Kombination all' dieser Szenarien.

In den folgenden 100 Seiten werden die Bausteine von Ökotopia umrissen: Wer spricht wie gegen dieses Konzept; wie sieht die technische Wende aus; was ist eine gesunde Stadt; welche alten Planungsgrundlagen müssen wir wiederfinden; welchen Einfluß hat das weibliche/männliche Prinzip auf unsere Umwelt; wie sieht die konkrete Arbeit aus und welche ethischen Aspekte hat ökopolis?

Hierbei versucht Lutz, mehr als nur Wissen zu vermitteln: „Ehrfurcht vor dem Leben muß eben über die Ehrfurcht vor dem Menschen allein hinausgehen."

Das Buch faßt die in den letzten Jahren entstandene ökologische Planungsdiskussion (und deren Publikationen) leicht verständlich und wirklich auf den Punkt gebracht zusammen. Viele Listen von Konzepten und Vergleichen ökologischer Ansätze bis hin in die technischen Details einer Trockentoilette (?!) lassen dies Buch sicher als Handlexikon in die Regale vieler „fortschrittlicher " Architekten, Planer und/oder planungsinteressierter Menschen wandern.

Ein Nachteil dieses Werkes: Man kann leicht die wichtigen Ansätze für den Weg von ökopolis überlesen. Liegt dies daran, daß der Leser nicht erfährt, wie die Menschen in den Projekten leben? ökopolis ist zu technisch vermittelt worden. Obwohl selbstverwaltete Betriebe und sog. anarchistische Lebensgemeinschaften sicherlich auch von R. Lutz zu ökopolis gezählt werden, kommen sie in dem Buch nicht zu Wort. Stört etwa die Glaswolle in den Decken der selbstausgebauten Häuser den ökologischen Ansatz? Liegt nicht gerade in diesen Gruppen das Potential für unsere Zukunft?

Dennoch: Das Buch ist wichtig und notwendig. Auch für viele Aussteiger, die in ihrer Utopie alles andere als eine Stadt herbeisehnen.

Nach Global 2000 werden im Jahr 2000 ca. 50 % der Weltbevölkerung (über 3 Mrd. Menschen) in Städten wohnen! Es ist mehr als notwendig, diese Zukunft mit unseren Utopien zu verbinden.

Olaf Achilles

Rüdiger Lutz: ökopolis, Knaur-Verlag München, 1987; 410 S., DM 11,80.

*** Laszlo, Ervin: Evolution**

Die neue Synthese, Wege in die Zukunft

Der Mensch ist nicht nur Ergebnis, sondern auch Teil des Evolutionsprozesses. Es geht darum, unsere Rolle in diesem Prozeß zu erkennen und zu verstehen. Evolution bedeutet Schöpfung des Künftigen, die Zukunft wird aber nicht ausschließlich aus ihrer Vergangenheit bestimmt.

Laszlo bejaht die Möglichkeit der Steuerung der Gesellschaft. Der Mensch sollte jedoch nicht in die biologische, sehr wohl aber in die geschichtliche Evolution eingreifen. Gerade in der gegenwärtigen Periode eines kritischen Phasenwechsels beruht die Steuerung auf „dynamischen Eingaben". Im Gegensatz zu einem linearen Verständnis der evolutionären Entwicklung ist diese für Laszlo eher verzweigten Bahnlinien vergleichbar, deren Weichen richtig gestellt werden müssen.

Als Teil des globalen ökologischen Systems sollten wir uns für die langfristigen Interessen des Menschen einsetzen. Es gibt allerdings kein System mit Erfolgs- oder Überlebensgarantie- für den Autor unsere größte Herausforderung. Anhand der Begriffe „Spezialist" und „Generalist" beschreibt Laszlo die verschiedenen Grade der Empfänglichkeit gegenüber Veränderungen.

Im Gegensatz zum Generalisten reagieren Spezialisten (übertragbar auf Nationalstaaten) besonders negativ gegenüber Veränderungen in Gesellschaft und Umwelt. Im Sinne eines multidisziplinären, evolutionären und ganzheitlichen Denkens gibt sich Laszlo optimistisch, daß sich Menschen mit Voraussicht, Phantasie und Vernunft finden, die eine kritische Masse bilden und die Menschheit so beeinflussen, daß sie auf die Herausforderung der Evolution sinnvoller reagiert als wir das heute tun.

Um sinnvoll in die geschichtliche Entwicklung eingreifen zu können, bietet Laszlo Aussagen zum Evolutionsprozeß in kosmischen, biologischen und sozialen Systemen an. Seine optimistische Auffassung - „ Evolution ist nicht Schicksal, sondern Chance" - müßte von vielen erkannt werden, denn nur so ist es möglich, ganzheitliches Denken zu fördern.

Wien, Europaverlag, 1987, 219 S.

*** Lagadec, Patrick: Das große Risiko**

Technische Katastrophen und gesellschaftliche Verantwortung

Drei Zukunftsoptionen werden vorgestellt: Erstens ein Leben mit den Risiken der Großkatastrophen, die jedoch durch diktatorische Sicherheitsvorschriften gemildert werden sollen. Zweitens: die Wende einer „sanften Technologie", auf Grund einer radikalen Änderung der gegenwärtigen Wert- und Zielvorstellungen. Drittens die vom Autor vertretene Möglichkeit, die er als „aufgeklärten Drahtseilakt" beschreibt: der Politik ihre Entscheidungsfunktion in bezug auf technische Entwicklungen zurückgeben und zwar durch demokratische Öffnung der Entscheidungsprozesse: „Strategien zu erarbeiten, die es allen Teilen des Gemeinwesens erlauben, den eigenen Wandel besser zu lenken, die Entwicklungsmodi zu wählen, die ihm - bei voller Kenntnis der damit verbundenen Risiken - als die besten erscheinen."

Trotz des enttäuschenden letzten Teils, der die Last der Verantwortung von wenigen auf viele Schultern verlegt, statt eine radikale Abkehr von der zunehmenden Größe, Komplexität und Potenz der technischen Anlagen zu fordern, ist dies ein außerordentlich wichtiges, gut lesbares und zum Nachdenken anregendes Buch, das die Lektüre der ebenfalls in diesem Jahr erschienenen Analyse der „Risikogesellschaft" durch Ullrich Beck (Suhrkamp Verlag) erweitert werden sollte.

Nördlingen, Greno-Verlag, 1987 283 S.

Heise, Arne: Privateigentum, Geld und Krise

Diskussionsbeitrag zur ökonomisch-theoretischen Fundierung des demokratischen Sozialismus

Heise kommt zu dem Ergebnis, daß keine der derzeit von etablierten Wirtschaftskreisen, von Marxisten oder von den Grünen verfolgten oder vorgeschlagenen Strategien die Krise überwinden könne, da sie systemimmanent ist und ihr nur durch Abschaffung der auf „Privateigentum basierenden Geldwirtschaft" zu begegnen ist. Privateigentum hat Profitlogik, Zinsbürde und überdimensioniertes Wachstum zur Folge.

Die Hauptfrage ist demnach, wie die Schaffung von Kollektiveigentum vor sich gehen kann, ohne dabei zentral-kollektives (staatliches), sondern vielmehr dezentral-kooperatives Eigentum bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft zu erreichen. Positive Ansätze sieht Heise dabei in Arbeitnehmer-Selbstverwaltungsmodellen und gemeinwirtschaftlicher Produktion. Teilweise Entlehnungen könnten dabei vom Modell Jugoslawien oder dem schwedischen Arbeitnehmer-Lohnfonds gemacht werden.

So populärwissenschaftlich und leicht lesbar das Buch beginnt, so mühsam wird es in einigen Teilen aufgrund seiner ausgedehnten volkswirtschaftlichen Erklärungen. Das Eingehen auf die Wirkungsmechanismen der Volkswirtschaft hebt es über viele „alternative" Bücher hinaus, die den theoretischen Nachweis für die Notwendigkeit neuer Strategien zumeist schuldig bleiben. Heise versucht, zwischen den Modellen sozialistischer Wirtschaftsordnung und gegenwärtig praktizierter „freier und sozialer Marktwirtschaft" einen dritten Weg zu gehen. Indem Eigentum („an Haus und Hof") grundsätzlich nicht in Frage gestellt, andererseits aber die Neutralisierung von Produktionsmitteln auf kooperativer Basis vorgeschlagen wird, bietet das Buch interessante Ansätze zu einem alternativen Wirtschaftsmodell.

Berlin . Express-Edition , 1985. 131 S.

New Media: a challenge to cultural policies

Report on a research project undertaken by MEDIACULT

In der vorliegenden Publikation werden die Ergebnisse eines MEDIACULT-Projektes zusammengefaßt. Ziel der langfristigen Studie war die Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen audiovisuellen Medien und der kulturellen Entwicklung, vor allem der Wandel kultureller Identität unter dem Einfluß neuer Informationstechnologien. Neben theoretischen Untersuchungen sind nationale Fallstudien (Österreich, Kanada, Indien enthalten. Charakteristisch ist die internationale und interdisziplinäre Methode der Darstellung.

Der englischsprachige Report gewährt einen fundierten Einblick in die Gefahren neuer Medien. Die Auswirkungen grenzüberschreitender Programmtransmission sind in ihrer Tragweite noch gar nicht abzuschätzen. Umso wichtiger ist die auf Grundlage gehaltvoller Studien geführte Diskussion darüber. Dabei sollte vor allem nicht übersehen werden, in wessen Interesse die grundlegende Nivellierung kultureller Unterschiede vorbereitet wird (insofern sie nicht schon gegenwärtig ist).

Hg.: A. Smudits, Wien: VWGÖ, 1987. 219 S.

Amin, Samir (u.a.): Dynamik der globalen Krise

Ein empfehlenswertes Buch, das unterschiedliche Strategien zur Lösung der gegenwärtigen ökonomischen Krise zur Diskussion stellt.

Opladen. Westdeutscher Verlag, 1986. 178 S.

Wie grün darf die Zukunft sein? Naturbewußtsein in der Umweltkrise

Die einzelnen Beiträge beschäftigen sich vor dem Hintergrund religiöser Intention mit der Frage, ob sich der Zeitgeist auf ein Natur-Evangelium hinbewegt.

Hg.: Hermann Timm, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus Mohn, 1987, 128 S. (Gütersloher TB Siebenstern, 555).

Dachrodth, Heinz-G.: Arbeit und Gesellschaft im Umbruch.

Zukunft ohne Arbeit - Arbeit ohne Zukunft?

Zunächst werden die möglichen Veränderungen in den Bereichen technischer Wandel, demografische Entwicklung und Wertewandel dargestellt, um anschließend auf die diesbezüglichen Auswirkungen v.a. auf unsere Arbeitswelt einzugehen.

Bund-Verlag, Köln 1987, 128 S.

Stellenmarkt

Jobs

München: Sozialpolitischer Verlag in Selbstverwaltung sucht MitarbeiterIn – Arbeitsschwerpunkt: Finanzen. Tel (089) 691 78 22

Wir suchen Kollegen für die Kraftfahrerei mit längerfristigem Interesse an selbstverwaltetem Arbeitsplatz.
huckepack GmbH Fachspedition Naturwaren · Umzüge
Behringstr. 14, 2000 Hamburg 50

Möglichkeit zum Einstieg!

Bisher hat ein Kollektiv von zehn Leuten unser sehr vielseitiges Projekt (selbstverständlich selbstverwaltet) betrieben. Nun schmeissen acht das Handtuch und wir gehen baden, wenn nicht neue Leüte mit Ideen und Verantwortungsbewußtsein kommen und einsteigen. Wir wollen, so weit das geht, ganz neu beginnen und bitten linkssozialistisch und ländlich orientierte Frauen oder Männer (eventuell mit etwas Kohle) sich recht bald zu melden.
Chiffre:
Kollektiv oder Kooperativ?

blätterwald Genossenschaft sucht:
1. KollegIn für die Produktion
2. Ebensolche/n für den Verkauf

Die blätterwald Genossenschaft ist ein Selbstverwalteter Betrieb mit 20 Beschäftigten. Wir produzieren und vertreiben Schreibwaren aus Umweltschutzpapier. Wir zahlen Bedürfnislöhne, wobei es jedoch eine Lohnobergrenze gibt.

Wenn Du bereit bist, Dich auf einen Betrieb einzulassen, der seinen Mitarbeitern mehr bietet aber auch mehr erwartet als das Abreißen eines 8-Stunden-Jobs, solltest Du noch ein paar Zeilen weiterlesen.

Wenn Du darüberhinaus geübt bist im Umgang mit Maschinen, womöglich sogar Berufserfahrung als Drucker, Schlosser o.ä. hast, solltest Du Dich mit uns in Verbindung setzen.

Gleiches gilt, wenn Du Erfahrungen im Verkauf und echt Bock auf Umweltschutzpapier hast. Du solltest Dir zutrauen ohne lange Einarbeitung dort Deine Frau oder Deinen Mann zu stehen.

blätterwald e.G.
Postfach 51 29
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Stellensuche

Job in Selbstverwaltetem Betrieb in mittelgroßer Gruppe gesucht. Vorzugsweise Landbau oder Naturkostvertrieb. Bin kaufmännisch vorgebildet. – Eilt!
Tel. (069) 730 67 06
Elke Klapperstueck
Frankenallee 59
6000 Frankfurt/Main 1

Frau sucht Anerkennungsjahrstelle (Sozialarbeit) für März '88 oder später. Möchte mich bis dann nach einem geeigneten Lebens- und Arbeitsbereich umsehen! Arbeite z. Zt. in 'ner Fahrradwerkstatt für Arbeitslose; ner Frauengruppe und Selbstverwaltungsseminaren mit. Inge Schneider, An der Fliede 4, 6405 Löschenrod, Tel. (06659) 41 60

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch-NRW gibt es bei: Frauen, Arbeit und Zukunft e.V., Postfach 278, 4600 Dortmund 1 (320 S. f. 16,80 DM; Selbstdarstellungen, Aufsätze, Literatur, Tips etc.)

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). Private Stellengesuche sind kostenlos! Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere 5 DM. Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb. Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin, jeweils zum 15. des Monates. Chiffreanzeigen kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. .....Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Von unserer Leserschaft...

Ganz persönliche Gedanken zur Debatte über eine grün-nahe Stiftung auf der außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen am 19./20.09.87 in Oldenburg

Der Gordische Knoten ist gelöst nur – wer ist wirklich Alexander der Große?

Daß es immer noch keine eindeutige Entscheidung für eines der Modelle gibt, liegt wohl in erster Linie daran, daß in der Partei nie wirklich über die Stiftung diskutiert worden ist. Vielmehr wurde von Anfang an anhand der Stiftung der typische Flügelstreit – gespickt von Unterstellungen, Mißverständnissen und Vorwürfen – gehegt und gepflegt. Es ist inzwischen nahezu unmöglich, der Öffentlichkeit das Gefühl **tatsächlicher Parteiunabhängigkeit** zu vermitteln. Wieder einmal wurde eine Möglichkeit verspielt, fiel ein neuer Boden einem Deckel für das zerissene Bestehende zum Opfer.

Von dem Moment an, da Rene Böll den Antrag der Heinrich-Böll-Initiative zurückzog, um den Namen seines Vaters nicht eben in diese innerparteiliche Querelen zu verwickeln, veränderte sich schlagartig die Situation. Bei zwei weiteren Modellen verkehrte sich Hoffnung und Kampf in Enttäuschung und Rückzug. Daß gerade das Ländermodell, **ausgearbeitet von Vertretern der Landesverbände in der Stiftungskommission der Partei**, die größte Zustimmung fand, besagte im Grunde eindeutig, daß über Sinn, Zweck und Möglichkeiten einer Stiftung, aber auch über die Notwendigkeit eines eigenen Charakters in keinster Weise genügend nachgedacht worden ist. Das Ländermodell impliziert eine Grüne Stiftung, aber keine grünnahe; eine Stiftung, die lediglich das Dach bestehender Grüner Zusammenhänge darstellt, wird genau aus diesem Grund von vornherein von der viel zitierten Krise und den Flügelkämpfen der Grünen Partei beherrscht und daran ersticken. Eine Stiftung darf nicht das Instrument machtpolitischer Interessen und parteiinterner Konflikte sein und genau dort liegt die Gefahr des Ländermodells; diese Aufgabe übernimmt die Partei unter dem Zwang der Parlamentszugehörigkeit. Und das gerade LändervertreterInnen den Befürwortern der anderen Modelle Machtkämpfe vorwerfen, wenn diese ihre Anträge zurückziehen, ist total paradox, spiegelt aber wieder einmal die Situation zwischen Partei und Bewegung, zu der ich auch durchaus die Heinrich-Böll-Initiative zähle. Die „Grüne Linie" hat sich wieder durchgesetzt und unter ihrer Kontrolle sollen Bewegungen, Feministinnen und Heinrich-Böll-Initiativler ruhig ihre Arbeit machen. Mit der Behauptung, vereinen zu wollen, soll da vereinnahmt und aufgesaugt werden, was durchaus in der Lage ist, auf eigenen Füßen zu stehen.

Wir brauchen keinen Schwamm, der wahllos alles aufsaugt samt allen verkrusteten Problemen, eingefahrenen Strukturen, ja, samt aller Kraftlosigkeit, die sowohl die Grünen als auch die Bewegungen momentan auszeichnet. Dafür ist eine Stiftung zu schade, die Möglichkeiten die in ihr liegen. Wir brauchen einen Ort, der frei ist von all dem, was sich selbst verbraucht hat, um gerade diesem neue Kraft, neue Ideen und neue Möglichkeiten aufzuzeigen. Dies alles ist bis jetzt wohl immer noch nicht klar und auch mit dadurch verhindert worden, daß Mann und Frau immer noch nicht unter einem Dach leben können.
Petra Inden
Red. Rhein/Main

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anregungen für neue Anlageformen in der Ökobank

In der September-CONTRASTE ist unsere Phantasie in Sachen anderer, also unkonventioneller Anlageformen in der Ökobank gefragt worden – wohlan, das müssen wir uns nicht zweimal sagen lassen.
Idee Nummer 1: Ökobankbrief mit garantierter Abzinsung (oder besser Entzinsung). Vorgang: Sie zahlen einen bestimmten Betrag, z.B. 1.000 DM ein und wir entzinsen ihn jährlich z.B. mit 5 %. Nach einem Jahr erhalten Sie noch 950 DM, nach zwei Jahren noch 902,50 DM usw. ...
Die Ökobank garantiert, das Geld zu nicht produktiven Zwecken anzulegen (Steinersche Dreigliederungslehre, da biste wieder). Liebe Freunde Gsellscher Schwundgeld-Theorie zahlt ein!

War gar nicht so viel Phantasie –was die Schweizer mit Auländerkonten können, werden wir doch wohl auch dürfen und „Ein gutes Gewissen bei der Geldanlage war bei uns schon immer teuer".

Betr.: Ausbildung in Selbstverwaltung (OHNE NICHT)

Liebe Leute,
ich bin ein Kind meiner Zeit, so ist es vielleicht verständlich, daß sich mein heranreifendes politisches Bewußtsein spät, aber im Trend, für Basisdemokratie und dergleichen Grünzeug zu interessieren begann, um schließlich (folgerichtig?) auch bei der Selbstverwaltung zu landen. Das lief eigentlich über das Ökobank-Projekt.

Nun habe ich das Manko **nur** mich selbst zu verwalten – sonst gar nichts und niemanden. Anders ausgedrückt: der Einstieg in die selbstverwaltete (Wirtschafts-) Szene ist mir aktiv bisher nicht gelungen. Das wird wohl seine Gründe haben, die natürlich auch bei mir liegen. „Zu wenig Engagement und Eigeninitiative", vielleicht sogar „nicht integrationsfähig" könnten die Vorwürfe lauten. Ich selber mache sie mir nicht so uneingeschränkt.

Als Einwohner einer Universitätsstadt sollte ich doch genügend Möglichkeiten gehabt haben, mich in freier Selbstverwaltung hemmungslos betätigen zu können –dachte ich auch, und wurde dann enttäuscht: Ein Blick unter die entsprechende Postleitzahl in die BUNTEN SEITEN genügt. Sie läuft unter dem schwach strukturierten Bereich Niedersachsen, der gerade mal eine müde Spalte mit Projekten vollkriegt. Schlechte Voraussetzungen also.

Und dann passiert es, daß ein Angebot von mir an das (z. Zt. hoffentlich wieder im Aufbau befindliche) örtliche Netzwerk, meine Ersparnisse als Direktkredit zu vermitteln, einfach unbeantwortet bleibt.

Idee Nummer 2: Garantiert ökologisches Sparbuch – unter Verwendung umweltfreundlicher Materialien – garantiert abbaubar. Bei Eingrabung im Garten eine Freude der Regenwürmer. Schreckt Erbschleicher ab und narrt Diebe, die die Beute vergraben.

Schon bei der Geldanlage Umweltverschmutzung vermeiden. Eintragung mit aus Israel importierter Sabbat-Tinte möglich, das ist die Tinte, die nach dem Sabbat keine Spur mehr hinterläßt.

Idee Nummer 3: „Noch nach dem Tode Gutes tun". Das Sparbuch mit dem Vermerk „ Im Falle meines Todes... soll das hierauf befindliche Guthaben zum Zwecke
- ökologischen Wirtschaftens O
- Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt O
- Selbstverwaltungswirtschaft O
- für den Förderverein der Ökobank O

verwendet werden".
(Eine Vorlage zu diesem Formular existiert schon im realen bundesdeutschen Bankleben: Ähnlich zu lesen im Sparbuch-Antrag einer Missionsbank, die von einem Orden betrieben wird).
Peter Bernhardt/Red. Hamburg

Das war vor über einem Jahr. Seitdem sitze ich im hohen Norden an der Küste, um meinen Zivildienst zu verleben. Eine undankbare Ecke, was Selbstverwaltung betrifft. Immerhin habe ich in meinem Urlaub nichts besseres zu tun gehabt, als mich bei selbstverwalteten Betrieben um einen Ausbildungsplatz zu bewerben, obwohl sich Lehre (=Unterordnung) und gleichberechtigte Entscheidungsfindung im Betrieb logischer Weise ausschließen. Das es damit nicht immer hinhauen kann, war mir ebenfalls klar. Wer der „Macher" im Laden ist, habe ich auch bei Selbstverwalteten Betrieben meist sehr schnell gemerkt. Das „der" steht dort an der richtigen Stelle. Das es ohne „den" nicht läuft ist schon fast selbstverständlich.

Jedenfalls läuft Ausbildung in der Branche, die mich interessiert, bislang nur in fünf von etwa fünfundzwanzig Betrieben bundesweit. Davon blieb nur einer über, der mich nicht nehmen will und kann. Bislang war dort keine Erfahrung mit der Ausbildung eines „ordentlichen", will sagen gewöhnlichen Lehrlings vorhanden. Neben dem Problem, wie ein Lehrling zu behandeln ist, stellt dieser wohl auch eine erhebliche Belastung für den Betrieb dar. Daher greift man auf den zweiten Bildungsweg zurück, und übernimmt eingearbeitete, „ungelernte" Mitarbeiter offiziell als Lehrlinge. Nichts dagegen, nur finde ich so keinen Ausbildungsplatz in der Selbstverwaltung. Überhaupt habe ich den Eindruck gewonnen, daß Ausbildung in (der) Selbstverwaltung eine nebensächliche Rolle spielt.

Sie entstand ja auch wie von selbst aus den Ideen einiger Leute, und es wird immer solche Leute geben, die in die Bewegung nachfließen können...
– Ja, woher denn eigentlich???

Fragt man diese Leute, dann sind sie in den meisten Fällen aus der sogenannten „freien" Wirtschaft geflohen (bzw. aus der Arbeitslosigkeit, die dort herrscht), um aus herkömmlichen Betriebsstrukturen, Abläufen und Hierarchien herauszukommen und was eigenes, selbstbestimmtes, individuelles zu verwirklichen.

Ich möchte garnicht erst dort hineingeraten!
Auch wenn die idealistischen Vorstellungen bereits von vielen Selbstverwaltern als unrealistische Perspektiven im Alltag der Malo-che untergehen, ist noch einiges davon vorhanden. Doch es hilft nichts: Die Realität sieht so aus, daß Selbstverwaltung nicht ohne den Darm der Wirtschaft von Arbeitgebern und -nehmern, von Großindustrie etc. auskommen kann. Aus deren Sicht ist sie wohl auch eher ein lästiger Wurmfortsatz, der zu nichts Nutze, höchstens Sand ins Getriebe streut (sehr gut, weiter so), und dann ohne einen Verlust entfernt werden kann. Ein Argument dafür könnte etwa lauten: „Die Selbstverwalter kümmern sich nicht um ihren Nachwuchs, und überlassen die Bürde der qualifizierten Ausbildung immer noch den anderen". Diesen Eindruck muß ein Außenstehender doch zu recht bekommen.

Also nochmal: aus verschiedenen Gründen lautet mein Vorwurf, daß das Gros der Selbstverwalteten Betriebe nicht an Ausbildung zu denken scheint, auch wenn sie es sich leisten könnten.

Ich meine, daß diese Einstellung **nicht** zu ihrem Vorteil ist. Zum einen werden die Zielsetzungen der Kollektivwirtschaft (?!) unglaubwürdig, wenn sie nicht auch auf den sozialen Aspekt eingeht, den die Ausbildung darstellt.

Zudem fördert sie damit ihr Aussterben oder kann zumindest langfristig so nicht auf eigenen Beinen stehen. Denn zum Stehvermögen gehört für mich auch der Fuß „Ausbildung".

Den Anspruch, die überkommenen Wirtschafts- und Betriebsformen abzulösen, kann Selbstverwaltung OHNE Ausbildung jedenfalls NICHT erheben.

Im übrigen ist es doch wohl auch vom „Experimentellen" her interessant und wichtig Ausbildung in Selbstverwaltung zu erproben, als eine Form der Lehre mit erweiterten Inhalten, die sich auch auf das zusammen Leben und Arbeiten bezieht.

Soweit meine Gedanken als Betroffener zu diesem Thema. Es würde mich freuen, wenn ich andere betroffen gemacht haben sollte. Ich kann nur hoffen, daß ich jetzt massenhaft Selbstverwalter provoziert habe, die mich jetzt mit Ausbildungsnachweisen und Informationen aus erster Hand nur so überfluten werden.

Eine Anregung für die CONTRASTE: Sammelt doch die Adressen der ausbildenden Betriebe in Selbstverwaltung (z.B. über die BUNTEN SEITEN). *(Ist schon für die nächste Ausgabe in Vorbereitung. Danke für den Hinweis. d. Red.)*
Markus Kronberg
Senderstr. 29
3400 Göttingen

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str 7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Sinnvolle Geldanlage

Kulturcafe Darmstadt kurz vor der Eröffnung:

Vorerst zu dritt haben wir in Darmstadt im Juni ein bestehendes Cafe mit rund 70 Plätzen übernommen. Wir sind seither mit der Renovierung und Neuausstattung beschäftigt und wollen im November – als „Kulturcafe" – eröffnen.

Schon lange träumen wir von einem Projekt, in dem neben gemütlicher Cafehaus-Atmospähre und gesundem, vegetarischen Essen, ein Rahmen geschaffen wird für vielfältige kulturelle Ausdrucksformen.

Durch die schönen Räumlichkeiten, eine kleine Bühne, einen Nebenraum für Gruppen und Initiativen, und durch die Unterstützung – besonders unserer ausländischen Freunde, haben wir eine gute Grundlage für den Start im November.

Nun – durch die Ablehnung eines HLT-Kredites aus dem Etat für Selbstverwaltete Betriebe in Hessen, als auch die Ablehnung eines staatlichen ERP-Darlehens, suchen wir noch UnterstützerInnen, die uns mit einem Darlehen den Start ermöglichen helfen. Die nötigen Sicherheiten für ein solches Privatdarlehen sind vorhanden.
InteressentInnen wenden sich bitte an:
Gerhard Schlüter
Hochstr. 56
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 4 54 03
„Kulturcafe" Tel. (06151) 25832

Eröffnung
Mitte November '87 !!!

KULTURCAFE
DARMSTADT
Herrmannstrasse 7

GENUSSVOLL • LITERARISCH
VEGETARISCH • LEBENDIG
GEMÜTLICH • PHANTASIEVOLL
ZEITUNGSBELADEN • MUSIKALISCH
• INTERNATIONAL • VERSPONNEN •
BRUTAL GESUND • EXPERIMENTELL
• GRENZENLOS •
DISKUSSIONSFREUDIG
FREIGEISTIG • STINKNORMAL

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Dringend gesucht:

Förder-mitgliederInnen

CONTRASTE ist inzwischen zu einem Betrieb angewachsen, der immer mehr Arbeitsabläufe eigenständig durchführt, d.h. wir kommen langsam von den chaotischen Zuständen des Drauf-Los-Arbeitens am Projekt 'CONTRASTE' dazu, die Organisation der Zeitung vernünftig zu strukturieren. Dazu gehört, daß vieles an Arbeit, was bisher von anderen Betrieben „nebenher" gemacht wurde, jetzt der Betrieb 'CONTRASTE' selbst übernimmt.

Das bedeutet aber auch einen enormen Kostenzuwachs für Personal, Geräte etc.. Die Arbeitssituation sieht immer noch so aus, daß wir uns für viel Arbeit wenig Geld zahlen können – manchmal reicht es kohlemäßig kaum für die Grundmaterialien für's Layout. Die gesamte Finanzierung von CONTRASTE steht immer noch auf sehr wackligen Beinen. Um die Zeitung erhalten zu können, sind effektive Kalkulationen und Unterstützung von außen notwendig. Die 24 DM Abos für Kollektive sind deshalb für uns finanziell nicht mehr tragbar. Dieses Angebot bezog sich auf die Annahme, daß die Kollektive jeweils gleich mehrere Zeitungen bestellen. Da dies nicht der Fall ist, zahlen wir bei diesen Billig-Abos sogar noch drauf – was nie Sinn der Sache war. Ab September gilt daher der Normalpreis von 36 DM auch für Kollektive. Einen Rabatt auf 24 DM können wir erst bei einer Mindestabnahme von fünf Exemplaren geben.

In Anbetracht der finanziellen Situation von CONTRASTE ist es vor allem sehr wichtig, daß Betriebe Mitglieder im „Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung " werden, dem Herausgeber von CONTRASTE. Der Jahresmitgliedsbeitrag von 200 DM für juristische Personen (Vereine, Betriebe) kann von der Steuer abgesetzt werden, d.h. es ist für das einzelne Kollektiv weiter keine Investition und für uns eine große Hilfe.

Bei Anfragen wendet Euch an die Redaktion Heidelberg. Ansonsten schnell zum Stift gegriffen und untenstehenden Fördermitgliedsschaftscoupon ausgefüllt!
Oder steht dem was im Weg?

Tagungen...Seminare...Treffen

Schreinereitreffen

vom 30.10. bis 1.11.1987 in Bochum (näheres siehe Seite 3)
Anmeldung bis 20.10.87 an:
Kreischsäge
Frauentischlerei GmbH
Munscheider Str. 188
4630 Bochum 6
Tel. (02327) 7 66 28

Hof Barkelsby

Das neue Veranstaltungsprogramm 87/88 vom Hof Barkelsby e.V., selbstverwaltetes Tagungshaus an der Ostssee, kann bei folgender Adresse angefordert werden:
Hof Barkelsby e.V.
Ringstr. 9 - 11
2331 Barkelsby
Tel. (04351) 8 29 39

Jugendzentren und soziale Bewegungen

Lebensentwurf und Jugendprotest

Zur biographischen Bedeutung von Protestbewegungen. Vom 6. bis 8. November 1987 im Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, 2121 Nahrendorf
Jugendprotest als soziale Ausdrucksform ist historisch ebensowenig ein neues Phänomen wie als lebensgeschichtliches Ereignis. In der Verbindung von Lebens- und Zeitgeschichte findet er jeweils einen besonderen Ausdruck.
Eine zentrale Frage in der Auseinandersetzung mit dem Jugendprotest heute ist, ob er als Durchgangsstadium vor dem Eintritt in die Erwachsenenwelt zu betrachten ist oder als eine durchgängige Lebenshaltung, die weit über das Jugendalter hinausreicht.
Die zunehmende Ungewißheit der Lebensplanung angesichts eines schneller werdenden Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch die Verlängerung der Jugendphase und ein Wandel der Werte lassen es wahrscheinlich werden, daß alternative Lebensformen zunehmen.
Am Beispiel sozialer Bewegungen von der Jugendbewegung bis zur Jugendzentrumsbewegung soll im Rahmen der Fachtagung die Frage behandelt werden, was die Zugehörigkeit zu diesen Bewegungen biographisch bedeutet, ob sich in jüngerer Zeit eine Kontinuität der Protesthaltung abzeichnet, die über einen längeren Zeitraum hin auch gesellschaftlich wirksam wird und ob angesichts der Diskrepanz von Lebenswünschen und realen Perspektiven hierauf für den großen Kreis benachteiligter Jugendlicher neue Möglichkeiten eröffnet werden.
In der Aufarbeitung dieser Fragen wird auch eine Bestandsaufnahme der Jugendzentrumsbewegung und anderer sozialer Bewegungen geleistet. Dies erfolgt allerdings nicht unter dem Blickwinkel gesellschaftlicher Veränderungen, sondern der Prägung menschlicher Haltungen.
Anmeldung an:
Paritätisches Bildungswerk
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
6000 Frankfurt 71

Filmbüro Baden-Württemberg

Neue Filme und Video-Produktionen aus Baden-Württemberg werden am **Freitag, dem 9. Oktober, ab 14.00 h**, auf einer vom Filmbüro organisierten Werkschau vorgestellt. U.a. sind Produktionen der Medienwerkstatt Freiburg, der Mediengruppe Schrägspur Heidelberg, Peter Krieg und anderen „freien" Filmemachern zu sehen.
Ort: Planken-Kino-Center, Kino5 68 Mannheim (Fußgängerzone).

Ausstellungen im Gewerbehof Karlsruhe, Steinstr. 23:

Galerie „Cafe Palaver", Kantine im Gewerbehof, täglich von 10 bis 19 Uhr
bis 31. Oktober:
Henry Pekarsky: Aquarelle
bis 20. November:
Filmplakate und Filmmusik

Hamburger Seminare

Frauen schaffen sich ihren Arbeitsplatz - ein Projektgründungskurs für Frauen, 15 Abende, donnerstags, ab 12. Novermber 1987, 19. Uhr.
Infos bei: Hildegard und Claudia, Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, HH 13, Tel. 44 49 60.

Lern=werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube

Alltagsökologie
26. bis 30. Oktober 1987
Hecken als Lebensraum
2. bis 6.November 1987
Es geht auch anders (Alternativ-Energie)
9. bis 13. November 1987

Wochenendseminare

Umweltfreundliche Heizsyteme
30.10. bis 1.11.1987
Biologische Farben und Holzschutz
13. bis 15. November 1987

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Entlohnung in Selbstverwalteten Betrieben und Projekten
Abendveranstaltung am 8.10.87 um 18.30 Uhr in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147, Vordereingang, erster Stock.

Erfahrungsaustausch mit englischen COOP-Mitarbeitern und Gewerkschaftern
Am 8.10. von 14 bis 20 Uhr in der Hessischen Jugendbildungsstätte Dietzenbach

Konfliktbewältigung in Selbstverwalteten Betrieben
Wochenendseminar vom 9. bis 11. 10. in Dietzenbach

Marketing-Praxis in Selbstverwalteten Betrieben
Tagesveranstaltung am 14.10. von 9 bis 18 Uhr in Frankfurt.

Geschichte der Genossenschaftsbewegung
Abendveranstaltung am 6.11. von 19 bis 22 Uhr, in Frankfurt, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85, Raum 4

Anmeldung und Information bei:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung,
Rundeturmstr. 16
6100 Darmstadt

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE ALTE MOLKEREI FRILLE

Arbeitsplätze selber schaffen
jeweils vom 30.10. bis 1.11.87 (nur für Frauen) und vom 13. bis 15.11.87 in der HVHS Frille, Freithof 16, 4953 Petershagen, Tel. (05702) 97 71. Kosten: 50 DM mit Fahrtkostenerstattung. Information und Beratung sowie Diskussion zwecks Schaffung eigener Arbeitsräume und Projekte.

AG SPAK

Kriminalpolitik

Treffen des Kriminalpolitischen Arbeitskreises (KRAK): Die „Wende" im Strafvollzugsgesetz
23. bis 25. Oktober 1987
Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Übergreifende Tagungen

Bundestreffen der Wissenschaftsläden
13. bis 15. November 1987
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Vertretertag der AG SPAK (Jahreshauptversammlung)
Wer redet mit Wem und Wer bestimmt Wer mit Wem reden darf? – die Kommunikation der sozialen Bewegungen untereinander
16. bis 18. Oktober 1987
Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Windenergie und Elektronik
25. bis 30.10.1987

Wir bauen an der Welt von Morgen
Architektinnen - Treffen
27.11. bis 4.12.1987

IFANOS

Institut für angewandte ökologische Studien

Ökologie im Haushalt
Energieverbrauch und Einsparmöglichkeiten im Haushalt, Besuch eines Energiesparhauses, Waschmittel, Reinigungsmittel und Kosmetika im Haushalt – Problematik und Alternativen.
Ort: Gröbenzell bei München
Termin 28. bis 29. Nov. 1987
Anmeldung bis 17. Oktober 1987

Anmeldung und nähere Informationen schriftlich oder telefonisch bei IFANOS, Austr. 14
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 44 08

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
sonst DM 24,-- für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ: . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, eins

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Spender/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1